Dienstag, 10. Juli 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 159 - 28.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Ohne Warschauer Pakt: Zum ersten Mal hat Moskau in dem letzte Woche zu Ende gegangenen Manöver den koordinierten Aufmarsch seiner Westeuropa gegenüber liegenden Truppen geübt. Die Rote Armee sollte zeigen, ob sie in der Lage ist, den Aufmarsch ohne ihre Verbündeten im Warschauer Pakt zu bewältigen. (Analyse auf S. 4)

Umweltschutz: Für eine engere Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes, der Chemie und der Abfallwirtschaft spricht sich der stellvertretende sowjetische Chemieminister Leonid Ossipenko in einem WELT-Gespräch aus. (S. 6)

Arafat droht Kairo: Die Rumpf-PLO von Jassir Arafat hat von der ägyptischen Regierung verlangt, sie solle mindestens 50 bis 100 Millionen Dollar jährlich zum „Kampf der Palästinenser" beisteuern. Andernfalls werde sie die Wiederaufnahme Ägyptens in die Arabische Liga nicht befürworten. (S. 5)

Abkommen geändert: Die „DDR" mußte sich damit einverstanden erklären, das vor zwei Jahren paraphierte Rechtshilfeabkommen mit Griechenland vor seinem Abschluß in zwölf Einzelpunkten zu ändern. Athen war nicht bereit – als erster NATO-Staat –, eine eigene „DDR"-Staatsbürgerschaft anzuerkennen. (S. 4)

Regimekritiker verurteilt: Der jugoslawische Regimegegner Vojislaw Seselj ist gestern zu acht Jahren Haft verurteilt worden. Das Gericht befand ihn konterrevolutionärer Aktivitäten mit dem Ziel für schuldig, das System stürzen zu wollen.

Wahlen in Israel: Zwei Wochen vor den Parlamentswahlen hat sich der Abstand zwischen dem regierenden Likudblock und der oppositionellen Arbeiterpartei offenbar verringert. Nach einer Umfrage von „Maariv" würde die Arbeiterpartei 47 und die Partei Shamirs 37 von 120 Parlamentssitzen erringen. (S. 6)

Solidarität: Für eine straffere Neuordnung des im Untergrund arbeitenden Teils der verbotenen polnischen Gewerkschaft „Solidarität" spricht sich der inhaftierte Arbeiterführer Bogdan Lis aus. (S. 8)

Mexiko kritisiert Managua: Kurz vor dem Besuch von Bundeskanzler Kohl hat Mexiko in seiner konträren Beurteilung der US-Politik in Mittelamerika eingelenkt und Kritik an der Regierung Nicaraguas geübt. Präsident de la Madrid erklärte, der Ost-West-Konflikt sei in den Auseinandersetzungen dort präsent. (S. 6)

Heute: OPEC-Ministertreffen in Wien. – Urabstimmung in der Druckindustrie.

ZITAT DES TAGES



» Diese Regelungen bringen gleichzeitig ein großes Ausmaß an Flexibilität in die betriebliche Arbeitszeitgestaltung «

Arbeitgeber-Präsident Otto Esser zu den Tarifabschlüssen in der Metall- und der Druckindustrie FOTO: MITCHELL

WIRTSCHAFT

38-Stunden-Woche: Die im Februar 1983 in der französischen Chemie-Industrie eingeführte 38-Stunden-Woche habe keine positiven Beschäftigungseffekte gebracht, stellt der Bundesarbeitgeberverband Chemie in einer Branchenanalyse fest. (S. 9)

US-Ausfuhren: Die staatseigene Export-Import-Bank der USA hat eine Erhöhung ihrer Zinssätze um jeweils 1,2 Prozentpunkte zum 15. Juli angekündigt. (S. 9)

Baugewerbe: In nahezu allen Sektoren des Baumarktes gehe es inzwischen wieder abwärts, erklärt der Zentralverband.

Börse: Bei kleinen Umsätzen gaben die Aktienkurse weiter nach. WELT-Aktienindex 141,4 (142,8). Auch der Rentenmarkt tendierte leichter. Der Dollarkurs erreichte mit 2,8445 (2,8298) Mark einen neuen Höchststand seit zehn Jahren. Londoner Goldpreis je Feinunze 338,50 (353,25) Dollar.

KULTUR

Fühmann gestorben: 62jährig ist der Schriftsteller Franz Fühmann, der als einer der profiliertesten Autoren in der „DDR" galt, gestorben. Er war zuletzt mit seinem auch in der Bundesrepublik Deutschland veröffentlichten großen Essay „Der Sturz des Engels" über Trakl hervorgetreten. (S. 17)

Tannhäuser in Paris: Mit Buh-Rufen hat die konservative Pariser Wagner-Gemeinde am Wochenende den neuen Tannhäuser aufgenommen, in dem der Ungar Istvan Szabo Regie führte. Auch das abstrakt gehaltene Bühnenbild Vasarelys stieß auf Ablehnung.

SPORT

Fußball: Heute wird in Genf die erste Runde im Europapokal (19. 9. und 3. 10.) ausgelost. Sechs Bundesligaklubs sind dabei: Stuttgart, München, Bremen, Mönchengladbach, Hamburg und Köln.

Motorsport: Der Finne Keke Rosberg gewann im texanischen Dallas (USA) den neunten Lauf zur Formel 1. Bei chaotischen Verhältnissen kamen nur acht Fahrer ins Ziel. (S. 15)

AUS ALLER WELT

Windjammer: Vier Tage lang hatten die Flensburger anläßlich ihrer 700-Jahr-Feier Gelegenheit, in dem überfüllten Hafen die wahrscheinlich größte Veteranenseglerflotte zu erleben, die sich je in Europa zusammengefunden hat: 329 Schiffe, zu denen noch 140 Boote des königlich dänischen Yachtclubs hinzukamen. (S. 18)

USA Today: Seit heute ist die erst vor zwei Jahren gegründete amerikanische Tageszeitung mit einer sechzehnseitigen internationalen Ausgabe speziell für den Amerikaner fern der Heimat an europäischen Kiosken zu haben.

Rauchverbot: In Londons U-Bahn gilt seit gestern Rauchverbot. Das Londoner Verkehrsunternehmen begründet dies mit der geringen Zahl von Passagieren in den Raucherabteilen.

Wetter: Im Westen Gewitterneigung; weiter bis 30 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Bangemann setzt sich durch: FDP-Wahlparteitag erst 1985

Entscheidung über den Parteichef soll mit neuem Programm verbunden werden

PETER PHILIPPS, Bonn

Der neue Bundeswirtschaftsminister und voraussichtlich künftige FDP-Vorsitzende, Martin Bangemann, hat sich gestern im Vorstand seiner Partei mit seiner Forderung klar durchsetzen können, daß erst im Februar in Saarbrücken die Entscheidung über den Nachfolger des noch amtierenden Parteichefs Hans-Dietrich Genscher getroffen wird. Von den 30 anwesenden Vorstandsmitgliedern sprachen sich nur die beiden Berliner Walter Rasch und Wolfgang Lüder sowie Liselotte Funcke und der Schleswig-Holsteiner Wolf-Dieter Zumpfort gegen diesen Beschluß aus. Der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Hans-Günter Hoppe, der noch am Wochenende einen Sonderparteitag im Herbst gefordert hatte, enthielt sich der Stimme. Generalsekretär Helmut Haussmann äußerte warnend „die Erwartung, daß die Landesverbände jetzt nicht weitere Diskussionen über eine vorgezogene Neuwahl" des Parteivorsitzenden führen.

Die Argumentation im FDP-Vorstand ging gestern in die Richtung, daß eine vorgezogene Neuwahl falsch wäre, weil auf einem nur auf Personaldiskussionen fixierten Sonderparteitag im Herbst der schlechte Eindruck des Parteitags von Münster aufgefrischt werden könnte, zum anderen solle Bangemann „erst einmal zeigen, daß er in der Lage ist, sein Amt als Wirtschaftsminister auszufüllen". Außerdem wäre es klüger, die Wahl des neuen Parteivorsitzenden mit der Verabschiedung eines neuen Programms – wie geplant – zu verbinden. Genau in diese Richtung argumentierte auch der einzige Kandidat, dem vom Vorstand bei einer (Bangemanns) Enthaltung für seine Bereitschaft zur Kandidatur gedankt wurde. Als Abwehr gegen Ansprüche aus der CSU wurde dies durch einen ebenfalls fast einstimmigen Beschluß (Stimmenthaltung Genschers) ergänzt, in dem die Tatsache „begrüßt" wird, daß der noch amtierende FDP-Chef „bis 1987 Außenminister und Vizekanzler bleibt".

In der den Vorstandsberatungen vorgeschalteten Präsidiumssitzung hatte Generalsekretär Helmut Haussmann einen ersten Überblick über den Stand der Arbeiten an dem anvisierten Kurzprogramm mit Schwerpunkt auf dem Technologie-Bereich gegeben. Wie zum Beweis dafür, daß sein Rückzug vom Partei-Chefsessel keineswegs seinen Abschied aus der Politik bedeuten soll, hatte Genscher wieder einmal die Diskussion im Präsidium geprägt. Er erneuerte seine Aufforderung an die FDP sich mit den Grünen auseinanderzusetzen und nannte als vorrangiges Ziel den Umweltschutz als „Staatszielbestimmung". Außerdem solle der innerdeutsche „Gewaltverzicht" zu einem „Hauptziel" der FDP-Politik werden.

Eher am Rande wurden im neugewählten Präsidium auch die Arbeitsgebiete verteilt. So ist Schatzmeisterin Irmgard Adam-Schwätzer in Zukunft für den überaus wichtigen Draht zu den Gewerkschaften zuständig. Die Partei bemüht sich hier offenbar um eine Klimaverbesserung. Bangemann hatte in einem Interview der WELT Distanz zum Gedanken eines Verbändegesetzes erkennen lassen, aber im Zusammenhang mit Streiks auf den „breiten Willen" der Betroffenen abgehoben.

DER KOMMENTAR

Disziplin

MANFRED SCHELL

Die FDP entwickelt eine unproduktive Dynamik in eigener Sache. Hat die Partei, der das Wasser inzwischen bis zur Kinnunterkante reicht, wirklich keine andere Sorge als die, ob nun ihr Vorsitzender Hans-Dietrich Genscher in diesem Herbst oder aber im nächsten Frühjahr seinen Posten räumt? Die FDP sollte sich besinnen, sich um ihrer selbst willen ein Mindestmaß an Disziplin abringen. Genscher hat erklärt, daß er im Februar 1985 als Parteiführer gehen wird. Es ist politisch unanständig, einen um die Partei verdienten Mann enthaupten zu wollen. Haben eigentlich diejenigen, die am Wochenende seine vorzeitige Ablösung forderten, bedacht, mit welcher Autorität Genscher dann noch das Amt des Bundesaußenministers führen könnte?

Für einen geordneten Übergang von Genscher zu Martin Bangemann gibt es aber auch rein rationale Gründe. Bangemann ist bislang der einzige Bewerber um den Parteivorsitz, auch wenn die Berliner Parteigliederung jetzt Irmgard Adam-Schwaetzer ins Spiel bringen will. Die Notwendigkeit, ein zermürbendes Rivalengefecht schnell zu beenden, besteht also nicht. Die FDP hat Zeit. Zeit braucht auch Bangemann, der erst vor wenigen Tagen zum Bundeswirtschaftsminister ernannt worden ist. Auf diesem Feld muß er für sich erst einmal Kompetenz erarbeiten. Es ist nicht leicht, Nachfolger von Graf Lambsdorff zu sein, der hier Maßstäbe gesetzt hat. Bangemann hat dies erkannt. Deshalb plädiert er vehement für einen Wechsel erst im nächsten Jahr.

Außerdem macht es durchaus einen Sinn, den personellen Neuanfang mit einem programmatischen zu verknüpfen. Ein Parteitag, der – wie in Münster – wiederum nur Personalien debattiert und sich in mäklerischen Auseinandersetzungen erschöpft, würde der FDP nur noch mehr Schaden zufügen.

Freilich läßt die Ankündigung von FDP-Generalsekretär Haussmann, es werde ein Programm mit „grünen Themen" sein, aufhorchen. Haussmann müßte wissen, daß eine Partei, die anderen Gruppierungen im Windhund-Verfahren grün-populäre Themen abjagen will, nichts erben kann. Allenfalls Verachtung. Die FDP muß vielmehr ihren eigenen Weg finden. Nach der Lage der Dinge hat sie nur Chancen, wenn sie sich als die liberale Wirtschaftspartei etabliert und überzeugt.

„DDR"-Spion in Grenzschutzdirektion?

Schwerer Verdacht gegen Fernmeldechef / „Schleusenwärter" für östliche Agenten

WERNER KAHL, Bonn

Die Spionageabwehr hat einen Agentenfall von erheblicher Bedeutung für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland aufgedeckt. Unter dem Verdacht, viele Jahre mit dem Ostberliner Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zusammengearbeitet zu haben, nahmen Beamte der Staatsschutzabteilung des Bundeskriminalamtes den Dezernatsleiter des Fernmeldebereichs in der Grenzschutzdirektion Koblenz, Franz Roski, fest. Der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes erließ aufgrund des Beweismaterials gegen den 34jährigen Regierungsrat Haftbefehl „in einem besonders schweren Fall".

Die Grenzschutzdirektion Koblenz des Bundesgrenzschutzes verfügt – neben dem Bundeskriminalamt – über den größten Fahndungsstab in der Bundesrepublik. Mit der Beförderung Roskis zum Dezernatsleiter des Fernmeldebereiches hatte der mutmaßliche Agent eine Schlüsselfunktion erreicht. Denn in Koblenz befindet sich die zentrale Fahndungsleitstelle der deutschen Sicherheitsbehörden für die Grenzkontrollen. Über diesen hochsensiblen Bereich ist es zum Beispiel jederzeit möglich, Personen aus der Fahndung herauszunehmen. Der Agent in der Funk- und Fernmeldezentrale dient somit als Schleusenwärter für Spione und Sabotagegruppen östlicher Geheimdienste.

Der „DDR"-Geheimdienst war – so die Ergebnisse der Ermittlungen – auch in der Lage, den gesamten Funk- und Fernmeldeverkehr innerhalb des Bundesgrenzschutzes einschließlich der Stützpunkte an der innerdeutschen Grenze – trotz täglich wechselnden Codes – abzuhören und sofort zu entschlüsseln. Denn dem Dezernatsleiter war die jeweils etwa vier Wochen im voraus zusammengestellte Verschlüsselung bekannt. Mit dem Code-Kennzeichen konnte der Osten jederzeit in den Funk- und Fernmeldeverkehr eindringen.

Der Regierungsrat war nach Angaben aus Abwehrkreisen bereits 1971 bei einem Verwandtenbesuch in der „DDR" zur Mitarbeit für den östlichen Geheimdienst gewonnen worden. Sieben Jahre blieb er ein „Schläfer", ein Perspektivagent, der sich ausschließlich der Karriere widmete, bevor die konspirative Tätigkeit einsetzte.

Roskis Berufsweg führte in das Innenministerium nach Bonn. Mit den Weihen des Zugangs zu höchsten Geheimhaltungsstufen versehen, wurde ihm im Frühjahr 1983 das Dezernat für Fernmeldewesen der Grenzschutzdirektion Koblenz anvertraut. Seit 1979 soll Roski aktiv für den Osten spioniert haben. Er ist verheiratet und hat drei Kinder. Nach seiner Verhaftung in Emden äußerte seine Frau gestern, er sei „kein Kommunist". Sie selber lehne jegliche Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Geheimdienst ab. Man vermutet, daß die Spionage finanzielle Motive hatte.

Das Fernmeldewesen im Bundesgrenzschutz ist dem Inspekteur des BGS unterstellt. Zur Nachrichtentechnik gehören modernste Richtfunkverbindungen, um das Führen der eingesetzten Polizeikräfte zu unterstützen.

Im Sommer macht in Schweden die Küstenverteidigung Urlaub

R. GATERMANN, Stockholm

Bei der Vorlage des jüngsten U-Boot-Berichtes vor ein paar Monaten erklärte Schwedens Verteidigungsminister Anders Thunborg, die militärische Bereitschaft seines Landes in der Luft, auf dem Land und auf dem Wasser sei gut. Schwierigkeiten gebe es lediglich unter Wasser. Schon damals wurde die Richtigkeit dieser Selbstdarstellung bezweifelt, und in diesen Tagen wurden die Bedenken bestätigt, unfreiwillig aufgedeckt von einer Flotteneinheit der deutschen Bundesmarine.

Weil sie ihre Fahrtroute durch die schwedischen Gewässer änderten und einen Nothafen anliefen, versetzten die deutschen Schiffe die Militärstäbe im Nordland in helle Aufregung und entblößten drastische Kommunikationslücken. Die Öffentlichkeit erfuhr erstmals, daß 40 Prozent der Küste von einem Wachtboot kontrolliert wird und nebenbei, daß der größte Luftwaffenstützpunkt Schwedens – er liegt in Lulea und soll die gesamte Nordflanke überwachen – derzeit für drei Wochen geschlossen wurde, wegen Urlaub ...

Der Besuch der zehn Schiffe der Bundesmarine unter Führung der „Merseburg" stand von Anbeginn unter keinem günstigen Stern, weniger für die Deutschen als für die Schweden. Erst Mitte Juni tauchen sie – wie vereinbart – vor dem mittelschwedischen Hafen Gävle auf. Die Veranstalter einer Segelregatta trauen ihren Augen nicht, als plötzlich deutsche Kriegsschiffe den Kurs kreuzen. Der Gastgeber hatte vergessen, den Besuch der Flotteneinheit anzukündigen, und so war niemand darauf vorbereitet.

Es sollte aber noch besser kommen: Nach der Visite im nordschwedischen Umea begeben sich die deutschen Schiffe am Mittsommerabend, 22. Juni, auf die Heimfahrt. Im Mjölefjärden sollen sie für die Nacht, in der ganz Schweden feiert, vor Anker gehen. Aber es stürmt, und der Verbandschef entscheidet, das südlich gelegene Husum als Nothafen anzulaufen. Er teilt seinen Beschluß um 17.30 Uhr Radio Härnösand mit. 30 Minuten später gehen die Schiffe in Husum vor Anker. Niemand empfängt sie, keiner kümmert sich um sie, sie erwecken jedoch die Neugierde der Mittsommerfeiernden. Um 19.54 Uhr ruft ein Bürger die Polizei an, die fragt beim zuständigen Regiment in Härnosand und das wiederum beim Oberkommando für das Untere Nordland in Östersund an.

Doch keiner weiß Bescheid, daß die Deutschen in Husum liegen. Die Soldaten, die die Schiffe in Mjölefjärden überwachen sollten, waren, nachdem keine Schiffe einliefen, in ihre Garnison nach Umea, das zum Kommando Oberes Nordland gehört, zurückgekehrt, ohne sich um die weitere Reise der Bundesmarine zu kümmern. Um 20.30 Uhr bittet die Garnison in Härnosand die Polizei in Husum um Unterstützung bei der Überwachung der Deutschen. Um 20.50 Uhr wird eine gleiche Anfrage an die Küstenwacht gestellt.

Die Polizei ist jedoch mit dem Mittsommernachtstrubel beschäftigt, und das Boot der Küstenwacht, das einzige an der ganzen nordschwedischen Küste, trifft erst nachts um 1 Uhr in Husum ein, dreht eine Runde um den Verband, sieht nichts Verdächtiges

● Fortsetzung Seite 3

Kein Deutscher als EG-Präsident

Genscher verzichtete, Biedenkopf ohne Chancen/Gute Aussichten für Franzosen Delors

BERNT CONRAD, Bonn

Die Bundesregierung scheint ihre Bemühungen, einen deutschen Kandidaten für das zum Jahresende frei werdende Amt des Präsidenten der EG-Kommission durchzusetzen, aufgegeben zu haben. Derzeit werden dem französischen Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors von Brüsseler Experten die größten Chancen eingeräumt, Nachfolger des Luxemburgers Gaston Thorn zu werden.

Ursprünglich hatte Bundeskanzler Helmut Kohl den westfälischen CDU-Vorsitzenden und früheren CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf als künftigen Kommissions-Chef im Auge gehabt. Allerdings hatte er zunächst nur intern sondiert und den anderen EG-Partnern noch keinen formellen Vorschlag unterbreitet. Deshalb konnte Bonn zu Recht dementieren, als der französische Europaminister Dumas unmittelbar vor dem Europagipfel von Fontainebleau Ende Juni erklärte, Biedenkopf sei der „offizielle Kandidat" der Bundesrepublik.

Tatsächlich wollte Kohl erst dann formell an die Partner und damit auch an die Öffentlichkeit herantreten, wenn intern innerhalb der Gemeinschaft Einvernehmen herbeigeführt sein würde. Eben dies aber ist *im Fall Biedenkopf offenbar nicht* gelungen. Dabei dürfte weniger Biedenkopfs Scheitern bei seinem Vermittlungsversuch in der Druckindustrie, als vielmehr sein Mangel an Regierungs- und Europa-Erfahrung eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben.

Beiden Kriterien wäre in der Bundesrepublik Deutschland vermutlich nur ein einziger Politiker im Koalitionslager gerecht geworden: Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. Seine Erwähnung als möglicher Kandidat erschien manchen als besonders plausibel, nachdem Genscher seine Absicht bekundet hatte, nicht noch einmal für den FDP-Vorsitz zu kandidieren. Die Idee kam anscheinend zuerst aus Brüssel. Doch Genscher dachte nicht daran, darauf einzugehen; er möchte mindestens bis 1987 Bundesaußenminister bleiben.

Eigene Interessen vertreten in dieser Frage die Franzosen. Ihr überraschender öffentlicher Hinweis auf Biedenkopf hatte offensichtlich den Zweck, die Chancen des Bonner Kandidaten zu reduzieren und damit gleichzeitig den Weg für eine Nominierung aus Paris freizumachen. Denkbare französische Kandidaten wären Wirtschaftsminister Delors und Außenminister Claude Cheysson, der einige Jahre lang als EG-Kommissar in Brüssel gearbeitet hat. Delors hat als Mitglied des Europäischen Parlaments EG-Erfahrungen sammeln können. Fachleute geben ihm zur Zeit die besten Aussichten, von Staatspräsident François Mitterrand nominiert und dann auch von den EG-Partnern gewählt zu werden.

Chirac lehnt Zusammengehen mit Le Pen ab

v. K. Paris

Der Vorsitzende der gaullistischen Sammlungsbewegung RPR, Jacques Chirac, hat einem Zusammengehen mit der weit rechts stehenden „Nationalen Front" Jean-Marie Le Pens im Vorfeld der Parlamentswahlen von 1986 eine klare Absage erteilt.

Nach den sensationellen Erfolgen der Nationalen Front in den Europa-Wahlen (11,2 Prozent) und dem mäßigen Abschneiden der gemeinsamen Europa-Liste, die Chirac mit der Giscard-Politikerin Simone Veil eingegangen war, hatten RPR-Strategen eine Annäherung an Le Pen empfohlen. Der Parteiführer hat dies unzweideutig ausgeschlossen, zögert aber nicht, politische Ziele Le Pens, wie den Abbau des Gastarbeiteranteils, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die Verbesserung der inneren Sicherheit, zu übernehmen.

Bußgeld: Bei Urlaub längere Einspruchsfrist

DW. München

Autofahrer, die nach ihrer Rückkehr von einer Urlaubsreise einen Bußgeldbescheid wegen eines Verkehrsdelikts vorfinden, brauchen diesen auch dann nicht ohne Widerspruch zu akzeptieren, wenn die einwöchige Einspruchsfrist schon verstrichen ist. Nach Angaben des Deutschen Touring Automobil Clubs können sich Autofahrer, die mit der gegen sie verhängten Buße nicht einverstanden sind, dagegen wehren. Sie müssen eine „Wiedereinsetzung in den vorigen Stand" beantragen.

Einem solchen Antrag wird allerdings nur stattgegeben, wenn die Abwesenheit vom Wohnort etwa durch eine Hotelrechnung nachgewiesen wird. Außerdem muß ein solcher Antrag innerhalb von sieben Tagen nach Rückkehr aus dem Urlaub gestellt werden.

Von Montag an schneller nach Frankreich

Co. Bonn

Von der nächsten Woche an soll es im Autoreiseverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich keine Wartezeiten mehr geben. Nach Angaben von Regierungssprecher Peter Boenisch sollen die Reisenden generell „durchgewinkt" werden; Kontrollen werden nur noch stichprobenartig vorgenommen.

Autofahrern aus EG-Mitgliedsstaaten wird empfohlen, künftig grüne Scheiben mit einem Durchmesser von zehn Zentimetern bei sich zu führen. Sie zeigen an, daß die Reisenden die grenzpolizeilichen Vorschriften beachten, keine abgabenpflichtigen Waren mit sich führen und die französischen Devisenbestimmungen einhalten. Wo die Scheiben erhältlich sind, soll allerdings erst in vier Wochen bekanntgegeben werden.



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Das stärkere Argument

Von Eberhard Nitschke

Die Ankündigung des Verbandes der Automobilindustrie, daß der Katalysator eines umweltfreundlichen Autos nicht rund tausend, sondern möglicherweise 5000 Mark kosten könnte, hat die Szene erhellt, in der Bundesinnenminister Zimmermann sein Umweltkonzept durchzuboxen hat. Just als Stoltenberg eine Vertagung der Debatte um entscheidende finanzielle Anreize beim Kauf des Umwelt-Autos erreicht, sieht die bisher kooperationswillige Auto-Lobby die Stunde gekommen, mit Schreckensmeldungen die große Einheitsfront der Einsichtigen aus dem Tritt zu bringen.

Als am 21. Juli 1983, vor einem Jahr, das Bundeskabinett Zimmermann in der Forderung folgte, daß zum 1. Januar 1986 bleifreies Benzin zur Verfügung stehen müsse und dann nur noch Autos zugelassen werden dürften, die mit einem Katalysator ausgerüstet sind, da wußte man, daß sich jetzt der Widerstand der Interessengruppen erst richtig organisieren würde.

Auf der anderen Seite aber stand damals und steht heute noch die schweigende Mehrheit jener, die nicht über die Mikrophone und großen Lautsprecher verfügen, die aber begreifen, daß es mit der jährlichen Schmutzfracht von 420 Milliarden Kubikmeter Abgasen aus 24 Millionen deutschen Autos in diesem Staate nicht weitergehen kann. Eine Umfrage des ADAC hat ergeben, daß 85 Prozent aller Autofahrern bereit sind, auch unter Opfern auf das Umwelt-Auto umzusteigen.

Aufgrund japanischer Angebote und aufgrund US-amerikanischer Erfahrungen haben Experten für den Katalysator jetzt ein Jahr lang unbeanstandet einen Preis von rund tausend Mark angenommen. Selbst beim letzten großen Brems-Versuch gegen Zimmermanns Vorhaben durch die um ihre Absatzmärkte besorgte deutsche Autoindustrie im März dieses Jahres spielte der Preis des Katalysators keine Rolle. Vielmehr argumentierte sie damit, daß sich ein Alleingang der Bundesrepublik auf diesem Felde „aus rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen" verbiete. Auch könne Bonn nicht verlangen, daß man jetzt in eine technische Lösung investiere, die es Anfang 1986 nicht in größerem Umfang geben werde.

Zimmermanns Argument ist stärker als das jeder Lobby: der sterbende deutsche Wald.

Grinevskys Njet

Von Reiner Gatermann

Mit einer herben Enttäuschung endete nach acht Wochen die zweite Verhandlungsrunde der Konferenz über *Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE).* Es war nicht gelungen, sich auf eine Arbeitsordnung für die am 11. September beginnende dritte Phase zu einigen. Das entscheidende Njet kam vom Sowjetdelegierten Oleg Grinevsky.

Nun sollte man sein Veto nicht überbewerten und bereits heute, zwei Jahre vor Abschluß der Stockholm-Konferenz, von einem Zusammenbruch sprechen. Dafür sind die Verhandlungen in einem frühen Stadium, in dem immer noch taktische Schachzüge gegenüber Sachgesprächen den Vorrang haben. Auch das Njet Grinevskys muß so gesehen werden.

Nach dem offiziellen Abschluß der zweiten Runde gab er sich größte Mühe, den Eindruck zu verhindern, man habe den Vorschlag der neutralen und allianzfreien Staaten, im September die Verhandlungen in zwei Arbeitsgruppen aufzunehmen, aus prinzipiellen Gründen abgelehnt. Nach Moskaus Auffassung erscheint es im Zeichen der sowjetisch-amerikanischen Eiszeit nicht angebracht, in Stockholm Gemeinsamkeit an den Tag zu legen, selbst in einer so lapidaren Frage nicht.

Im übrigen hat sich die Sowjetunion gerade in dieser Frage kräftig verkalkuliert. Die NATO hatte durch Norwegen die Bildung einer einzigen Arbeitsgruppe, in der alle Fragen gleichwertig behandelt werden sollten, vorgeschlagen. Das lehnte der Osten – natürlich – ab, denn er kam ja vom Westen. Dann legten NN-Staaten das schwedisch-finnische Papier vor, das zwei Gruppen vorsah. Grinevsky stimmte dem, so versicherte der schwedische Chefdelegierte mehrmals, unterderhand zu, in der festen Überzeugung, daß der Westen an seiner Vorlage festhalte. Hier aber irrte er.

Es erscheint angebracht, zumindest bis zu den US-Präsidentschaftswahlen von der KVAE keinerlei positive Impulse zu erwarten, sondern sich zunächst mit dem für die Zukunft doch nicht ganz hoffnungslosen Statement fast aller Delegationen zu begnügen, daß das Konferenzklima recht gut sei.

Doctrix und Obelix

Von Joachim Neander

Die Verbissenheit, mit der die Vorkämpfer(innen) des weiblichen Geschlechts um Selbstbehauptung und Gleichberechtigung nicht nur in der Sache, sondern auch in der Form streiten, leuchtet vielleicht nicht jedem gleich ein. Aber verständlich ist sie. Manchmal ist Fortschritt tatsächlich nur in Punkt und Komma zu messen.

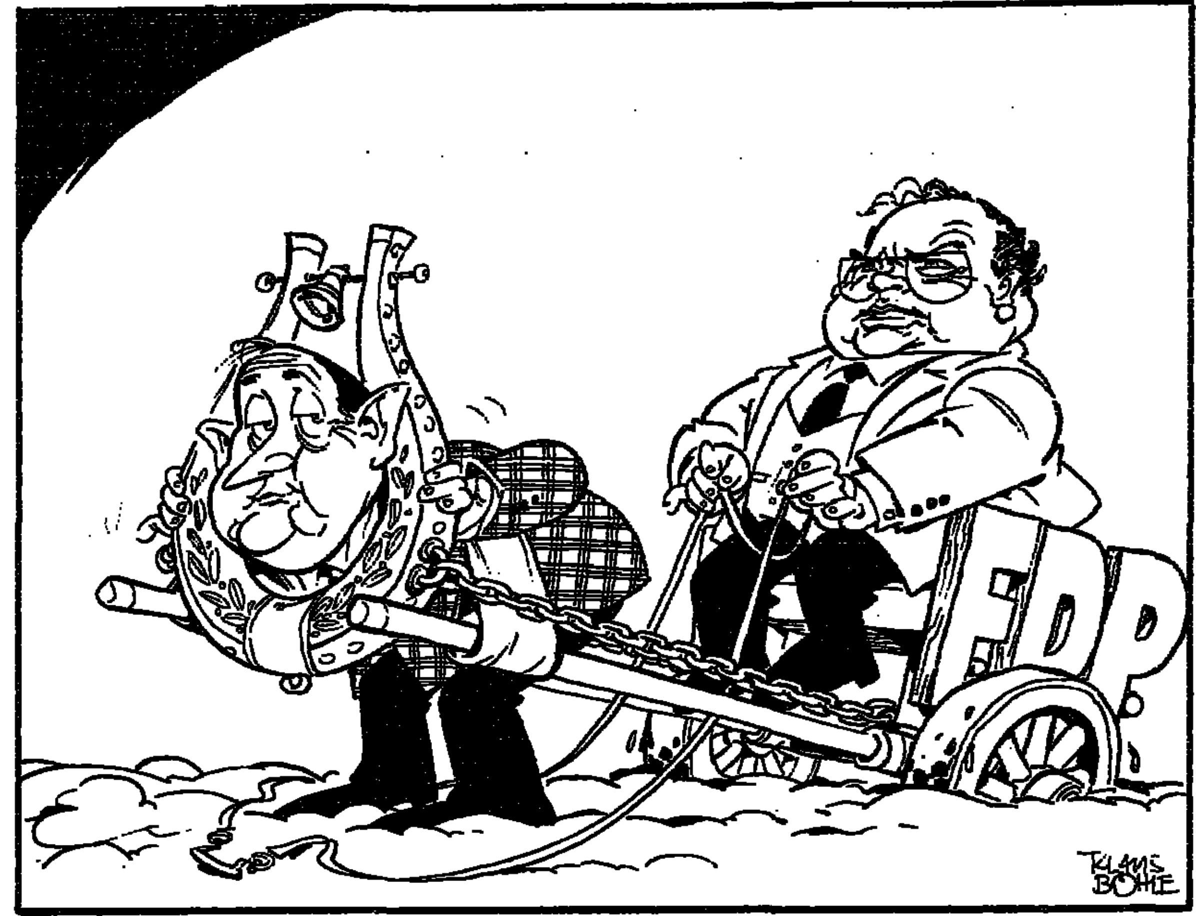
Die Erfolgsstrecke reicht jetzt, wenn man so will, von Wimbledon bis Marburg. In der großen Tennis-Welt von Wimbledon prangte die Dame Chris Evert-Lloyd an der Anzeigetafel auch in diesem Jahr wieder nur als „Mrs. J. P. Lloyd", wobei die abgekürzten Buchstaben nicht etwa ihre eigenen, sondern die Vornamen ihres Ehemanns bezeichnen. Das wäre, in anderer Form, also die gute alte „Frau Kommerzienrat".

In Marburg dagegen wurde im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität jetzt mit großer Mehrheit beschlossen, weiblichen Absolventen des sogenannten Magister-Studiengangs künftig den Titel „Magistra Artium" zu verleihen.

Bei weiterem Vordringen in die Titel-Reservate der Männer drohen freilich Fallstricke der Sprache. Schon das längst eingebürgerte „Frau Ministerin" will nicht jedermann so leicht über die Zunge. Ein Hauch von Pleonasmus scheint da im Spiel zu sein. Gäbe das simple „Frau Minister" nicht gerade die absolute Gleichberechtigung und Austauschbarkeit der Geschlechter in Amt und Würden viel besser wieder?

Vollends riskant wird es im Lateinischen. Magistra als weibliche Form von Magister ist durchaus korrekt. Aber der Berichterstatter der Deutschen Presse-Agentur knüpfte an seine Meldung über den neuen Titel bereits die Frage, wann denn wohl die Zeit der „Doktora" kommen werde.

Hoffentlich nie. Die korrekte weibliche Form des lateinischen Wortes „Doktor" (Lehrer) wäre nämlich keinesfalls „Doctora", sondern „Doctrix". Was da an einschlägigen Späßen auf die akademische Weiblichkeit zukäme (bis hin zur folgerichtigen Abkürzung Dx. phil.), möchte man den Damen doch lieber ersparen. Überhaupt wäre es vielleicht sinnvoll, erst einmal bei der Anzeigetafel von Wimbledon anzufangen.



Joch-Wechsel? KLAUS BÖHLE

Wachstum, trotz allem

Von Heinz Heck

Erleichterung" klingt, bei aller Kritik an Sinn, Dauer und Härte des jetzt beendeten Arbeitskampfes, aus der Mehrzahl der Kommentare. Auch wenn die Streikfolgen für die Volkswirtschaft insgesamt erst viel später, zum Teil auch gar nicht beziffert werden können, so fehlt es dennoch nicht an Schätzungen über das Ausmaß der Verluste. Im Tenor besagen sie – so zum Beispiel eine Äußerung von Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl –, daß es 1984 nun doch bei einem Wirtschaftswachstum von real etwa 2,5 Prozent bleiben dürfte, daß sich also die seit einigen Monaten gehegten Erwartungen auf drei bis 3,5 Prozent nicht erfüllen werden. Nach Stagnation und Rezession der letzten Jahre sind auch 2,5 Prozent ein stolzer Wert, wenngleich die verpaßte Chance auf ein noch besseres Ergebnis mit allen segensreichen Auswirkungen vor allem auf den Arbeitsmarkt, aber auch die Steuereingänge (und damit eine noch raschere Verbesserung der Kassenlage) schmerzen mag.

Allerdings sind – soweit man das heute sagen kann – keine Einbrüche im Haushaltsvollzug 1984 zu befürchten. Finanzminister Gerhard Stoltenberg hat seit Amtsantritt 1982 – im Gegensatz zu manchem Vorgänger – seinen Etatplanungen nicht die günstigsten Erwartungen zugrunde gelegt, so daß er jetzt eine Korrektur nach unten vermeiden kann. Auch der vom Kabinett in der vergangenen Woche verabschiedete Haushaltsentwurf 1985 kann wieder als „stocksolide" bezeichnet werden. Ohne viel Aufhebens davon zu machen, wird Stoltenberg im dritten Jahr seiner Haushaltsführung den Staatsanteil (soweit es um den Bund geht) weiter herunterfahren. Dabei vermeidet er bruchartige Entwicklungen ebenso wie öffentlichkeitswirksame Schaukämpfe in „Chefgesprächen" mit seinen gekniffenen Ressortkollegen.

Es geht nicht mehr um Erfolgserlebnisse, die sich aus hohen Steigerungsraten nähren – es geht schlicht um Konsolidierung, um die Rückführung der öffentlichen Verschuldung mit allen positiven, *wenn auch nicht plakativ sichtbar* werdenden Rückwirkungen auf Zinsniveau, Kapitalmarkt, Spar- und Konsumverhalten, und es geht, nicht zuletzt, um das Hauptziel für die 80er Jahre, den Abbau der Arbeitslosigkeit. Olaf Sievert, Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, hat es im Juni in einem Vortrag in Bonn so formuliert: „Die Wiederherstellung des Vertrauens in die Solidität der Staatsfinanzen durch die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte war ... die Aufgabe, der die Wirtschaftspolitik nach dem Wechsel vom Herbst 1982 Vorrang gegeben hat, fast alleinigen Vorrang. Und der Erfolg bei diesem Ziel ist schlechthin spektakulär ..."

Vor dem Hintergrund der von Altkanzler Helmut Schmidt programmatisch verfochtenen und vollzogenen Verbreiterung des „öffentlichen Korridors" mit Zuwachsraten der Bundesausgaben von acht bis neun Prozent seit den 50er Jahren wird erst das ganze Ausmaß der heutigen Sparpolitik deutlich. Stoltenberg hält die Steigerungsrate unter jener der Geldentwertung; der Staatsanteil geht also zurück. Wenn man es als unerträglich empfindet, daß 1982 jede zweite Mark durch öffentliche Hände ging, kann man den seither eingeschlagenen Kurs nur begrüßen.

Sicher hätten Regierungsbeschlüsse über die – früher angekündigte – Streichung dieser und jener Subvention noch deutlicher machen können, daß es dem Bund mit dem Rückzug aus der Wirtschaft ernst ist. Doch hat sich die Koalition darauf nicht verständigen können. Wenn Stoltenberg seine restriktive Haushaltspolitik noch einige Jahre fortsetzen kann, wird auch auf diesem weniger spektakulären Weg viel erreicht, zumal da auch in den Ländern die Konsolidierung die Oberhand gewonnen hat. Daß Sparen kein Selbstzweck ist, dürfte dem Steuerzahler spätestens bei der für 1986 und 1988 angekündigten Steuerreform – der größten in der Geschichte der Bundesrepublik, wie sie zutreffend genannt wurde – klargeworden sein. Eine Nettoentlastung der gebeutelten Steuerzahler von rund *20 Milliarden Mark* wäre ohne diesen Kurs völlig undenkbar. Hinzu kommt – dies sei zum Kontrastprogramm gesagt –, daß diese für die SPD keine Priorität hat. Bei Verwirklichung der von ihr vorgeschlagenen Ausgabenprogramme alten Stils wäre nicht weniger, sondern mehr Staat herausgekommen, gleich, ob über höhere Abgaben oder Verschuldung oder beides.



Bleibt auf Sparkurs: Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Stoltenbergs Hauptproblem der nächsten Jahre wird sein, wie die jüngste Steuerreformdiskussion gezeigt hat, den an Schärfe zunehmenden Zielkonflikt zwischen Etatsanierung und Steuererleichterung zu bewältigen. Dabei geht es nicht nur um die Senkung der Abgabenlast der Bürger, so wichtig und wahlkampfwirksam sie auch sein mag, sondern auch um die der Unternehmen und um die Verbesserung der Steuerstruktur. Das Steuersystem muß in den Dienst des wirtschaftspolitischen Hauptziels, der Beschäftigung, gestellt werden. Das geht dauerhaft nicht über vordergründige und zum Teil ihrem Verwendungszweck nach zweifelhafte Ausgabenprogramme, sondern nur über die Verbesserung der Investitionsbedingungen und damit die der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Also muß Stoltenberg weiterhin auf Sparkurs bleiben. Es sollte der SPD zu denken geben, daß es trotz (oder wegen?) dieses Kurses schon 1983 zu einem Aufschwung gekommen ist. Doch lassen *zumindest* die öffentlichen Äußerungen ihrer prominenten Vertreter etwa zum Etatentwurf 1985 eine solche Nachdenklichkeit nicht erkennen.

IM GESPRÄCH Helmut Lippelt

Grün mit Extras

Von Christoph Graf Schwerin



Unter viel Obskuranten ein kluger Kopf: Helmut Lippelt, für die Grünen MdL in Hannover FOTO: JÜRGEN FRATZER

Der Ministerpräsident (Ernst Albrecht) setzt sich gern einmal über die Ressorts hinweg und zieht Geschäfte an sich, die besser dort geblieben wären; aber er versagt dort, wo er gefordert wird." Der „lebhafte Beifall im ganzen Haus", den das Protokoll des niedersächsischen Landtags nach diesen Worten des „grünen" Abgeordneten Dr. Lippelt vermerkt, galt dem oratorischen Glanz eines Mannes, dessen Sachkenntnis und Fleiß allgemeine Anerkennung finden. „Ich habe mit Freude und Interesse zur Kenntnis genommen", erklärte danach der FDP-Fraktionschef Walter Hirche, „wie er, wie einst Cato mit seinem Ceterum censeo, den Bogen (vom Evangeliar Heinrichs des Löwen) zu den Atomkraftwerken geschlagen hat. Das war beachtlich, Herr Dr. Lippelt, alle Achtung!"

Das mögliche Ausscheiden dieses 52jährigen Lehrers aus der Landtagsfraktion der Grünen, entsprechend dem Prinzip der Abgeordnetenrotation seiner Partei, wird bei politischen Gegnern als ein Verlust empfunden, bei Lippelts eigenen Leuten wird jedoch Erleichterung wahrscheinlicher sein. Wer sich, wie er, der Verantwortung stellt, gilt politischen Dilettanten als „Berufspolitiker". Sein gescholtener „Professionalismus" gibt ihm heute indes eine Freiheit, die ihn, an die Basis zurückgekehrt, zum Vordenker künftiger Entwicklung machen könnte.

Wie dieser intelligente und kultivierte Mann unter die Hysteriker und Obskuranten gekommen ist, der *einstige SPD-Politiker unter die Grünen*, ist schwer nachzuvollziehen. Die Brokdorf-Demonstration wurde für ihn zum ökologischen Paulus-Erlebnis. Der Renegat mag den Sozialdemokraten heute kritischer gegenüberstehen als ein liberaler oder christdemokratischer Kollege, der Blick fürs politisch Machbare bleibt bei ihm jedoch geschärft.

Die Möglichkeit einer grün-roten Koalition in Niedersachsen und nicht nur die Duldung einer SPD-Minderheiten-Regierung nach den Landtagswahlen 1986 – wie seine Partei es sieht – faßt Lippelt ins Auge. „Denn warum sollten wir uns von Leuten regieren lassen, die dümmer sind als wir?" Aber er hält die Aussichten des linken SPD-Mannes Gerhard Schröder als Spitzenkandidaten gegen Albrecht für geringer als die eines konservativen Sozialdemokraten: „Die Arbeiter werden der SPD davonlaufen", und im „bürgerlichen Lager" hätten die Grünen eine bessere Chance als die Sozialdemokraten. So sieht er die Lage nur wenig anders als die regierende CDU; aber diese könnte sich täuschen. Die Wahlerfolge der Grünen führen zur Frage, wo sie künftig die Leute für ihre Mandate herkriegen sollen. Helmut Lippelt in der Reserve jedenfalls wäre Anwärter auf einen Ministerposten. Die Fähigkeit dazu wird ihm von niemandem abgesprochen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Presse

Das Wiener Blatt befaßt sich mit dem neuen Kredit der Bundesrepublik an die „DDR":

Ob Erich Honecker im Herbst seine vorgesehene Reise nach Westen antreten wird, ist genaugenommen zweitrangig. Doch die öffentliche Meinung beschäftigt sich mit anderen Gesichtspunkten des 950-Millionen-Kredits, den niemand mehr dementiert. Daß Ost-Berlin die Raten des ersten pünktlich zurückzahlt, war von Anfang an selbstverständlich. Daß Moskau „Erleichterungen im Reiseverkehr", Familienzusammenführungen usw. zu tolerieren bereit ist, darf für sicher gelten. Daß es sogar linientreu und mit schlauem Wohlwollen kapitalistische Finanzspritzen für den Comecon-Freund zur Kenntnis nimmt, desgleichen. Auch geistern da zweifellos Neutralisierungsträume in politischen Köpfen, zumindest in deren Europaabteilungen. Gegenleistungen für die Deutsche Mark müssen erbracht werden.

FINANCIAL TIMES

„Keine Änderung der Realitäten", stellt das Londoner Blatt zu den Verhandlungen über einen Kredit für Ost-Berlin fest:

Vor nicht allzu langer Zeit hätten deutsch-deutsche Begegnungen in vielen europäischen Hauptstädten zu erhobenen Augenbrauen oder Schlimmerem geführt ... Aber Befürchtungen in dieser Richtung sind in den 80er Jahren nicht mehr aktuell. Moskau hätte das begrenzte deutsche Tauwetter nicht hingenommen, wäre es sich seines Zugriffs auf Ostdeutschland ... nicht sicher gewesen. *Auch wenn ihre Auswirkungen* etwas weniger unmenschlich gemacht werden können, werden sich die Realitäten, die durch den letzten Krieg in Europa geschaffen wurden, nicht durch eine begrenzte Annäherung zwischen Bonn und Ost-Berlin ändern. Moskau weiß das, und die Westmächte wissen dies auch. Es ist eine andere Frage, ob dieses Bewußtsein auch im linken Flügel der Sozialdemokraten oder bei den Grünen eingesunken ist.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Über die neue SPD-Führung in Niedersachsen heißt es hier:

Obwohl Gerhard Schröder als Bundestagsabgeordneter in Bonn und ehemaliger Vorsitzender der Jungsozialisten kein Unbekannter ist, muß sein Aufstieg zum jetzigen SPD-Spitzenanwärter für das höchste Regierungsamt in Niedersachsen fast als kometenhaft bezeichnet werden. Schröder, der dem linken Flügel der Partei zugerechnet wird, verstand es mit einer Mischung von nüchternem Machtkalkül und offensivem Vorwärtsdrang, die etablierte Führung der Partei auszumanövrieren. Er setzte sich insbesondere gegen den bisherigen Landesvorsitzenden und Oppositionsführer, den früheren Bundesbauminister Karl Ravens, durch. Schröders Ambitionen mochten zu Beginn kaum realistisch erscheinen. Aber mit einer energischen Kampagne schob er sich in den Blickpunkt der niedersächsischen Öffentlichkeit. Dabei ging er nicht wählerisch vor – er suchte Unterstützung, wo sie sich gerade anbot. So kam es zu einer eher seltsamen Umklammerung der Parteimitte um Ravens, indem Schröder einen Wahlpakt mit Bruns schloß, der als Wortführer des rechten Flügels gilt und bisher stellvertretender Fraktionschef gewesen war. *Bruns* sicherte Schröder *Unterstützung zu*, wenn er selber mit Hilfe der Linken zum neuen Landesvorsitzenden gewählt würde. Dies geschah nun auf dem Parteitag in Osnabrück.

Von einem, der auszog, Reagan herauszufordern

Wahlkampf-Beobachter sehen Mondale im Minenfeld der Minderheiten / /Von Thomas Kielinger

Man weiß nicht ganz, ist es Sommertheater, ist es politischer Command, Klugheit oder blindes Abzählen – Walter Mondale, der Herausforderer Ronald Reagans, gibt in diesen Tagen nicht die Figur eines künftigen Präsidenten der Vereinigten Staaten ab. Eher die eines Handelsreisenden in Sachen Parteieinheit. Aber setzt sich die Demokratische Partei der USA aus den Interessengruppen zusammen, die der ehemalige Vizepräsident Carters da tagtäglich in Form von möglichen Vizepräsidentschaftskandidaten in sein Haus nach North Oaks, Minnesota, kommen läßt? Ist das die Creme der populären Mitte, die sich mit Profil und Verve in den Kampf gegen Reagan stürzen will? Man kommt aus den Zweifeln nicht heraus.

Für jemanden, der die Mehrheit Amerikas hinter sich und sein Programm scharen will, tastet Mondale sich wie ahnungslos durch das Minenfeld der „Minderheiten" (oder das, was sich dafür hält). Man betrachte einmal die bisher von ihm interviewten Kandidaten, von denen einer auf das demokratische „Ticket", an die Seite des Herausforderers, treten soll:

Da sind zunächst die Schwarzen: Bürgermeister Tom Bradley von Los Angeles, Wilson Goode von Philadelphia, Jesse Jackson, Mondales Widersacher im Vorwahlkampf. Dann die Frauen: San Franciscos Bürgermeisterin Dianne Feinstein, die New Yorker Abgeordnete im US-Repräsentantenhaus, Geraldine Ferraro; schließlich Kentuckys Gouverneur, Mrs. Martha Layne Collins. Kommt noch hinzu ein prominenter Vertreter der hispanischen Minderheit, Bürgermeister Henry Cisneros aus San Antonio.

„Na und?" wird der geneigte Leser einwenden. „Was ist gegen diese Notablen einzuwenden?" Überhaupt nichts, jeder für sich genommen. Alles tüchtige, die amerikanische Emanzipation auf breiter Front illustrierende Karrieristen. Nur fehlt ihnen eines: Sie vertreten nicht das traditionelle Amerika, es sind Figuren der kommenden Zeit, Exponenten der zukünftigen politischen Landschaft, die noch diverser, noch offener für Randgruppen, noch empfänglicher für die Frau, den Schwarzen als Spitzenkandidaten der Bundesregierung sein wird.

Aber die Wahl 1984 wird im Hier und Heute entschieden, und Mondale muß aufpassen, sich nicht zu stark im gesellschaftlichen Futur aufzuhalten. Der zweite Kandidat an seiner Seite darf keine Figur aus Wille und Vorstellung sein, sondern muß für das jetzige Amerika akzeptabel, greifbar sein. Untersuchungen haben zuletzt ergeben, daß auf Umfrageergebnisse, die etwa einer Frau an Mondales Seite die besten Chancen einräumen, nicht viel zu geben ist. Umfragen führen eher in die Irre: Der oder die befragte Person werden natürlich für das gängige Modell einer Frau Vizepräsidentin Lippenbekenntnisse abliefern, sich ganz einem modischen Meinungstrend anpassen. Aber die innere Einstellung ist damit nicht hervorgelockt: Die geht ganz andere Richtungen, als die Meinungsbefrager glauben machen wollen. So war es bereits 1980: Die Umfragen kamen alle mit starker Mehrheit für Carter hervor, – das befragte Volk gab einfach nicht seine wirklichen Absichten preis – den Abfall von Carter, den Wechsel zur Republikanischen Partei, zu Reagan. „Middle America", soviel ist nach vier Reagan-Jahren deutlich, scheint 1984 nicht bereit, einer politischen Innovation nachzulaufen, die einen Farbigen oder eine Frau in das Amt des Vizepräsidenten heben würde. Das kommt alles womöglich vier Jahre zu früh.

Mondale hat bisher die Mehrheit des demokratischen Stimmenreservoirs, den weißen Mann, wenig mit seiner Kandidaten-Parade begeistert. Gewiß, da erschienen in seinem Haus Senator Lloyd Bentsen aus Texas, ein freundlicher, eher blasser Geselle, und Gary Hart, der große Vorwahlgegner. Aber Walter Mondale hielt sich bedeckt, ließ mit keinem Wink andeuten, wohin es ihn zog. Der demokratische Präsidentschaftskandidat täte sich wohl den besten Gefallen, wenn er das Tänzelspiel möglichst bald abbräche und noch vor dem am 16. Juni in San Francisco beginnenden Parteitag die Wahl seines „running mate", der zweiten mit ihm in den Wahlkampf ziehenden Person, bekanntgäbe. Aber das scheint nicht die Art von „Fritz" Mondale zu sein, dieses milden, ehrenwerten Mannes, der noch vor wenigen Jahren zugab, daß es ihm eigentlich an dem nötigen „Feuer in der Magengrube" fehle, Präsident werden zu wollen.

Die Sünde ereilt das Paradies der Arbeiter

Kriminalität in der Sowjetunion – das ist eine Dunkelzone, in die offizielle Statistiken nur selten ein spärliches Licht bringen. Eigentlich sollte der Sozialismus dem Verbrechen keinen Nährboden bieten. Doch das ist Theorie.

Von MARK FRANKLAND

Ein blonder Teenager mit unverkennbar slawischen Gesichtszügen beantwortet Fragen: „Könnten Sie jemanden schlagen?" – „Ja." – „Und würde Ihnen das noch Spaß machen?" – „Ja." – „Trinken Sie?" – „Ja." – „Wo kriegen Sie das Geld her?" – „Wir überfallen Betrunkene am Zahltag."



Die Moskauer Miliz im Einsatz: Verhaftungen und Prozesse wegen Landstreicherei nehmen zu FOTO: DIE WELT

Im Westen hält man die Sowjetunion im allgemeinen kaum für eine von Kriminalität heimgesuchte Gesellschaft – nicht zuletzt deshalb, weil die sowjetische Regierung zu wenig Statistiken veröffentlicht, um eine derartige Schlußfolgerung zu ermöglichen. Nur wenige Russen wären aber überrascht von dem Interview mit dem Jugendlichen, das in einem neuen, vielbeachteten Dokumentarfilm über junge Straftäter enthalten ist.

Sie wundern sich ebensowenig über „Säuberungen" bei der Miliz, wie man die Polizei nennt, denn die Gerüchte über ihre Anfälligkeit für Bestechung und anderes Fehlverhalten sind inzwischen jedermann bekannt. Als Andropow zum ersten Mal überhaupt eine Presseverlautbarung über die Wochenkonferenzen des Politbüros veröffentlichte, hieß es darin, die Arbeiter seien „ernsthaft besorgt" über das Fehlen von „Recht und Ordnung" in vielen Städten und Dörfern.

Nach den sparsam freigegebenen Statistiken gehen manche Verbrechen, wie etwa gefährliche Verstöße gegen den Staat oder Bandenbildung, kontinuierlich zurück, während andere Vergehen ebenso kontinuierlich steigen. Dazu gehören laut Auskunft des kürzlich pensionierten Vorsitzenden des Obersten Sowjetischen Gerichts Diebstahl von Staats- und Privateigentum, Bestechung und Unterschlagung. Auch die Zahl der Strafurteile für Landstreicherei und Betteln nimmt zu.

Niemand weiß genau, in welchen Dimensionen sich die Steigerungsrate der Kriminalität bewegt, da bleibt die offizielle Statistik undurchsichtig. Fest steht hingegen, daß die Trunksucht dabei eine wesentliche Rolle spielt. Achtzig Prozent aller Verstöße gegen die öffentliche Ordnung – die Russen haben dafür den angelsächsischen Begriff „Hooliganism" übernommen – werden von Betrunkenen begangen. Überhaupt hat jedes zweite Verbrechen in der Sowjetunion mit Alkohol zu tun.

Der Alkoholismus scheint nicht zu stoppen zu sein. Einer sowjetischen Studie zufolge waren bereits 1925 rund elf Prozent der Arbeiter chronische Trinker. Im Jahr 1980 war mehr als ein Drittel der männlichen Arbeiterschaft dem exzessiven Trunk ergeben. Im vergangenen Herbst boten die Geschäfte plötzlich einen neuen, preiswerteren Wodka an. Er wurde sofort „Andropowka" getauft – im Volksmund war damit gemeint: „Was für ein netter Mensch der Andropow ist!"

In Wirklichkeit aber war damit eine Steuerung der Privatbrennereien beabsichtigt, die mit ihren Fuselprodukten die gestiegenen staatlichen Preise unterboten. Andropows billigerer Wodka war nicht mehr als ein Versuch, die Gesundheit der Bevölkerung vor weiteren Schäden zu bewahren.

Man braucht kein statistisches Material, um zu wissen, daß die Mordrate in New York überhaupt nicht mit der in Moskau zu vergleichen ist. Auch wenn sowjetische Sportanhänger sich manchmal danebenbenehmen, reicht das längst nicht in die Dimensionen der Gewalttätigkeit, für die britische Fußballfans so berüchtigt sind. Trotzdem fällt mir, der ich vor zwanzig Jahren in dieses Land gekommen bin, eines auf: Die sowjetische Gesellschaft hat in dem Maß an Gesetzestreue eingebüßt, wie es ihr wirtschaftlich besser ergeht.

Handel mit illegal erworbener Auslandsware

In den frühen sechziger Jahren bildeten Kühlschränke und Fernsehgeräte noch große Neuigkeiten. Fast keine Privatperson besaß ein Auto. Selbst in Moskau lebten kaum Ausländer. Und obwohl damals Stalins politische Verbrechen öffentlich diskutiert wurden (was heute nicht mehr der Fall ist), hing im Bewußtsein der Bevölkerung noch nach, wie hart der sowjetische Staat sich rächen konnte.

Ich war damals mit jungen Russen befreundet, die verzweifelt nach „Schtatski" suchten; darunter verstanden sie Zivilkleidung aus den Vereinigten Staaten. Weder sie noch ich konnten uns damals das Moskau von heute vorstellen. Jeans von Levi's oder Wrangler? Die kriegt man jetzt bei Fartsowtschiki (bekannt als Händler mit illegal erworbenen ausländischen Waren), an der U-Bahn-Station neben der Moskauer Rennbahn. Zumindest bis vor wenigen Tagen die Polizei einschritt, gab es da verschiedene ausländische Fabrikate für 200 Rubel das Paar.

Westliche Popmusik dringt in das Land: in den meisten großen Städten existieren inoffizielle Plattenmärkte. Die Russen beginnen mit dem Videogeschäft. Eine als „Stör & Co." bekannte Gruppe ist vor kurzem verhaftet worden, weil sie nicht lizenzierte Auslandsschlager wie „Apocalypse Now" und „Straw Dogs" sowie Filme aus dem Genre „Sex and Violence" vertrieben hatte.

Die zahlreicher werdenden Ausländer, die Symbole des „guten Lebens" mit sich bringen, nach denen es viele Russen verlangt, vertiefen das Problem. So werden die Radkappen von den verführerischen Mercedes-Limousinen der Diplomaten gestohlen und auf die Naben der kleinen, in Aserbeidschan unter Lizenz gebauten Fiats geschraubt. In großen Moskauer Hotels wird „zum Vergnügen von Geschäftsleuten aus dem Westen" unverhüllt die Prostitution organisiert.

Vor wenigen Tagen stieg ich im Zentrum von Moskau in ein Taxi, und der Fahrer fragte mich sofort, ob ich Geld wechseln wolle. Als ich verneinte, war er zwar enttäuscht, aber keineswegs entmutigt. Er bot mir statt dessen Diamanten und Ikonen an und gab mir für alle Fälle seine Telefonnummer.

Wenn man solche „Haie" fragt, warum sie diese Risiken auf sich nehmen, erklären sie simpel: „Wenn man gute Kleidung und hübsche Mädchen haben will, muß man eben gefährlich leben." Oder sie sagen, etwas melodramatischer: „Wer nicht nebenbei ein kleines Geschäft betreibt, muß Gras fressen."

Für kriminelle Elemente sind Ausländer immer eine Versuchung. Zwar passieren in Moskau und in den anderen großen Städten der Sowjetunion weniger Gewalttaten als in vergleichbaren westlichen Städten, falls man der Statistik vertrauen kann, aber wenn sie vorkommen, liefern sie heutzutage mehr Gesprächsstoff als je zuvor. Der Neid spielt dabei eine Rolle. Mehrere öffentlich bekannte Persönlichkeiten sind Opfer von Überfällen geworden, darunter ein geachteter Schriftsteller, ein einflußreicher Journalist und ein verdienter Kosmonaut.

Daß die Regierung sich weigert, echte statistische Daten über die Kriminalität im Lande zu publizieren, hängt mit der alten ideologischen Vorstellung zusammen, daß der „Straftäter" einen Überhang aus der kapitalistischen Ära darstelle. Nach dieser Definition kann die Sünde auf dem Boden des realen Sozialismus nicht gedeihen.

Klage über Mängel im Erziehungssystem

Siebzig Jahre nach der Revolution greift die Theorie jedoch nicht mehr, und die sowjetischen Kriminologen halten mittlerweile Ausschau nach anderen Gründen für das Anwachsen der Kriminalität – zum Beispiel in Mängeln des Erziehungssystems.

Zum anderen rühren viele Schwierigkeiten der sowjetischen Polizei und Bürokratie daher, daß sie einen beträchtlichen Teil ihrer Zeit auf die Kontrolle von Vorgängen verwenden müssen, die sich im westlichen Wirtschaftsbereich von selbst regulieren. Wenn im Sommer zum Beispiel die Kornernte eingebracht wird, fahnden Polizeistreifen auf den Überlandstraßen nach unachtsam beladenen Lastwagen, die Getreide verlieren. Im Verlauf eines Jahres leiteten Polizei und Rechtsbehörden 21 000 Verfahren gegen Kolchosen wegen tödlicher Vernachlässigung des Viehs ein.

Die Polizei muß eingreifen, weil die Bauern kein eigenes Interesse haben, den Viehbestand und den Ernte-Ertrag optimal zu verwalten. Aber indem man Polizisten mit derartigen Aufgaben betraut, führt man sie in Versuchungen, denen sie offensichtlich nicht widerstehen können.

Als Witalij Fedartschuk, bis dahin KGB-Chef, im Dezember 1982 das Innenministerium übernahm, feuerte er den Chef der Bahnpolizei (im Güterverkehr war die Zahl der Diebstähle rapide gestiegen), der Verkehrspolizei (alle Autofahrer machten sich lustig über ihre Bestechlichkeit) und des Moskauer Betrugsdezernats, das die florierenden Wirtschaftsverbrechen bekämpfen soll. Auch kleine Polizeibeamte wurden entlassen und in manchen Gegenden scharenweise durch „die besten Vertreter der Arbeiterklasse" ersetzt, gewöhnlich Fabrikarbeiter, die der Partei angehören.

Flammen raubten ein Kunstwerk der Gotik

Einer der bedeutendsten gotischen Kirchenbauten, die Kathedrale St. Peter in York, ist durch einen Brand erheblich beschädigt worden. Vieles spricht für einen Blitz als Ursache, doch ein aktueller Kirchenstreit gibt auch dem Verdacht auf Brandstiftung Nahrung.

Von FRITZ WIRTH

Ich war sofort nach dem Feueralarm auf der Szene und es war schon zu spät. Der Platz brannte wie Zunder." Das war heute morgen der erste Augenzeugenbericht des Deans Ronald Jesper vom größten und schmerzlichsten Kirchenbrand in England seit dem Kriege. Die St. Peter-Kathedrale von York, das Münster von York, stand um drei Uhr am Montagmorgen in hellen Flammen.

Es ist eine Schocknachricht, denn das Münster von York ist eine der bedeutendsten, größten und schönsten gotischen Kathedralen des Abendlandes, gebaut in einer Zeitspanne von 250 Jahren im 13. bis 15. Jahrhundert. Eine majestätische Kirche, deren glorreiche Architektur die bedeutender anderer britischer Kirchen wie die in Lincoln, Peterborough und Ely deutlich überragt und sehr zu Unrecht im Schatten der großen gotischen Dome auf dem Kontinent steht.

Der wirkliche Schatz dieser Kathedrale in York sind seine Kirchenfenster, über ein Hundert an der Zahl und eine der wenigen, die die Anschläge der Cromwellianer überstanden haben. Zur Legende in dieser wichtigsten Sammlung mittelalterlicher Glasarbeiten in Europa wurden die „Five Sisters", fünf schlanke und in matten, graugelben Farben gehaltene Fenster aus dem 13. Jahrhundert.

Das alles also schien in Gefahr, als um 2.30 Uhr in York Feueralarm gegeben wurde. 150 Feuerwehrleute aus ganz Yorkshire waren schnell, aber eben doch noch zu spät an der Brandstelle. Die Flammen schossen bereits aus dem Dach des Südflügels der Kirche heraus. Der Dean Ronald Jesper begann mit seiner Frau alle tragbaren Schätze aus der Kathedrale herauszutragen, die Feuerwehr hatte nach drei Stunden das Feuer unter Kontrolle. Eine erste Besichtigung ergab: Die Fenster des Hauptschiffes waren durch eine starke Rußdecke erblindet, aber unversehrt, die Fenster im Südflügel zeigten Glasbrüche.

Über die Ursache des Brandes gab es sehr bald wilde Gerüchte. Nicht ohne Grund, denn nur zwei Tage vor diesem Brand stand die Kathedrale, die nach der von Canterbury die wichtigste der anglikanischen Kirche ist, im Mittelpunkt eines heftigen Glaubensstreits. Es gab Protestdemonstrationen in- und außerhalb der Kirche. Anlaß war die Bischofsweihe des umstrittenen Theologieprofessors David Jenkins zum Bischof von Durham.

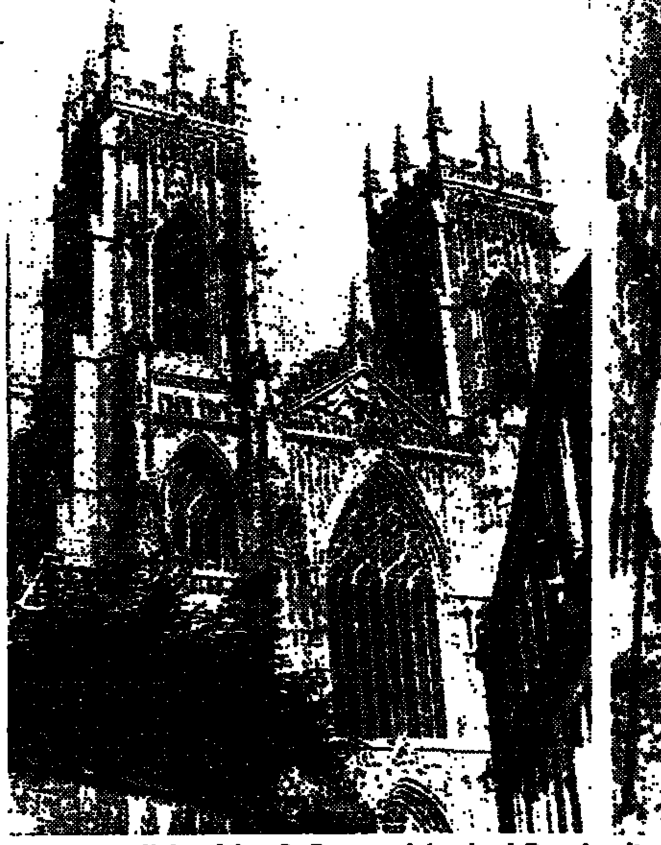
Jenkins steht seit Wochen im Zentrum der heftigsten Glaubensfehde, die die anglikanische Kirche in den letzten Jahrzehnten erschüttert hat. Der Grund: Er hatte kürzlich in einer Fernsehsendung behauptet, daß es keine historischen Anhaltspunkte für die jungfräuliche Geburt und die leibliche Auferstehung Jesu gebe. Einige britische Gläubige verurteilten ihn darob als Gotteslästerer, und viele Anglikaner meinen, daß er sich damit für das Amt eines Bischofs disqualifiziert habe. Sie ließen es John Habgood, den Erzbischof von York, mit massiven Unterschriftensammlungen wissen.

Der Erzbischof jedoch setzte sich über diese Proteste hinweg und weihte Jenkins am letzten Freitag in der Kathedrale von York zum Bischof. Es war das letzte große religiöse Ereignis in dieser Kirche vor dem Brand.

Als die Kathedrale nun 48 Stunden später in Flammen stand, lag der Verdacht nahe, daß hier Brandstiftung, ein Racheakt eines verstörten Anglikaners vorlag. Dieser Verdacht ist bis zur Stunde noch nicht völlig ausgeräumt, vieles spricht jedoch inzwischen für die Vermutung der Feuerwehr und der Polizei, daß ein Blitzeinschlag die Brandursache war. Kurz nach Mitternacht war ein schweres Gewitter über Yorkshire hinweggezogen.

Für diese Theorie spricht vor allem die Tatsache, daß der Brand im schwer zugänglichen Dach des Seitenflügels ausbrach. Bei Brandstiftung hätte das Feuer wahrscheinlich im unteren Teil der Kirche begonnen. Außerdem soll es Augenzeugen geben, die den Blitzeinschlag in der Kirche beobachtet haben. Es wäre freilich bemerkenswert, wenn ein derartiges Bauwerk, das im übrigen noch vor zehn Jahren durch ausgedehnte Restaurierungsarbeiten überholt worden war, über keinen hinreichenden Schutz gegen Blitzeinschläge verfügt.

Nach ersten Schätzungen wird der ersetzbare und reparable Schaden des Feuers auf etwa eine Million Pfund Sterling geschätzt. In welchem Umfang unersetzbare mittelalterliche Kunstwerke zerstört wurden, ist noch nicht erkennbar. Der Erzbischof von York, John Habgood, erschien um halb fünf Uhr auf der Szene. „Es ist der traurigste Tag meines Lebens", sagte er beim Anblick der rauchenden Trümmer. Zwei Stunden später, als Gewißheit bestand, daß das Hauptschiff der Kirche unversehrt geblieben war, kündigte er trotzig an, daß er am kommenden Sonntag in dieser Kirche wieder einen Gottesdienst halten wolle.





Yorks Wahrzeichen St. Peter und der durch Brand weitgehend zerstörte Südflügel der Kathedrale FOTOS: CAMERA PRESS/AP

Das politische Bonn versinkt im „Sommerloch"

Es wird leer in Bonn. Die Politiker machen Ferien, aber man kann nicht gleich die ganze Politik in Ferien schicken. Was bleibt, ist Politik auf Sparflamme.

Von EBERHARD NITSCHKE

Es gibt keine Ankündigung von Sitzungen mehr auf den sonst übervollen großen Tafeln in den Bundeshausfluren, dafür aber plötzlich ganz unerwartet viele ganztägig freibleibende Parkplätze in der Umgebung des Parlaments. Im politischen „Sommerloch" von Bonn, der großen Pause, hantieren die von Ferienmachern aller Fraktionen und Gruppen zurückgelassenen Stallwächter und suchen ihre Chance. Nur ein Bundesminister, versichern die Freien Demokraten, werde bis zum Beginn der Herbstarbeit Anfang September ständig in Bonn präsent sein: der neue Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, der sein Haus erst noch kennenlernen muß.

„Ich wünsche uns allen ein paar Tage der Erholung", rief Bundestagspräsident Rainer Barzel am Ende der 79. Plenarsitzung den allseits Abreisenden zu. Prokollvermerk in Klammern: „Beifall".

Die „paar Tage Erholung" sind ein fein abgestuftes und filigran gewebtes System von An- und Abwesenheit. Der Bundesrat wird mit einer 38 Tagesordnungspunkte umfassenden Tagesordnung noch einmal am Freitag, den 13. Juli, antreten, um die letzten Beschlüsse des Bundestags zu beraten.

Am 11. Juli müßte eigentlich, dem strengen Plan des Kanzleramtes („jeden Mittwoch") folgend, eine Kabinettssitzung stattfinden, aber die fällt mangels Masse aus. Man trifft sich erstmals wieder am 18. Juli, dann am 25. Juli, dann dreimal (nicht viermal) im August. Bundeskanzler Helmut Kohl, zur Zeit noch unterwegs in Mexiko, fährt am 27. Juli für drei Wochen an den Wolfgangsee.

Hier steht ihm zur Verbindung mit der Regierungszentrale in Bonn eine Telefon-Standleitung zur Verfügung. Außerdem gibt es eine Fernschreibstelle, die auch verschlüsselte Texte aufnehmen und senden kann, das letzte Mittel der Nachrichtenübermittlung ist der Kurier.

Die Kabinettssitzungen sind nicht abhängig von der Zahl der anwesenden Minister oder Staatssekretäre, sondern sie finden zum angesetzten Termin auf jeden Fall statt, wobei der dienstälteste Minister (im Zweifel Bundesverkehrsminister Werner Dollinger, der schon 1962 ein Amt dieser Stufe innehatte) den Vorsitz führt. Ist das Kabinett wegen der Zahl der Sitzungsteilnehmer nicht beschlußfähig, dann wird eine Entscheidung im „Umlaufverfahren" gesucht, wobei es den Staatssekretären freisteht, ihre abwesenden Minister einzuschalten.

Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher, für den das Auswärtige Amt als Ferienzeit den August angibt, könnte sich als Statthalter eigentlich erst am Ende dieses Monats aus Bonn verabschieden. Die als Staatsminister beziehungsweise als Staatssekretäre im Kanzleramt wirkenden Herren Jenninger, Vogel, Lorenz und Schreckenberger vertreten sich bei Abwesenheit umschichtig.

Sofort aus Bonn abgesetzt hat sich Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, der kurz vor seinem Aufbruch noch den Bundesetat-Entwurf 1985 präsentierte. Verteidigungsminister Manfred Wörner verdient sich eine sechswöchige Ferienzeit damit, daß er vorher noch ein größeres Programm absolviert. So besucht er die Panzerbrigade 24 in Straubing und die Panzergrenadierbrigade 11 in Regen und ist vom 11. bis 15. Juli in den USA, wo er Marine-Einrichtungen besichtigt und mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger zusammentrifft.

Jürgen Warnke vertritt in diesen Tagen als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit die Bundesrepublik beim Treffen der entwicklungspolitischen Geberländer in Orvieto in Italien, anschließend begibt er sich zu einem offiziellen Besuch nach Ruanda/Burundi.

Die unendliche Reihe von Kontakt- und Arbeitsbesuchen mit „DDR"-Politprominenz setzt Bundesverkehrsminister Werner Dollinger in dieser Ferienzeit mit Gesprächen fort, die er mit dem Verkehrsminister des anderen Deutschland, Otto Arendt, in Bonn führt. Sein Parlamentarischer Staatssekretär Dieter Schulte wird den Gast aus Ost-Berlin anschließend im Lufthansa-Expreß von Bonn nach Frankfurt am Main begleiten. Am 11. Juli treffen sich Dollinger und Arendt noch einmal in München. Dann kann Dollinger gleich weitermachen beim Meeting mit dem kommunistischen, französischen Verkehrsminister in Paris.

Für den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Ignaz Kiechle, der aus der Ministerriege zu den August-Ferienmachern gehört, steht Mitte Juli der Agrar-Ministerrat in Brüssel auf dem Programm. Sozial- und Arbeitsminister Norbert Blüm vertritt die Bundesregierung beim Deutschen Katholikentag in München.



Kehraus im Bundestag: Einsam wacht der Bundesadler FOTO: SVEN SIMON

Auch die Staatssekretäre sind in den klassischen Ferienmonaten auf Dienstreisen-Achse. Da werden Tunnel eröffnet, da geht es um Fischerei-Einigung mit Island, um den Weltpostverein. Ein Stück Olympia besichtigt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Horst Waffenschmidt, wenn er im August nach Los Angeles fliegt. Durch solche Ereignisse wird dem Beschauer von Zeit zu Zeit klar, daß das Bundesinnenministerium auch für den Sport zuständig ist – eine Tatsache, mit der Quizmaster hierzulande ihre Klientel gern aufs Glatteis führen: Wer weiß das schon?

Mitten im sommerlichen Bonn sorgen sieben dicht gestaffelte Baukräne für Aufmerksamkeit auf die Baustelle des neuen Postministeriums. Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling hat soeben den Grundstein gelegt. Bis Mitte 1987 sollen hier rund 1700 Beamte arbeiten, für die es jetzt noch 17 im ganzen Stadtgebiet verstreute Büros gibt. In direkter Nachbarschaft wird das neue Bundesverkehrsministerium errichtet. Für die freiwerdenden Bauten gibt es sofort wieder Verwendung, so hat sich das Auswärtige Amt „das alte" Postministerium gesichert.

Und noch eine andere wichtige Bau-Entscheidung fiel mit dem Beginn der Sommerpause. In den Haushaltsberatungen für 1985 wurden als erste Rate zehn Millionen Mark für den Ausbau des Hotels auf dem Petersberg im Siebengebirge als Gästehaus der Bundesregierung eingesetzt. Sechs Jahre nachdem das traditionsreiche Haus und der ganze Berg für 17 Millionen Mark Besitz des Bundes wurden, können damit die Arbeiten beginnen, die insgesamt 100 Millionen Mark kosten sollen.

WIE WAR DAS? Als die Aktionen konzertiert waren

Von HEINZ HECK

Seit der Arbeitskampf vorüber ist, wird wieder laut darüber nachgedacht, wie der nächste vermieden werden kann. Der neu ernannte Wirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) hat – in einem Wort-Monstrum – einen „Dreierdialog", ein Gespräch zwischen Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften, vorgeschlagen.

Ob man es nun so nennt oder – aus taktischen Gründen – auch nicht, die FDP ist wieder bei ihrem mehrfach unternommenen Versuch zur Wiederbelebung der „Konzertierten Aktion", also jenem „Tisch der kollektiven Vernunft", wie sie ihr Initiator, der unter anderem mit dem Talent der Wortschöpfung reichlich gesegnete Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD), einmal genannt hat.

Angefangen hatte alles in der Großen Koalition mit dem „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" (kurz: Stabilitätsgesetz) vom 8. Juni 1967. Paragraph drei sieht ein aufeinander abgestimmtes Verhalten der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände im Interesse eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vor. Bei einer Gefährdung der vier wirtschaftlichen Ziele Wachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht soll die Bundesregierung „Orientierungsdaten" für ein solches Verhalten zur Verfügung stellen.

Das Ziel der Vollbeschäftigung wird seit rund einem Jahrzehnt grob verfehlt; ob mit den nach langen Arbeitskämpfen zustande gekommenen Kompromissen nun Fortschritte erzielt werden, oder aber der Rationalisierungsdruck – mit sinkender Beschäftigung im Gefolge – zunimmt, wird die Zukunft zeigen. Jedenfalls böte sich hier kein schlechtes Thema für Bangemanns „Dreierdialog".

Das Dumme ist nur, daß die Arbeitgeber 1977 mit ihrer Verfassungsklage gegen die Mitbestimmung nach Meinung der Gewerkschaften „das Tischtuch zerschnitten" haben. Wer aber will schon am „Tisch der kollektiven Vernunft" sitzen, wenn ihn keine unbeschädigte Decke ziert? Die Gewerkschaften handelten daher aus ihrem Verständnis nur folgerichtig, als sie fortan nicht mehr an diesen Tisch zurückkehrten, wobei es sie offenbar völlig ungerührt läßt, daß das Karlsruher Bundesverfassungsgericht schon im Frühjahr 1979 sein Urteil sprach.

Also scheint das Unbehagen doch etwas tiefer zu sitzen, und die Verfassungsklage war am Ende nur ein – höchst willkommener? – Vorwand für eine Politik des leeren Stuhls.

Wie weit nämlich Gewerkschafter zu gehen bereit sind, „wenn es den Interessen der Arbeitnehmer dient", ist schließlich aktenkundig. Der frühere ÖTV-Vorsitzende Heinz Kluncker jedenfalls wollte „notfalls auch mit des Teufels Großmutter reden". Nun mag sich ein Arbeitgeber durch die Gewerkschaftsbrille noch garstiger ausnehmen als jene vermutlich betagte Dame. Doch mag es auch sein, daß sich die Gewerkschaften dem Begründungszwang entziehen wollen, den die Konzertierte Aktion bei allem Kommuniquézauber, der ihr anhaftete, mit sich brachte.

Änderungen im Vertrag Athens mit Ost-Berlin?

hrk./DW. **Berlin/Athen**

Die „DDR" mußte sich damit einverstanden erklären, das vor zwei Jahren paraphierte Rechtshilfeabkommen mit Griechenland vor seinem Abschluß in zwölf Einzelpunkten zu ändern. Das verlautete jetzt zuverlässig in Berlin. Das Abkommen war vor einigen Tagen während des Besuchs des griechischen Premierministers Andreas Papandreou in Ost-Berlin unterzeichnet worden.

Die Änderungen kamen nach intensiven Bemühungen des Auswärtigen Amtes zustande. Sie betrafen den Passus, wonach als Staatsbürger eines Vertragsstaates diejenigen Bürger gelten, die die Staatsangehörigkeit dieses Vertragsstaats „nach dessen Gesetzgebung" besitzen. Dadurch hätte Griechenland als erster NATO-Staat eine zweite deutsche Staatsangehörigkeit anerkannt und flüchtigen Mitteldeutschen die Möglichkeit genommen, von jeder diplomatischen Vertretung Bonns in Griechenland, mit einem entsprechenden Reisedokument ausgestattet, ungehindert in die Bundesrepublik Deutschland weiterreisen zu dürfen.

Griechische Regierungsstellen wollten den Wortlaut des Abkommens vorerst nicht veröffentlichen.

Vorwürfe aus der SPD an Glotz

p. p. **Bonn**

Der Münchner SPD-Kreisvorsitzende Jürgen Maruhn, der auch zu den führenden Köpfen im innerparteilichen „Seeheimer Kreis" gehört, hat in einem Brief an Bundesgeschäftsführer Peter Glotz der Parteiführung in Bonn vorgeworfen, daß sie „störrisch auf Fehlern beharrt". Anlaß für das Schreiben war ein Bericht der WELT über getarnte DKP-Anzeigen im SPD-Mitgliedermagazin „sm". Für Maruhn ist diese Angelegenheit „symptomatisch", weil „sich erst die WELT der Sache annehmen mußte, ehe die Partei die richtige Schlußfolgerung zog". Mehrere frühere Hinweise von der Basis in die gleiche Richtung seien „ungehört" geblieben. Glotz habe sich in einer Replik in der SPD-Theoriezeitschrift „Neue Gesellschaft" sogar zum „professionellen Betreiben" der Parteimedien und einer ebensolchen Anzeigenpolitik bekannt.

„Berlin hat Anspruch auf Solidarität aller"

Senator Kunz über die Rolle der geteilten Stadt

HANS-R. KARUTZ, **Berlin**

In einer Rede vor Deutschland-Politikern der Union, Historikern und anderen Experten im Reichstagsgebäude präsentierte Finanzsenator Gerhadr Kunz die erste fundamentale Rede eines Berliner Regierungsmitglieds zur Standortbestimmung Berlins, nachdem Richard von Weizsäkker die Stadt verließ. Der Beitrag enthält Perspektiven, die über die Stadt hinausweisen. Die WELT zitiert wichtige Passagen:

„Berlin weist gegenwärtig sechs Markanzen auf:

- Berlin ist der einzige Ort der Welt, in dem die beiden fundamental verschiedenen Systeme – freiheitliche Demokratie und kommunistische Diktatur – lokalisiert sind und miteinander jeweils in bestimmten Sektoren wettbewerben.
- Berlin ist deutsche und europäische Metropole im Sinne von Rang, Ausstrahlung und Lebendigkeit.
- Berlin ist gerade in seiner Teilung Symbol der ungelösten nationalen Frage und hat sich fortwährend vorzubereiten, wieder deutsche Hauptstadt zu sein. Dabei ist diese ständige Vorbereitung um so schwieriger, als die Zeit des geschichtlichen Wartestandes lange sein wird.
- Berlin hat den Alltag zu meistern und hat hierin Anspruch auf die Solidarität aller Deutschen.
- Die Lage im geteilten Berlin ist nicht normal. Normalität ist Vision, wie es treffend Hermann Exfort (Berlins Justizsenator, FDP) einmal ausgedrückt hat."

Gerhard Kunz FOTO: DPA

Die Grundlagen der Deutschlandpolitik der Regierung Kohl/Genscher definierte Kunz so: „Deutschlandpolitik in der eindeutigen Bejahung der deutsch-amerikanischen Freundschaft, in der sinndeutigen Bejahung der NATO, der europäischen Gemeinschaft, in der Westbindung, in klarer Ablehnung der Äquidistanz."

Die deutsche Frage beweise ihre Lebendigkeit zwar in vielen Einzelheiten und politischen Treffen über die innerdeutsche Grenze hinweg, aber: „Wie weit aber ist die deutsche Frage bei der großen Zahl unserer Mitbürger subjektiv gegenwärtig? Entspricht objektiven Vorgängen nicht ein Bewußtseinsdefizit bei vielen? Ich glaube schon. Wie weit ist der 17. Juni ein gelebter nationaler Gedenktag? Erreichen die Bundestagsdebatten zur Lage der Nation im geteilten Deutschland hinreichend viele Menschen, selbst wenn sie besser angelegt wären? In unseren Schulen ist das geteilte Deutschland allenfalls in geringem Maße Unterrichtsstoff, an den Pädagogischen Hochschulen und vor allem an den Universitäten nicht existent. Diese Unterlassung erklärt sicherlich jedenfalls zum Teil, warum zwar viel über Nicaragua, aber nur wenig über Deutschland gewußt wird."

Dem Defizit im Deutschland-Bewußtsein entspreche ein „Defizit im Geschichtsbewußtsein". Dabei sei jenes Defizit eine der Ursachen „einer Art Identitätsschwäche, die uns Deutsche weiterhin heimsucht".

Kunz erinnerte an die Feststellung von Bundespräsident Karl Carstens über die fehlenden nationalen Emotionen im Vergleich zu anderen Ländern. Dieser Umstand sei jedoch „hinsichtlich der DDR möglicherweise doch etwas anders zu beurteilen".

Der CDU-Politiker forderte: „Wir dürfen unserer Jugend nicht Bindungen, Inhalte und Wertungen vorenthalten, die für die Existenz jedes Einzelnen und jeder Gemeinschaft auf die Dauer notwendig sind. Wir müssen die Begriffe Vaterland, Volk und Heimat wieder annehmen, ohne die Furchtbarkeiten zu verdrängen oder gar zu vergessen. In diesem Sinne sollte die Erosion der Gefühle überwunden werden."

China begrüßt pazifisches Bündnis Japans

dpa, **Tokio**

Der chinesische Verteidigungsminister Zhang Aiping hat die Pläne Japans zum Ausbau seiner Streitkräfte unterstützt und sich bei einer Begegnung mit seinem Amtskollegen Yuko Kurihara in Tokio auch zu dem japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag bekannt. Zhang sprach sich dabei gestern für eine militärische Zusammenarbeit zwischen Japan und China aus, die die Stabilität und Sicherheit in Asien festigen solle.

Zu diesen Kooperationswünschen soll sich Kurihara zurückhaltend geäußert haben. Er stellte nach offiziellen Angaben lediglich Kontakte auf Arbeitsebene in einigen nicht näher bezeichneten Bereichen in Aussicht. Beobachter werten die erneute ausdrückliche Billigung des amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrages als ein besonderes politisches Signal Chinas, das sich vornehmlich gegen die Sowjetunion richte. Im Unterschied zu China läßt Moskau keine Gelegenheit aus, um das pazifische Bündnis und die japanischen Rüstungsanstrengungen als Bedrohung des Friedens zu kritisieren.

Chnoupek auch bei Weizsäcker

Co. **Bonn**

Die Weiterentwicklung der West-Ost-Beziehungen wird im Mittelpunkt der Gespräche stehen, die der tschechoslowakische Außenminister Bohuslav Chnoupek am Donnerstag und Freitag in Bonn führen wird. Dabei wird er nicht nur mit seinem Amtskollegen Genscher, der zuletzt im Februar 1983 Prag besucht hatte, sondern auch mit Bundespräsident von Weizsäcker zusammentreffen. Der Empfang in der Villa Hammerschmidt erhält dadurch eine pikante Note, daß die Prager KP-Zeitung „Rude Pravo" gestern den Antrittsbesuch des Bundespräsidenten in Berlin scharf kritisierte. Sicher sei Weizsäcker nicht entgegen dem Vier-Mächte-Abkommen nach Berlin geflogen, „um die Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten zu erkennen zu geben". Vielmehr habe er damit jene Kräfte unterstützt, denen es um eine „Revision der bisherigen Realitäten in Europa geht", schrieb „Rude Pravo".

Sowjet-Offensive gegen Europa „auf dem Papier"

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Nicht wegen der Masse der Soldaten, die ins Feld zogen, ist das letzte Woche zu Ende gegangene Manöver der sowjetischen Streitkräfte bedeutsam. Aufmerksamkeit verdient es nach Ansicht westlicher Militärexperten aus einem ganz anderen Grund. Zum ersten Mal hat Moskau in dieser Militärübung, soweit von der NATO anerkannt worden ist, den koordinierten Aufmarsch seiner gegenüber Westeuropa liegenden Truppen in einer genau eingehaltenen Abfolge in Raum und Zeit geübt. Dazu waren die Militärstäbe der westlichen „Fronten" von der Spitze, dem Verteidigungsministerium in Moskau, über den Generalstab bis hinunter

DIE ● ANALYSE

auf die Führungsebene der Regimenter und Bataillone und der vergleichbaren Verbände von Luftwaffe und Marine voll aktiviert und einsatzbereit. Die umfassende Manövertätigkeit der Militärstäbe also war das Neue und Überraschende und zugleich Signifikante dieser Übung.

Aus diesem Grunde ist auch verständlich, daß die Sowjets ohne die Beteiligung ihrer „Verbündeten" im Warschauer Pakt ein Land-, Luft- und Seemanöver ihrer Streitkräfte abhielten. Aus dieser an sich ungewöhnlichen Tatsache aber wird klar, daß die Rote Armee zeigen sollte, ob sie in der Lage ist, den gewaltigen Aufwand an Organisation und Planung für einen Aufmarsch der „Fronten" der Ersten und Zweiten Staffel gegenüber Westeuropa zu bewältigen. Dennoch bleibt es ungewöhnlich, daß Moskau die Streitkräfte der anderen Warschauer Pakt-Staaten nicht beteiligte.

Beteiligt an der Übung waren die drei „Gruppen" der sowjetischen Streitkräfte in der „DDR", die Nordgruppe der Truppen in Polen sowie die Zentrale Gruppe der Truppen in der Tschechoslowakei. Hinzu traten Luft- und Seestreitkräfte. Von diesem Aufmarsch aller Verbände wurden realistisch im Feld, in der Luft und auf See nur relativ kleine Ausschnitte geübt. Insgesamt 60 000 Mann waren daran beteiligt. Diese Zahl hatte Moskau gegenüber dem Westen vorher auch angekündigt und damit die Mindestforderungen der KSZE-Schlußakte erfüllt. Manöverraum war die südliche Ostsee. Das war vorher offiziell mitgeteilt worden. Die amphische Landung fand dann allerdings in der östlichen Ostsee im Raum Memel an der baltischen Küste statt. Das war nicht angekündigt worden. Auch angekündigt waren Übungsaktivitäten in Polen, der Tschechoslowakei und auf dem Gebiet der „DDR"; nicht dagegen solche auf sowjetischem Gebiet selbst.

Alle Anzeichen sprechen nach der Analyse der Experten dafür, daß gerade diese Aktivitäten dem Westen entgehen sollten. Aber gerade sie hoben dieses Manöver in seiner Bedeutung weit über bisher Beobachtetes hinaus. Denn erst aus der Kombination der Tätigkeit der Militärstäbe in den drei westlichen Militärbezirken der Sowjetunion mit denen gegenüber Westeuropa „vorne" operierenden Stäben der „Fronten" der Ersten Staffel ergibt sich das Gesamtbild dieser Übung. Die Sowjetunion testet zum ersten Mal, unter welchen Bedingungen ihr die Mobilisierung aller Divisionen für die strategische Offensive gegen Europa praktisch möglich sei. Dies geschah vor allem durch die „Papierarbeit" der Stäbe und durch einen intensiven Nachrichtenaustausch sowie eine ebenso intensive Befehlsübermittlung von oben nach unten.

Hinzu kam, daß die Stäbe aller Ebenen (vom Moskauer Generalstab über die Gruppen der Truppen/Militärbezirke weiter über die Armeen, Divisionen bis hinunter zu den Regimentern) aus Quartieren im Felde mit Ausweichmöglichkiten und sogar fliegenden Befehlsstationen führten. Für die Stäbe konnte die Übung also gar nicht „realistischer" angelegt sein.

Nimmt man hinzu, daß die Sowjetunion vor nicht allzu langer Zeit auch in der Norwegensee große Teile ihrer Seestreitkräfte zu einem großen Manöver zusammenzog und darüber hinaus bei den strategischen Raketentruppen die SS-20-Verbände einem intensiven Test unterzog, wird um so klarer: Moskau glaubt nun nach langen Jahren der Aufrüstung die Früchte ernten zu können.

Explosion in UdSSR-Kaserne in der „DDR"

dpa, **Berlin**

In einer sowjetischen Kaserne in Schwerin hat es vor zwei Wochen offenbar einen Unglücksfall gegeben, bei dem eine Reihe schwerer Explosionen ausgelöst wurden. Wie erst jetzt in Ost-Berlin bekannt wurde, waren etwa eine Stunde lang Detonationen zu hören. Unfallwagen der „Schnellen Medizinischen Hilfe" der „DDR" seien pausenlos im Einsatz gewesen. In dem nahe gelegenen Neubaugebiet Großer Dreesch seien in mehreren Blocks die Bewohner vorübergehend evakuiert worden. Über mögliche Opfer unter sowjetischen Soldaten gab es keine sicheren Hinweise.

Ein Bericht in der „Schweriner Volkszeitung" vom 26. Juni belegt diese Informationen. In dem SED-Bezirksblatt hieß es, am Vortag sei es „auf dem Gelände an der Ludwigsluster Chaussee zu einem Brand mit Detonationen" gekommen. Es seien zeitweilig „begrenzte Verkehrsregulierungen erforderlich" gewesen. In den „DDR"-Medien wird gewöhnlich nicht über Unglücksfälle im militärischen Bereich berichtet und insbesondere dann nicht, wenn es um sowjetische Verbände geht.

Berlin: Polizei will Haus räumen

F.D. **Berlin**

Die Berliner Polizei ist offenbar fest entschlossen, das als letzte noch vorhandene Besetzerhochburg geltende „Kunst- und Kulturzentrum Kreuzberg" (Kuckuck) in dieser Woche zu räumen. Von dem Gebäude, das in der vergangenen Woche von starken Polizeikräften durchsucht worden war, gingen mehrfach kriminelle und radikale Aktivitäten aus. Wie jetzt aus der Polizeiführung verlautete, dränge nach einem Eigentümerwechsel der jetzige Besitzer des besetzten Fabrikgebäudes auf sofortige Räumung.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Bremer CDU führt das Beispiel Bayern an

Von W. WESSENDORF

Die Bremer CDU will den Umweltschutz als Staatszielbestimmung in der Landesverfassung verankern. Einen entsprechenden Antrag stellte die größte Oppositionsfraktion in der Bremischen Bürgerschaft. Antragsteller Günter Niederbremer zur WELT: „Mit unserer Initiative wollen wir erreichen, daß der Umweltschutz den ihm gebührenden Rang zu vergleichbaren anderen Aufgaben in der Landesverfassung erhält." Heute ist die erste Lesung des Gesetzes.

„In Bremen hat der Umweltschutz in vielen Punkten beim Senat nicht die Bedeutung, die ihm zukommen sollte", erklärt Niederbremer. Kritik übt der Bürgerschaftsabgeordnete insbesondere an der Abfallbeseitigung, Luftreinhaltung, am Lärm, Energiesparen und Abwasser. Niederbremer: „Letzteres ist ein dunkles Kapitel, weil bei jedem Regenguß gegen wasserrechtliche Bestimmungen



und damit massiv gegen Umweltbestimmungen verstoßen wird."

Unterdessen hat auch die Mehrheitsfraktion der SPD einen eigenen Antrag in das Landesparlament eingebracht, den Umweltschutz gesetzlich zu verankern. Der Fraktionsvorsitzende Klaus Wedemeier: „Da es auch bei den anderen Parteien in der Bürgerschaft ähnliche Überlegungen gibt, gehe ich davon aus, daß die für eine Verfassungsänderung erforderliche Einstimmigkeit in der Bürgerschaft zustande kommen wird." Auch die Grünen haben einen eigenen Antrag gestellt.

Diese Einstimmigkeitsklausel ist einmalig in der Bundesrepublik, die Landesverfassung des kleinsten Bundeslandes wurde vor dem Bonner Grundgesetz in Kraft gesetzt, am 21. Oktober 1947, und weist viele Besonderheiten auf. Eine Reihe von Versuchen sie zu „entrümpeln" scheiterten. Es gab erst vier Verfassungsänderungen in Bremen.

Die Christdemokraten rechnen sich jetzt dennoch gute Chancen aus, mit ihrer Initiative Erfolg zu haben. Bundesweit beispiellos ist, daß eine CDU-Fraktion im Landtag als erste initiativ wird, um die Verankerung des Umweltschutzes mit der Formulierung ihres Herzstückes zu erreichen: „Staat und Gemeinden schützen und pflegen die natürlichen Lebensgrundlagen." Die Bremer Christdemokraten gehen dabei von dem seit 1983 vorliegenden Bericht der Sachverständigenkommission „Staatszielbestimmung/Gesetzgebungsaufträge" und der kürzlich in die bayerische Landesverfassung eingeführten entsprechenden Passage aus.

„Wir haben uns an die Formulierung der Bayern angelehnt," erläutert Niederbremer, „die auch nicht den Begriff Umwelt gewählt hat. Die Definition 'natürliche Lebensgrundlagen' ist eindeutiger." Zu den natürlichen Lebensgrundlagen gehörten die Naturgüter Bodenwasser und Luft sowie Klima, Pflanzen und Tierwelt sowie Natur und Landschaft. Würde der Begriff Umwelt gewählt, bestünde die Gefahr, daß auch psychosoziale Probleme der Urbanisierung und Technisierung des Alltags mit einbezogen würden.

Wedemeier sieht im Antrag seiner Fraktion „eine konsequente Fortführung sozialdemokratischer Umweltpolitik". Schon vor der Einrichtung des selbständigen Ressorts Umweltschutz im Senat „haben wir in Bremen ein bundesweit vorbildliches Naturschutzgesetz geschaffen, haben Landschaftsprogramme und Landschaftspläne entwickelt".

Unter Hinweis auf das Verfahren für eine Verfassungsänderung, die in drei Lesungen in der Bürgerschaft behandelt und für die nach der ersten Lesung ein nicht ständiger Ausschuß eingerichtet werden muß, erklärte der SPD-Fraktionsvoritzende: „Wir wollen Initiativen anderer Parteien nicht abblocken, sondern in erster Lesung aufnehmen und in den Ausschuß geben. Von dort erwarten wir dann eine Vorlage, die in zweiter und dritter Lesung einstimmig verabschiedet werden kann." Wedemeier: „Wir verstehen diese Änderung unserer Landesverfassung auch als Signal an andere Länder und den Bund, wo es ebenfalls Bestrebungen gibt, den Umweltschutz als Staatsziel in die Länderverfassungen bzw. das Grundgesetz aufzunehmen."

Außer in Bayern ist der Umweltschutz schon seit 1976 Bestandteil der Verfassung in Baden-Württemberg. In Hamburg lanciert die SPD eine entsprechende Initiative. Auch im Saarland läuft ein gemeinsamer Antrag von CDU und FDP, dort ist der Datenschutz mit aufgenommen worden. Nordrhein-Westfalen und Hessen schützen per Verfassung nur „ ... die Landschaft". Die Hessen starten aber über den Bundesrat eine Initiative, den Umweltschutz im Grundgesetz zu erankern.

Dieses Ziel dürfte allerdings nach einer Anhörung namhafter Verfassungsrechtler vor der Bonner CDU/CSU-Fraktion nicht erreicht werden. Der frühere Verfassungsgerichtspräsident Benda hatte dabei die Aufnahme des Umweltschutzes ins Bonner Grundgesetz abgelehnt, im Hinblick auf Landesverfassungen indes bejaht. Es sei eine „legitime Aufgabe" einer Landesverfassung, das besondere Verständnis ihres Staatsvolkes zum Ausdruck zu bringen; es sei aber nicht Aufgabe des Bundes, den Ländern „ihre jeweils eigene Entscheidung abzunehmen".

Krach an TU-Berlin wie in den wilden Sechzigern

Späte Rache für jahrelange Unbill durch die Linken

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Technische Universität Berlin ist in Gefahr, durch Personal-Querelen in den kommenden Monaten ein Teil jener Reputation wieder zu verspielen, die sie sich nach den wilden sechziger Jahren mühsam neu erworben hatte. Von allen Kontrahenten innerhalb der TU ist unbestritten, daß der noch bis zum kommenden Februar amtierende Uni-Präsident Jürgen Starnick durch sein Wirken nach außen maßgeblich an der bisherigen positiven Entwicklung beteiligt war. TU-Transferstelle, Kontakte zum berühmten MIT in USA und Partnerschaftsverträge mit ausländischen, renommierten Hochschulen gehören zu seinen bleibenden Leistungen. Aber da er parallel dazu versucht hatte, innere Reibungsverluste zwischen den rivalisierenden politischen Gruppen von links und rechts dadurch zu entschärfen, daß er sie jeweils bei Personalentscheidungen angemessen berücksichtigte, ist er heute zwischen Baum und Borke geraten und wird nicht einmal zu einer erneuten Kandidatur nominiert. Die Linken, die ihn einst auf den Schild hoben, sahen ihre Erwartungen bei internen Berücksichtigungen enttäuscht, die Mehrheitsfraktion mag nicht vergessen, wer Starnick damals wählte.

Berlins Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig, der durch die von ihm geforderte Wahlordnung nicht wenig zur verfahrenen Situation beigetragen hat, hat am Wochenende in einem Gespräch mit Starnick die Situation ausgelotet. Unbestritten ist, daß es eine gewichtige Dreier-Liste gäbe, auf der gleichermaßen potente Kandidaten für die Wahl zum TU-Präsidenten dem wählenden Konzil vom vorschlagenden Akademischen Senat präsentiert werden könnten: Amtsinhaber Starnick, der „gemeinte" Kandidat der Mehrheitsfraktion, Manfred Fricke, und der Kandidat der Reformfraktion, Klaus Künkel. Doch die Verhältnisse, zumal die Mehrheitsverhältnisse, sind nicht so: Die aus liberalen und konservativen Mitgliedern bestehende Mehrheitsfraktion will nach jahrelangem Leid unter linken Mehrheiten nun ihre Position der Stärke im Akademischen Senat nutzen und stellt drei Kandidaten aus ihren Reihen auf. Und alle beteuern, daß sie Starnicks Politik „nach außen" fortsetzen wollen.

Die Folgen, die daraus entstehen – vor allem, weil die Mehrheitsfraktion im Konzil nur die Minderheit darstellt –, haben sich jetzt bereits gezeigt: Die Amtszeit des bisherigen Vizepräsidenten Helmut Eichmeyer, der sich eigentlich auf eine breite Basis in der TU stützen kann, wurde nicht, wie erwartet, bis zum Februar noch einmal verlängert, sondern zur „Warnung" an die Mehrheitsfraktion wurde der eigentlich nur als „Zählkandidat" aufgestellte Dieter Schumann für die kurze Übergangsperiode gewählt. Krokodilstränen aller Beteiligten waren die Folge und Signale an den Unterlegenen, daß das Votum nicht persönlich gemeint war. Nicht nur Starnick sieht durch die „sich jetzt fast täglich zuspitzende Entwicklung der Technischen Universität einen Konflikt ins Haus stehen, der sie erheblich belasten wird". Der Ausweg aus dem hausgemachten Dilemma ist noch nicht abzusehen, zumal sich durch die Vizepräsidenten-Wahl die Fronten noch mehr verhärtet haben.

Mitterrand will sich bei Hussein informieren

Kein Treffen mit Arafat / Frankreichs Rolle in Nahost

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreichs Staatspräsident Mitterrand ist am Montag zu einer dreitägigen Staatsvisite im Königreich Jordanien eingetroffen. Ursprünglich sollte der Besuch im Frühjahr 1982 im Anschluß an Mitterrands Israel-Reise stattfinden. Der Libanon-Feldzug Israels und die Entsendung französischer Truppen nach Beirut machten vorerst einen Strich durch die Rechnung.

Heute bietet sich dem Staatschef nach der Beruhigung der Lage in der libanesischen Hauptstadt und der wiederholt erklärten , allerdings noch nie verwirklichten Bereitschaft des jordanischen Königs, als Friedensvermittler zwischen Israel und der arabischen Welt aufzutreten, die Chance, Frankreichs traditionellen Einfluß an einem der Angelpunkte des Krisengebietes bei der Friedenssuche geltend zu machen.

König Hussein, mit dem sich Mitterrand dreimal trifft, ehe er am Mittwoch auf dem Rückweg nach Paris auf dem Flughafen von Kairo dem ägyptischen Staatschef Mubarak begegnet, hat im Vorfeld der Visite den Palästinenserführer Arafat empfangen. Mit diesem hatte er schon im Frühjahr gemeinsame Aktionen für Friedensinitiativen in Nahost besprochen .Beide waren sich vor allem einig in der Forderung nach einer internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten unter der Aufsicht des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und der gleichrangigen Beteiligung der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika.

Mitterrand trifft gegen manchen Gerüchten den PLO-Chef nicht in Amman, wird sich aber von König Hussein über die jüngsten Ansichten des PLO-Führers unterrichten lassen.

Vor seinem Abflug hatte Mitterrand in einem Interview mit dem jordanischen Fernsehen „die Rechte des palästinensischen Volkes auf ein Heimatland im Westjordanland und im Gaza-Streifen" anerkannt, was er schon 1982 vor der Knesseth in Jerusalem und in einem ägyptisch-französischen Resolutionsentwurf für den Sicherheitsrat als Forderung formuliert hatte.

Ebenso wie Hussein tritt Mitterrand für eine „klare politische Entscheidung" ein, die nur von den Vereinten Nationen oder dem Sicherheitsrat herbeigeführt werden könnte. In letzter Zeit hatte Hussein wiederholt die „abgewertete Rolle der USA als Friedensstifter in Nahost" wegen ihrer „Neigung zu Israel" unterstrichen und eine größere Einmischung der Europäischen Gemeinschaft und des Sicherheitsrates in die Friedenssuche gefordert. In beiden Gremien spielt Frankreich eine führende Rolle.

Schließlich wollen Hussein und Mitterrand die Chancen abmessen, die sich aus einem eventuellen Sieg der Arbeiterpartei unter Shimon Peres bei den israelischen Wahlen am 23.Juli ergeben könnten. Mitterrand und Labour-Chef Peres stehen sich sehr nahe. Beide haben im Rahmen der Sozialistischen Internationale viele gemeinsame Pläne und Projekte verfochten.

Arafat fordert Finanzhilfe von Kairo

PETER M. RANKE, Kairo

Die Rumpf-PLO von Jassir Arafat hat von der ägyptischen Regierung verlangt, sie solle mindestens 50 bis 100 Millionen Dollar jährlich zum „Kampf der Palästinenser" beisteuern. Andernfalls werde die „Befreiungsorganisation" nicht die Wiederaufnahme Ägyptens in die „Arabische Liga" und deren Rückkehr nach Kairo befürworten. Ägypten hatte die Zahlungen an die PLO nach der Jerusalem-Reise von Präsident Sadat 1977 eingestellt.

Zahlungen an die PLO würden den Friedensvertrag mit Israel verletzen. Daher hat Kairo bisher nur ausweichende Antworten gegeben. Der Zahlungswunsch der PLO geht auf die Geldknappheit Arafats nach der Zerschlagung der militärischen Struktur durch die Israelis und Syrer zurück. Syrien zahlt an den Arafat-Flügel der PLO keinen Dollar mehr, auch Libyen nicht.

Kuwait wiederum hat die Zahlungen an die PLO, Syrien und Jordanien für 1984 um 39 Prozent gekürzt, von 542 Millionen Dollar auf 329 Millionen, von denen Syrien fast die Hälfte erhält.

In Jordanien klagte kürzlich der Arafat-Vize Abu Jihad, das gemeinsame Jordan-Palästina-Komitee zur Unterstützung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten habe von den arabischen Regierungen für dieses Jahr statt 100 Millionen Dollar nur elf Millionen erhalten.

Den Löwenanteil bezahlte Saudi-Arabien, am wenigsten Algerien. Abu Jihad gab zu, daß die meisten Reisen Arafats durch die reichen Golfstaaten reine Sammelaktionen für die PLO-Kasse seien.

Österreich nur Durchgangsland für Terrorakt?

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die österreichischen Sicherheitsbehörden halten es für möglich, daß die neun verhafteten und vermutlich pakistanischen Staatsangehörigen Österreich nur als Durchgangsland für einen Terroranschlag benutzen wollten. Bei den Verdächtigen, die am Wochenende in Wien verhaftet worden wären, wurden sieben Pistolen, drei Maschinenpistolen, fünf Handgranaten, größere Mengen Sprengstoff sowie zerschnittene Schnüre gefunden. Die Indizien deuten auf die Vorbereitung einer Entführung hin.

Rekonstruiert wurde bisher lediglich, daß die neun Festgenommenen mit falschen britischen Pässen und in drei Gruppen getrennt mit der Eisenbahn als Touristen nach Österreich eingereist sind. Bisher konnten allerdings weder die Identität noch die Absicht der Verhafteten ermittelt werden. Unklar ist auch, wie das Waffenarsenal nach Österreich gebracht wurde. Die österreichische Polizei hat die Bewachung der pakistanischen Botschaft und der heute beginnenden Opec-Konferenz in Wien verstärkt. Anscheinend halten es die Wiener Sicherheitsbehörden jedoch für nicht wahrscheinlch, daß die geplante Aktion der Verhafteten sich gegen diese beiden Institutionen richten sollte.

Der österreichische Innenminister Karl Blecha verteidigte sich inzwischen gegen den Vorwurf, daß Wien – besonders nach der jüngsten Ermordung eines türkischen Diplomaten – ein Zentrum des internationalen Terrorismus sei. Österreich, so erklärte der Minister, halte mehr Terroristen in Haft als irgendein anderer westlicher Staat. In Wien geschehe auf dem Gebiet des Terrors in zehn Jahren weniger als in einem einzigen Jahr in Paris oder Rom. Der Terrorismus sei eine Zeiterscheinung, gegen die man in freien demokratischen Staaten nicht ebenso vorgehen könne wie in Diktaturen. Eine „Totalüberwachung" aller Bürger bezeichnete der Minister weder als wünschenswert noch als möglich.

Vorwurf des Steuerbetrugs ausgeklammert

p.p. Bonn

Ein „gebündeltes" Gerichtsverfahren gegen den früheren Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und den ehemaligen Flick-Gesellschafter Eberhard von Brauchitsch, in dem die Vorwürfe wegen Bestechung und Steuerhinterziehung zusammen behandelt werden, wird es wohl nicht geben. Die Bonner Staatsanwaltschaft verwies darauf, daß ursprünglich von der Verteidigung die Anträge gekommen seien, den Komplex „Steuerhinterziehung" mit dem Vorwurf der Bestechlichkeit beziehungsweise der Bestechung gemeinsam zu behandeln. Aber die zuständige Kammer des Landgerichts habe in ihrem Eröffnungsbeschluß erst einmal festgelegt, „dies nicht zu machen".

Ob das Gericht im Laufe des Verfahrens zu anderen Ergebnissen kommt, ist offen. Im übrigen wurde von Seiten der Staatsanwaltschaft darauf verwiesen, daß die Steuerstrafverfahren seit 1981 anhängig seien, was dahingehend interpretiert werden kann, daß auch nach Ansicht der Anklagebehörde keine besondere Eile erforderlich ist, diesen Sachverhalt jetzt durch eine Zusammenlegung der Verfahren beschleunigt zu klären.

Der „Spiegel" hatte berichtet, Justizkreise in Nordrhein-Westfalen überlegten, gegen von Brauchitsch einen Haftbefehl zu erlassen. Die ermittelnden Staatsanwälte hätten addiert, daß der ehemalige Flick-Gesellschafter für Zahlungen an Politiker und bei privaten Geldgeschäften 40 Millionen Mark Steuern hinterzogen haben soll. Außerdem sei eine Nachtragsklage gegen Graf Lambsdorff in Vorbereitung, wegen Steuerhinterziehung und Beihilfe dazu. Dabei soll eine Summe von 3,75 Millionen Mark genannt werden, heißt es im „Spiegel". Die Staatsanwaltschaft erklärte dazu, daß der Bericht „teils Tatsachenbehauptungen, teils unhaltbaren Rechtsansichten, teils bloße Spekulationen und Wertungen" enthalte.

Mexiko übt Kritik an Managua

De la Madrid warnt Sandinisten / „Der Ost-West-Konflikt ist in Mittelamerika präsent"

WERNER THOMAS, **Mexico City**

Ein Diplomat der deutschen Botschaft in Mexiko äußerte bei den Vorbereitungen für den Kohl-Besuch kürzlich die Sorge, daß das Thema Mittelamerika die Gespräche zwischen dem Kanzler und Präsident Miguel de la Madrid belasten könnte. Schließlich würden beide Regierungen die amerikanische Politik in dieser Region unterschiedlich beurteilen. Diese Sorge scheint nicht mehr angebracht zu sein, denn Mexiko korrigierte in den letzten Wochen seinen Mittelamerika-Kurs.

Präsident de la Madrid sprach vergangene Woche in einem langen Interview der renommierten Zeitung „Excelsior" dazu einige bemerkenswerte Sätze. Etwa: „Obgleich die fundamentalen Ursachen der Konflikte Mittelamerikas wirtschaftlicher und sozialer Natur sind, besteht kein Zweifel, daß Mittelamerika auch Gegenstand des Ost-West-Konfliktes ist ... Der Ost-West-Konflikt ist in Mittelamerika präsent." Oder zur Situation in Nicaragua: „Ich hielte es für vernünftig, wenn Nicaragua seine politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu verschiedenen Ländern der Welt vielfältig gestalten würde. Je stärker sie sich diversifizieren und je weniger sie in seine Abhängigkeit geraten, besonders von dem sozialistischen Block, desto mehr verringert sich das Risiko einer Konfrontation mit den Vereinigten Staaten." Auf diese Weise könnten sich die Sandinisten auch „mehr Hilfe und Sympathie der lateinamerikanischen Nationen sichern, die es nicht gern sehen, wenn sich lateinamerikanische Länder mit den großen internationalen Machtblöcken verbünden".

Solche Warnungen hätten auch von einem Vertreter der Reagan-Regierung formuliert werden können. Daß sie von Präsident de la Madrid kamen, hat in Mexico City und der Region einiges Aufsehen erregt. Zum ersten Mal konzedierte der Mexikaner die Ost-West-Komponente.

Weshalb diese Neueinschätzung der Lage? In der mexikanischen Hauptstadt wird der Washington-Besuch des Präsidenten Mitte Mai heute als ein Schlüsselereignis gewertet. Obwohl de la Madrid damals offen die seiner Meinung nach militaristische US-Politik kritisierte, ohne das Engagement des Ostblocks in Nicaragua oder die Verbindungen zwischen der salvadorianischen Guerrilla und den sandinistischen Comandantes zu erwähnen, sollen seine Unterhaltungen mit Ronald Reagan und anderen Regierungsvertretern großen Eindruck hinterlassen haben. Die Amerikaner präsentierten angeblich bisher unveröffentlichtes Geheimdienstmaterial über die kommunistischen Aktivitäten in Mittelamerika.

Amerikanische Diplomaten in Mexico City bestreiten Gerüchte, wonach diese Kursänderung durch Druck aus Washington erreicht worden sei. Etwa durch die Drohung, daß sich die US-Regierung in Zukunft nicht mehr so kooperativ bei der Linderung der Schuldenprobleme (Mexiko ist mit 90 Milliarden Dollar die nach Brasilien höchstverschuldete Nation Lateinamerikas) zeigen werde wie in der Vergangenheit. In diesem Zusammenhang wurde auch eine Veröffentlichung des Washingtoner Skandalkolumnisten Jack Anderson zu Beginn des Besuchs von de la Madrid genannt, in der der Autor behauptet, der Präsident habe bereits in den eineinhalb Jahren seiner Amtszeit „mindestens" 162 Millionen Dollar auf ausländische Bankkonten transferieren lassen. Anderson berichtete, seine Informationen stammten aus Geheimdienstkreisen, die den internationalen Telexverkehr registrierten. Die mexikanische Regierung dementierte entrüstet, das State Department würdigte de la Madrid „für seine Verpflichtung, das Thema der Ehrlichkeit in der Regierung zu verfechten".

Mexikanische Gesprächspartner äußern jedenfalls „Enttäuschung" über die Entwicklungen in Nicaragua. Die Sandinisten seien öfters diskret gewarnt worden, die Kontakte zum Osten zu lockern. Sie hätten nicht auf diesen Rat gehört. Man fühle sich „undankbar" behandelt angesichts der großzügigen Wirtschaftshilfe Mexikos. Fast schon als Provokation wurde die Ostblockreise des sandinistischen Junta-Chefs Daniel Ortega im Juni gewertet, just zu dem Zeitpunkt, als nicaraguanische und amerikanische Delegationen in der mexikanischen Pazifik-Metropole Manzanillo auf mexikanisches Drängen hin Verhandlungen aufnahmen.

Daß die Contadora-Nation Mexiko ihren Mittelamerika-Kurs korrigieren oder zumindest überprüfen will, wurde bereits Anfang Juni signalisiert, als Außenminister Bernardo Sepulveda zur Amtseinführung des neuen christdemokratischen Präsidenten José Napoleon Duarte nach El Salvador reiste, ausgerechnet Sepulveda, der bisher als Sympathisant der salvadorianischen Rebellen galt.

Managua hat bisher die Mexikaner mit Kritik verschont. Anders als die Bundesrepublik, die am vergangenen Wochenende in die Schußlinie Daniel Ortegas geriet. Der Comandante beschuldigte Bonn, „ein Komplize der kriminellen Mittelamerika-Politik Reagans" zu sein. (SAD)

Arbeiterpartei und Likud fast gleichauf

AP, **Tel Aviv**

Zwei Wochen vor den Parlamentswahlen in Israel hat sich der Abstand zwischen dem regierenden Likudblock und der oppositionellen Arbeiterpartei offenbar verringert. Wie eine gestern von der Tageszeitung „Maariv" veröffentlichte Umfrage ergab, würde die Arbeiterpartei 47 und die Partei des Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir 37 von 120 Parlamentssitzen erringen. Noch vor einer Woche waren für die Oppositionspartei 51 und für Likud 36 Sitze errechnet worden. Die restlichen Mandate verteilten sich auf 16 kleinere Parteien. Die zunächst von den Wahlen ausgeschlossene, später aber wieder zugelassene rechtsextreme Kaach-Partei hätte nur mit einem Mandat zu rechnen.

„Wahrheitsdroge" für entführten Dikko?

AP, **London**

Die Entführer des nigerianischen Exilpolitikers Umaru Dikko sollen ihrem Opfer nach britischen Presseberichten eine „Wahrheitsdroge" injiziert haben. Dabei handele es sich um das Betäubungsmittel „Pentothal", das auch bei Verhören und von Ärzten zur Einschläferung von Tieren benutzt werde. Die Polizei lehnte einen Kommentar zu den Berichten ab.

Dikko ist nach Angaben von Ärzten immer noch „schwach und benommen". Er sollte gestern zum zweiten Mal vernommen werden.

Premierministerin Thatcher beriet gestern über die Affäre, die zu einer Verstimmung zwischen Großbritannien und Nigeria geführt hat. Wie aus dem Außenministerium zu hören ist, dürfte London, falls sich herausstellen sollte, daß Nigeria an der Entführung beteiligt war, sich entschließen, ein „Exempel zu statuieren". Mit einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen wird jedoch nicht gerechnet.

Kairo sorgt sich um Numeiri

Ägypten geht die radikale Islamisierung Sudans zu weit / Libyen im Hintergrund?

PETER M. RANKE, **Kairo**

Verärgerung, Sorgen und Kritik an Staatspräsident Numeiri (54). Das sind die Reaktionen ägyptischer Politiker bei Gesprächen über die Lage im südlichen Nachbarland Sudan. Ägypten hat zwar einen Verteidigungspakt mit Khartum abgeschlossen, doch die Armee will auf keinen Fall in die inneren Auseinandersetzungen in Südsudan hineingezogen werden.

Numeiri besuchte Anfang Juli Kairo und Alexandrien, um sich vom Fastenmonat Ramadan zu erholen. In einer Aussprache legte ihm Präsident Mubarak eingehend die ägyptischen Sorgen dar, doch zeigte sich Numeiri als jetzt überzeugter Moslembruder wenig beeindruckt. Während Kairo für die Unruhen und die schwache Stellung Numeiris vor allem die Standgerichte und die forcierte Islamisierung verantwortlich macht, bleibt Numeiri dabei, die Krise sei auf eine Verschwörung und Einmischung Äthiopiens und Libyens zurückzuführen.

Wie gefährlich tief das Ansehen Numeiris in Ägypten gesunken ist, geht aus einem Bericht der linksoppositionellen Zeitung „Al Ahali" hervor. Das Blatt wirft der sudanesischen Armee vor, im Süden tausende von Menschen abzuschlachten und bezeichnet das mit Kairo befreundete Regime Numeiris als korrupt. Numeiri kündigte offenbar unberührt in Alexandrien an, daß auch die Christen in Südsudan sich nun den islamischen Scharia-Gesetzen unterwerfen müßten. Noch im September 1983 hatte er erklärt, die Scharia gelte nur für Moslems. Inzwischen sind aber auch Christen im Süden wegen Alkoholbesitzes ausgepeitscht worden oder haben wegen Diebstahls Hand oder Bein verloren. Numeiri behauptete jedoch, die islamischen Strafen seien ein Ausdruck der Demokratie und Religionsfreiheit.

Aus Khartum wird der ägyptischen Regierung berichtet, daß sich Numeiri jetzt vor allem auf die Moslembruderschaft und die Armee stützt. Der wahre Herrscher sei der Chef der Moslembrüder, Hassan Abdallah el Turabi, der als außenpolitischer Berater und als Vorsitzender einer Wirtschaftskommission fungiert, die das frühere englische Finanz-, Banken- und Wirtschaftssystem nach islamischen Regeln umgestalten soll.

Der Einfluß der antiwestlichen Moslembrüder sowie Säuberungen im Offizierskorps und in der Polizei haben die Unterstützung Numeiris durch die Streitkräfte geschwächt. Hinzu kommt, daß die Aufstandsbewegung etwa ein Drittel des Südsudan beherrscht und anders als früher nicht nur Autonomie fordert, sondern wie Ex-Oberst John Garang mit einer „Volksbefreiungsbewegug" auch den Sturz Numeiris anstrebt.

„Wenn es jetzt zu einem Putsch kommt, haben wir ein pro-libysches Regime in Khartum", fürchtet ein ägyptischer Diplomat. Er weist darauf hin, daß bei den letzten Säuberungen vor allem pro-ägyptische Beamte und Offiziere von Numeiri ausgebootet wurden. Ein Zugeständnis an den noch immer einflußreichen Saddiq el Mahdi, der zwar im Gefängnis sitzt, aber von Numeiri wieder umworben wird? Mit seiner Ansar-Bruderschaft ist der Urenkel des Mahdi eine einflußreiche moslemische Kraft neben den Moslembrüdern. Sein Name wird im Zusammenhang mit pro-libyschen und antiägyptischen Putsch-Absichten immer wieder genannt.

Die Unterstützung der Aufstandsbewegung im Süden durch Tripolis und Addis Abeba, also durch prosowjetische oder mit Moskau verbündete Regime, hat den Eifer der ägyptischen Regierung etwas gedämpft, die Beziehungen zu Moskau allzu eng zu gestalten. Davor warnen übrigens auch die Amerikaner in Kairo. Sie gewähren wie Ägypten dem Sudan Militär- und Wirtschaftshilfe (1983 rund 250 Millionen Dollar), wenden sich aber auch gegen einen Einsatz ihres Materials zur Niederschlagung der Opposition oder zur Drangsalierung der Christen.

Obwohl die islamischen Strafen exzessiv vollstreckt werden und vor den Militär-Sondertribunalen keine Berufung möglich ist, will Amerika Sudan mit seinen neun Milliarden Auslandsschulden nicht fallenlassen. Der Internationale Währungsfonds bewilligte gerade eine neue Anleihe von 94 Millionen Dollar zu günstigen Bedingungen. Insgesamt zahlt Washington 1984/85 für Wirtschaftshilfe 266,5 Millionen Dollar, für Militärhilfe 46,5 Millionen. Dabei hat das strikte Verbot von Bier und Alkohol schon zu einem Steuerausfall von 73 Millionen Dollar geführt. Die Vernichtung der Vorräte, einschließlich der Depots ausländischer Vertretungen, kostete mehr als 11 Millionen Dollar.

Die Amerikaner, so verlautet in Kairo, sagen nichts gegen die Islamisierung in Sudan, weil sie Rücksicht auf Saudi-Arabien nehmen müssen. Dabei wird nun fast täglich in sudanesischen Gefängnissen geprügelt, gepeitscht und amputiert, auch bei kleinen Sündern werden die härtesten Strafen vollstreckt. (SAD)

Neues Kampfflugzeug für Europa

Minister-Beratung in Madrid über Produktion und Verkauf des Tornado-Nachfolgers

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

Auf einer ersten Arbeitssitzung über den künftigen „Europa-Jäger 95" (EJ 95) beschlossen die Verteidigungsminister der NATO-Staaten Deutschland, Frankreich, England, Italien und Spanien gestern in Madrid, die Vorarbeiten für das geplante gemeinsame Projekt abzuschließen.

In einem Kommunique des spanischen Verteidigungsministeriums hieß es, von 1995 an sollten die Streitkräfte dieser fünf Länder mit dem neuen Kampfflugzeug ausgerüstet werden. Nach spanischen Schätzungen soll der Stückpreis nach heutigen Kosten zwischen 25 Millionen und 30 Millionen Dollar liegen. Wie aus Regierungskreisen verlautet, rechnet man mit insgesamt 800 Maschinen.

Im Dezember vergangenen Jahres hatten sich die Chefs der Luftwaffenstäbe der fünf beteiligten Staaten auf gemeinsame Richtlinien für ein neues Kampflugzeug geeinigt. Das Projekt EJ 95 wurde anschließend von den Rüstungsbeauftragten in Bonn, Paris, London, Rom und Madrid gutgeheißen und an die Verteidigungsminister weitergegeben.

Die Verteidigungsminister beschlossen, Flugzeug- und Motorenindustrien der Länder um entsprechende Offerten zu bitten.

Das Hauptproblem liegt in der Vergabe der Düsentriebwerke. Fest steht nur, daß man keine amerikanischen Triebwerke einbauen will. So bemühen sich französische und britische Triebwerkfirmen um den Auftrag, von dem sie wissen, daß er die Zukunft dieses Industriezweiges in ihrem Lande insgesamt betreffen wird. Auch über die Größe des Flugzeuges und sein Gewicht wurde noch keine Einigung erzielt.

Spaniens Verteidigungsminister Narcis Serra hatte seine europäischen NATO-Kollegen zur ersten Arbeitsbesprechung nach Madrid gebeten, um den Willen der spanischen Regierung und ihrer Streitkräfte an einer möglichst weitgehenden Integration auch in Fragen der Ausrüstung der Teilstreitkräfte zu bekunden. Die spanische Beteiligung an dem Europa-Jagdbomber wird zwischen 7 und 15 Prozent je nach Einzelpreis betragen.

Die spanischen Flugzeugwerke Construcciones Aeronauticas S.A. sind bereits seit Jahren am Bau des Europa-Jets beteiligt. Bei seinem Besuch in den Madrider Flugzeugwerken äußerte sich Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner Ende April dieses Jahres: „Absolut auf der Höhe der Zeit." Für die Modernisierung seiner Luftwaffe bestellte Spanien vor einem Jahr in den USA 72 Jagdbomber vom Typ F-18 A. Eine ähnliche Anzahl möchte Spanien auch von dem neuen Europa-Jäger bestellen, wenn die Maschinen sich in solch einer Gewichtsklasse halten.

Die Franzosen werden neben dem Europa-Fighter in gleicher Anzahl ihre Mirage fliegen, während die drei anderen Beteiligten des europäischen Kampfpools nach und nach den Tornado ersetzen, von dem man bereits befürchtet hatte, daß er die letzte europäische Konkurrenzmaschine gegenüber der amerikanischen Produktion sein würde.

Wie aus dem Bundesverteidigungsministerium verlautet, bedeutet diese Initiative noch keine Verpflichtung. So werden in Bonn außerdem mehrere Alternativvorschläge geprüft.

Läßt Kreml Managua notfalls im Stich?

DW, **New York**

Das amerikanische Nachrichtenmagazin „Time" hat jetzt berichtet, die Sowjetunion habe einer Anfang des Jahres in Moskau weilenden nicaraguanischen Regierungsdelegation zu verstehen gegeben, daß die Sandinisten letztendlich allein stünden, sollten sich die USA zu einem militärischen Eingreifen entschließen.

Auf die Frage des Delegationsleiters, des nicaraguanischen Verteidigungsministers Humberto Ortega Saavedra, an Verteidigungsminister Ustinow, ob der Kreml seinem Land bis zum Ende beistehen oder es den USA überlassen wolle, habe Ustinow eisern geschwiegen. Am folgenden Tag habe das sowjetische Außenministerium in einer Note lediglich zugesichert, die Bande der Freundschaft und Zusammenarbeit mit dem nicaraguanischen Volk weiter pflegen zu wollen.

Moskau an „Abfallbörse" interessiert

WELT-Gespräch mit dem stellvertretenden sowjetischen Chemieminister Ossipenko

XING-HU KUO, **Stuttgart**

Die Sowjetunion und die Bundesrepublik wollen im Bereich des Umweltschutzes, der Chemie und Abfallwirtschaft enger zusammenarbeiten als bisher. Dies ist das Ergebnis der 12. Tagung der Deutsch-Sowjetischen Fachgruppe Chemie in der Kommission der Bundesrepublik Deutschland–UdSSR für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Der Leiter der sowjetischen Delegation, Leonid Iljitsch Ossipenko, Vizeminister für Chemieindustrie der UdSSR, sagte in einem WELT-Gespräch, er sei mit den Ergebnissen der Tagung „sehr zufrieden", zumal die Atmosphäre wie bereits im Vorjahr in Taschkent (Usbekistan) „außerordentlich freundschaftlich und konstruktiv" gewesen sei.

Inzwischen habe die Sowjetunion „viele Verträge mit einzelnen Firmen" in der Bundesrepublik im Bereich der Chemie abgeschlossen, darunter auch auf dem Gebiete des Lizenzen- und Patentaustauschs bzw. Lizenzenkaufs. So habe Moskau nach Angaben Ossipenkos allein mit der Salzgitter AG einen Vertrag in Höhe von „mehr als 100 Millionen DM" für die Herstellung von Ameisensäure abgeschlossen. Auf der Tagung wurden nach Angaben des Vizeministers die „Weichen" für eine noch engere Kooperation im wissenschaftlich-technischen sowie im Umweltschutzbereich gestellt.

Auch in der Sowjetunion habe der Umweltschutz, der eng mit der chemischen Industrie zusammenhänge, inzwischen „einen der ersten Plätze" in der Gesellschaftspolitik besetzt. Hier würden künftig Moskau und Bonn einen regen „Erfahrungsaustausch" beginnen, „was jede Seite im Umweltschutz gemacht hat".

Vizeminister Ossipenko nannte als konkrete Beispiele: einen Erfahrungsaustausch bei der Farbstoffherstellung, denn bei der Herstellung von Farbstoffen wirkten deren Abfälle auf die Abwässer ein. Deswegen werde die Sowjetunion sich künftig an der „Abfallbörse" der deutschen Chemieindustrie beteiligen: Die Sowjetunion wolle prüfen, inwieweit sie Abfälle der deutschen Chemieindustrie verwerten bzw. weiterverarbeiten könne. Auf der anderen Seite wolle die sowjetische Chemieindustrie ihrerseits erstmalig den deutschen Partnerfirmen eine Liste der russischen Chemieabfälle zur Verfügung stellen. Ossipenko betonte in diesem Zusammenhang, daß der „Durchschnittsbürger" sowohl in seinem Lande als auch in der Bundesrepublik häufig die Chemie einseitig als Umweltverschmutzer verurteile: „Er vergißt dabei, daß die Chemie auch einen wesentlichen Beitrag für die Reinigung von Luft und Gewässern leisten kann."

Harald Lindemann vom Bundesministerium für Wirtschaft in Bonn und Teilnehmer der Tagung erklärte gegenüber der WELT, die deutsche Seite beurteile diese erste positive Reaktion und das Interesse Moskaus an der deutschen „Abfallbörse" im Hinblick auf die „denkbare Entwicklung" mit „großem Interesse, aber auch mit einer gewissen Skepsis". Die Praxis der nächsten Jahre werde erst zeigen, inwieweit ein Austausch dieser Abfälle zur Weiterverwendung und Wiederverwertung wirtschaftlich und umweltpolitisch sinnvoll wäre.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Optimale Neugliederung

Leserbrief: Einheitlicher Küstenstaat: WELT vom 26. Juni

Sehr geehrte Redaktion,

die Erkenntnis, daß die Bundesrepublik nach Ländern neu gegliedert werden müßte, ist fast so alt wie unser Staat selber. Herr Schröder hat nur allzu recht mit seiner Klage, daß durch die Aufteilung des norddeutschen Raumes in vier Länder eine Fülle von Unzulänglichkeiten vorprogrammiert ist, unter denen die Entwicklung der Gesellschaft und des Staates leidet. Dies gilt ebenso für den Raum zwischen Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg; ich versage es mir aus Raumgründen, hierfür naheliegende Beispiele anzuführen.

Schon die Väter des Grundgesetzes ahnten, daß Änderungen vonnöten sein würden, bestimmten sie doch in Art. 29, daß die Länder imstande sein müßten, nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam zu erfüllen und daß das Bundesgebiet zur Erreichung dieses Zustandes neu gegliedert werden könne. An dieser Aufgabe arbeitete in den 50er Jahren die Luther-Kommission und ebenso die Ernst-Kommission Anfang der 70er. Es wurde vorgeschlagen, neben den mit ausreichender Fläche und Bevölkerung versehenen Ländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern nur zwei weitere Länder zu schaffen, eben den Nordwest-Staat mit Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen, und ein im Südwesten gelegenes Land, das etwa Rhein-Hessen heißen könnte und die Bundesländer Rheinland-Pfalz, Hessen und Saarland umfassen müßte.

Eine solche Gliederung in fünf ungefähr gleich große und wirtschaftlich gleich starke Bundesländer wäre die einzig sinnvolle und effektive Unterteilung unseres Staatsgebietes. Es gäbe dann keine „armen" Länder mehr, die von den Brosamen der wohlhabenden zehren, und keine „reichen", die nur ungern von ihrem Steueraufkommen etwas abgeben, damit die „Habenichtse" überhaupt ihre Beamten bezahlen können. Auch das relative Übergewicht der kleinen Länder, die im Bundesrat vergleichsweise stärker vertreten sind als die großen, würde wegfallen, und vor allem würden die speziellen ländereigenen Malheurchen wie Monostruktur im Saargebiet und Fehlen jeglichen Hinterlandes bei den Hansestädten sowie einseitige landwirtschaftliche Strukturen in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz als Problembereiche wegfallen oder doch sehr stark gemildert werden.

So sehr mir aus meinem Fachbereich der Wirtschaftsgeographie dieser mögliche Fortschritt als notwendig erscheint, so wenig werden wir ihn erleben. Wer könnte sich schon vorstellen, daß die Bürgermeister von Bremen oder Hamburg, die Landtage von Kiel oder Saarbrücken freiwillig darauf verzichten würden, ihr regionales Süppchen zu kochen und ihre Pfründe preiszugeben? Wieviele Ministerposten und Landtagssitze, allesamt wohldotiert, würden dann wegfallen, und wieviel Geld würde der Steuerzahler einsparen!

Aber da sei Tacitus vor. Schon er schrieb ja, daß die hervorstechendste Eigenschaft der Germanen ihr Hang zur Zwietracht sei und daß sie nie imstande wären, kleinliche Gruppeninteressen zugunsten der Gemeinschaft aufzugeben.

Hochachtungsvoll
Dr. E. Köster,
Bonn 3

Das Chamäleon

„Antisemitische Ausschreitungen in Polen": WELT vom 28. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

es muß verwundern, daß sich gerade in Polen heute der Antisemitismus wieder breitmacht. Schließlich wurde von dem polnischen Professor Dr. Czeslaw Pilichowski berichtet, daß Dank polnischer Hilfe 100 000 bis 120 000 polnische Juden während der deutschen Besatzung gerettet worden seien. In der Zeit zwischen 1939 und 1945 hätten sich an Hilfsaktionen ungefähr drei Millionen Polen direkt oder indirekt beteiligt.

Allerdings ist unsicher, ob Pilichowski selber mitgemacht hat. Simon Wiesenthal jedenfalls hat in seiner Dokumentation „Judenhetze in Polen (Vorkriegsfaschisten und Nazi-Kollaborateure in Aktioneinheit mit Antisemiten aus den Reihen der KP Polens)" mitgeteilt, Pilichowski habe eine faschistische Vergangenheit, deretwegen er nach dem Kriege aus der Kommunistischen Partei Polens (KPP) wieder ausgeschlossen worden sei, in die er kurz vorher eingetreten war. Pilichowski hatte nach Wiesenthal einer antisemititschen Schlägertruppe angehört. Da er heute wacker seine antifaschistischen Pflichten erfüllt, ist er wieder in die KPP aufgenommen worden und ist seit 1966 Direktor der „Hauptkommission für die Erforschung der Naziverbrechen" in Warschau.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Wahls,
Köln 30

Wort des Tages

„Je tiefer der Mensch in die Zeit dringt, in das eigentliche Wesen der Zeit, um so entschiedener ist er auch auf sich selbst verwiesen; auf die Kraft der Seele, des Glaubens, des Geistes, die ihn befähigen, diese Zeit zu bestehen: in ihr, worauf alles ankommt, wirklich ein Mensch zu sein und das Erbe der Menschheit in sich zu bergen."

Reinhold Schneider, dt. Autor (1903–1958)

Grüne und Nation

„Deutsche Einheit nur über Einigung Europas"; WELT vom 18. Juni

Die Parteigrünen traten mit dem Anspruch an, „alternativ" zu sein, Verkörperung von Gegenpositionen zu allem Bestehenden. Sind sie es wirklich? In einer existentiellen Frage deutscher Gegenwart dekuvrierten sie sich als Status-quo-Anbeter, als Konservierer des Bestehenden: in der nationalen Frage. Nicht nur, daß die Grünen-Fraktion der Gedenkfeier im Bundestag am Vorabend des 17. Juni fernblieb; auf einer Gegenkundgebung forderten diese angeblichen Alternativen die bedingungslose Respektierung der Teilung Deutschlands. Die Zerreißung der Nation sei eine „politische Tatsache", die von allen Deutschen anerkannt werden müsse. Und nicht nur das: Eine wie immer geartete Wiedervereinigung sollte von vornherein verurteilt werden.

Daraus darf doch geschlußfolgert werden: Die Parteigrünen (Ausnahmen bestätigen die Regel) streben keine politische Revision des Jalta-Systems an. Sie begreifen sich als eine antinationale Bewegung. Sie verlangen Duldung der Entnationalisierung, sie propagieren die Betonierung der deutschen Spaltung und Ohnmacht, sie lehnen eine Beseitigung imperialistischer Hegemonialgrenzen im Herzen Europas strikt ab. Was eigentlich trennt sie vom DKP-Kurs?

Wolfgang Strauss,
Furth i. Wald

Personalien

ERÖFFNUNG

Der hessische Sozialminister **Armin Clauss** hat in der Deutschen Blindenanstalt in Marburg ein in über zweijähriger Bauzeit mit einem Kostenaufwand von insgesamt 14 Millionen Mark errichtetes Gebäude für den Blindenschrift-Verlag und die Hilfsmittelfertigung sowie eine Schülergruppen-Wohnanlage ihrer Bestimmung übergeben. Wie der Direktor der Blindenanstalt **Jürgen Hertlein** bei der Eröffnung erklärte, wird mit diesem Neubau im Marburger Stadtteil Wehrda die technische Seite der Rehabilitation Sehgeschädigter für die nächsten Jahre abgesichert.

BUCHMESSE

Bundeskanzler **Helmut Kohl** wird die diesjährige Frankfurter Buchmesse am 2. Oktober eröffnen. Bundespräsident **Richard Freiherr von Weizsäcker** wird die Laudatio auf den diesjährigen Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, den mexikanischen Dichter und Essayisten **Octavio Paz** halten. Paz nimmt am 7. Oktober den mit 25 000 Mark ausgestatteten Kulturpreis für seine „zutiefst friedenstiftenden Werke" entgegen.

KIRCHE

Der Dommusikdirektor Professor **Karl Fritz** ist nach über 21jähriger Leitung des Domchores von Fulda in den Ruhestand gegangen. Gestern wurde er offiziell vom Domkapitel in der Aula der Theologischen Fakultät vom Domdechant Weihbischof **Johannes Kapp** und dem Rektor der Theologischen Fakultät Professor Dr. **Balthasar Gareis** verabschiedet.

*

Erste evangelische Dekanin in Württemberg wird die 53jährige **Marianne Koch**, die derzeit Pfarrerin in Stuttgart-Dürrlewang ist. Frau Koch wird im Herbst die Leitung des Kirchenbezirks Weikersheim übernehmen. Die aus Urach stammende Theologin war unter anderem im Referat für Mission und Ökumene des Evangelischen Oberkirchenrats in Stuttgart beschäftigt, wirkte an der Gründung der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Baden-Württemberg mit und wurde deren erste Geschäftsführerin.

AUSZEICHNUNGEN

Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, **Johannes Rau**, hat dem Verleger **Gustav Lübbe** aus Bergisch-Gladbach das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht.

In der Laudatio hieß es: „Herr Lübbe gehört zu den herausragenden Persönlichkeiten des deutschen Pressewesens. Seine Arbeit als Verleger im Zeitschriftenwesen, die nationalen und internationalen Erfolge seines Buchverlages in den Bereichen Archäologie, Geschichte und Zeitgeschichte und sein engagiertes Eintreten für die Pressefreiheit und Pressevielfalt in der Bundesrepublik Deutschland sind beispielhaft."



Gustav Lübbe
FOTO: LÜBBE VERLAG

*

Mit dem Walter-Kolb-Gedächtnispreis der Stadt Frankfurt am Main für das Jahr 1983 ist der Frankfurter Jurist Dr. **Thomas Darnstädt** durch Oberbürgermeister Dr. **Walter Wallmann** ausgezeichnet worden. Er erhielt den Preis für seine Dissertation „Gefahrenabwehr und Gefahrenvorsorge – Eine Untersuchung über Struktur und Bedeutung der Prognose-Tatbestände im Recht der öffentlichen Sicherheit und Ordnung". Der Walter-Kolb-Gedächtnispreis wurde 1957 an den im Jahr davor verstorbenen Frankfurter Oberbürgermeister Dr. **Walter Kolb** von der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat gestiftet.

*

Die Schweizer Schauspielerin **Margrit Winter** aus Zürich hat den Roswitha-Ring der Stadt Bad Gandersheim für das Jahr 1984 erhalten. Die Auszeichnung wurde ihr am Sonntag während einer Feierstunde im Gandersheimer Kaisersaal überreicht. Der Ring ist zur Erinnerung an die erste deutsche Dichterin **Roswitha von Gandersheim** im Jahre 1974 gestiftet worden. Er wird jährlich an eine Schauspielerin der Gandersheimer Domfestspiele vergeben.

ERNENNUNG

Das Präsidium des Karlsruher Bundesgerichtshofes (BGH) hat **Erich Steffen** zum neuen Vorsitzenden Richter des VI. Zivilsenats ernannt. Der Senat ist für Ansprüche aus unerlaubten Handlungen, Schadenersatzansprüchen aus Heilbehandlungen, Ansprüche aus dem Recht am eigenen Bild und Ansprüche aus Unfallereignissen zuständig. Steffen, der bislang stellvertretender Vorsitzender des VI. Zivilsenats war, tritt damit die Nachfolge des im April dieses Jahres verstorbenen Vorsitzenden **Hans-Joachim Hiddemann** an.



Eine Bilanz der Dynamik und Solidität.

Die Bilanz des Jahres 1983 ist für Daimler-Benz wiederum erfreulich. Leistung und Umsatz konnten erneut gesteigert werden.

Das Wachstum, das wir trotz vielfacher Erschwernisse erzielt haben, ermöglichte die Sicherung der vorhandenen und die Schaffung von mehr als 2.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in unseren inländischen Werken.

Auf der Grundlage unserer stabilen Ertragskraft haben wir mehr als 5 Mrd. DM für die Sicherung der Zukunft unseres Unternehmens aufgewendet. So werden Dynamik und Solidität auch weiterhin die prägenden Merkmale von Daimler-Benz bleiben.

Erstmals mehr als 40 Mrd. DM Umsatz.

Mit einer Steigerung von über 1 Mrd. DM konnten wir weltweit einen Umsatz von mehr als 40 Mrd. DM erzielen. *Damit haben wir unsere* kontinuierliche Aufwärtsentwicklung der vergangenen Jahre fortgesetzt.

Der Pkw war mit mehr als 12% Zuwachs Träger des Wachstums.

Das Nutzfahrzeuggeschäft stand allgemein im Zeichen einer weltweit rückläufigen Nachfrage. Selbst eine kräftige Steigerung auf dem deutschen Markt konnte den Rückgang im Export, vor allem in die Länder des Nahen und Mittleren Ostens, nicht voll ausgleichen.

DAIMLER-BENZ AKTIENGESELLSCHAFT

AUS DER KONZERNBILANZ

AKTIVA	31. Dezember 1983 Mill. DM	31. Dezember 1982 Mill. DM	PASSIVA	31. Dezember 1983 Mill. DM	31. Dezember 1982 Mill. DM
Anlagevermögen	7.743	6.931	Eigenkapital	7.547	6.703
Umlaufvermögen	17.084	15.996	Fremdkapital	17.088	15.993
davon Zahlungsmittel und Wertpapiere	5.161	4.619	davon Rückstellungen	9.546	8.314
Bilanzsumme	24.827	22.954	Bilanzsumme	24.827	22.954

AUS DER GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	1983 Mill. DM	1982 Mill. DM
Umsatzerlöse	40.005	38.905
Materialaufwand	20.299	20.047
Personalaufwand	10.941	10.712
Abschreibungen	2.574	2.273
Steuern (EEV)	3.263	3.310
Jahresüberschuß	988	921
Ausschüttung	355	350

Dividendenbekanntmachung
Für das Geschäftsjahr 1983 wird eine Dividende von 10,50 DM je 50-DM-Aktie gezahlt. Die jungen Aktien aus der Ende Dezember 1983 durchgeführten Kapitalerhöhung – 9:1 zu pari um 170 auf 1.699 Mill. DM – sind bereits voll dividendenberechtigt. Zusammen mit der anrechenbaren Körperschaftsteuer ergibt sich damit ein Gesamtertrag von 16,41 DM für unsere inländischen Aktionäre.

Der Geschäftsbericht kann bei den Kreditinstituten oder direkt bei der Daimler-Benz AG, Abteilung FBW/AFP, Postfach 202, 7000 Stuttgart 60, angefordert werden.

Neue Marktchancen für Personenwagen.

1983 wurden über 476.000 Mercedes-Pkw hergestellt. Wir haben unseren erfolgreichen Weg des Wachstums in Quantität und Qualität fortgesetzt.

Unsere Pkw-Werke waren das ganze Jahr hindurch voll beschäftigt.

Die S- und Sonderklasse erreichte mit über 114.000 Fahrzeugen eine neue Höchstmarke. Darin kommt unsere Spitzenstellung in der Klasse besonders anspruchsvoller Automobile eindrucksvoll zum Ausdruck.

Die neue Kompaktklasse, die inzwischen über eine breite Motorenpalette verfügt, konnte bereits im Anlaufjahr in einer Stückzahl von fast 110.000 Fahrzeugen hergestellt werden.

Aus Kapazitätsgründen war dies 1983 zum größ*ten Teil nur zu Lasten der Mittelklasse (200 D bis* 280 E) möglich. Die Nachfrage hätte jedoch auch hier – wie bei den beiden anderen Baureihen – eine höhere Produktion zugelassen.

Besonders erfreulich ist die große Zahl neuer Kunden, die wir mit der Kompaktklasse für die Marke Mercedes gewinnen konnten. Die starke Resonanz des 190er im In- und Ausland ist eine wichtige Basis für neues Wachstum unseres Unternehmens.

Mit dem kürzlich vorgestellten Spitzentyp 190 E 2.3–16 wird der sportlich-dynamische Charakter unserer Kompaktklasse besonders unterstrichen.

Nutzfahrzeug-Export unter erschwerten Bedingungen.

Weltweit haben wir im vergangenen Jahr 226.000 Nutzfahrzeuge hergestellt. Trotz unseres wettbewerbsstarken Angebots, der breiten regionalen Streuung und der festen Verankerung in den Automobilmärkten mußte auch Daimler-Benz aufgrund des Zusammenwirkens einer Vielzahl ungünstiger Marktbedingungen, vor allem außerhalb Europas, die Produktion zurücknehmen.

Im Inland hat sich die Nachfrage spürbar belebt. Wir haben daran voll teilgenommen.

Daimler-Benz war 1983 der einzige Nutzfahrzeughersteller, der Kurzarbeit und Entlassungen vermeiden konnte.

Mit unserer neuen Generation leichter Wörther Lkw von 6,5–11 t werden wir unsere führende Position weiter ausbauen.

Als weltweit größter Hersteller von Lkw über 6 t haben wir in Produkt, Fertigung und Vertrieb eine gute Basis, um im harten internationalen Wettbewerb erfolgreich zu bestehen.

Neue Arbeitsplätze geschaffen.

Unsere erfreuliche Leistungsbilanz des Jahres 1983 wäre nicht vorstellbar ohne den Einsatz und die Leistung unserer 185.000 Mitarbeiter in aller Welt.

In der Daimler-Benz AG ist die Zahl der Beschäftigten vor allem aufgrund des Ausbaus des Werkes Bremen zu einem zweiten Pkw-Montagewerk und im Zuge der *Zusammenfassung der Transporterfertigung* im erweiterten Werk Düsseldorf nochmals auf über 150.000 erhöht worden.

Unser Angebot an Ausbildungs- und Praktikantenstellen konnten wir 1983 auf mehr als 8.800 erweitern. Rund 2.800 Jugendliche, mehr als je zuvor in einem Jahr, haben bei uns ihre Ausbildung begonnen.

Mit neuen Ideen weiter wachsen.

Die Bilanz 1983 ist nicht nur eine Bilanz der Dynamik und Solidität, sondern auch der Vorsorge.

Wir haben 3,5 Mrd. DM in die Wettbewerbsfähigkeit unserer Fahrzeugprogramme und unserer Fertigungsanlagen investiert. Darüber hinaus wurden 1,5 Mrd. DM für Forschung und Entwicklung aufgewendet, um unsere Position als technologisch fortschrittliches Unternehmen auszubauen.

Daimler-Benz hat erneut unternehmerische Initiative und Verantwortung bewiesen und die Weichen für die Zukunft gestellt.

Die Automobilindustrie steht vor großen Herausforderungen, die jedoch die Zukunftschancen des Autos in keiner Weise beeinträchtigen. Das gilt insbesondere für Mercedes-Benz-Fahrzeuge mit ihrer fast 100jährigen Tradition.

Auf dem Weg in die Zukunft ist unsere Bilanz 1983 ein wichtiger Markstein.



Daimler-Benz Aktiengesellschaft.

Schweden: Die Küstenschützer sind in Urlaub

Fortsetzung von Seite 1

und tuckert wieder ab. Inzwischen haben aufmerksame Bürger beobachtet, daß sich auf den Schiffen Taucher bereitmachen. Außerdem hängen verdächtige Enternetze über der Reling.

Dazu der Militärattaché an der deutschen Botschaft in Stockholm, Ernst-Günther Bachelin, der selber an Bord war: Man habe während der Reise alle Vorschriften beachtet. Die ausgebliebene Bewachung sei eine rein schwedische Angelegenheit. Die Besatzung der Patrouillenboote trage Lederkleidung, die mit Taucheranzügen verwechselt werden könnte, und die Enternetze seien eine reine Sicherheitsvorkehrung.

Auf schwedischer Seite ist nach diesem „Zwischenfall" die Unruhe und Hektik groß. Oberbefehlshaber Lennart Ljung fordert von allen involvierten Stellen einen Bericht an und informiert den Verteidigungsminister. *Dieser teilt am Freitag mit:* Die Deutschen haben gegen keine schwedischen Bestimmungen oder Anordnungen verstoßen. Allerdings hätten sie nicht die Genehmigung der schwedischen Militärs zum Anlaufen des Nothafens abgewartet.

Gleichzeitig stellt der Minister erhebliche Mängel im Kommunikationsnetz des schwedischen Militärs und der Behörden fest. Der Stabschef für das Untere Nordland, Bertil Daggfeldt, räumt dann auch ein, daß alles schief lief, nachdem sich die Deutschen entschlossen hatten, nicht im Mjölefjärden vor Anker zu gehen. Er verweist allerdings auf die unzureichende oder fast gar nicht vorhandene Ausrüstung. „Es ist ganz einfach so, daß in Friedenszeiten die Verteidigung der Nordlandküste vernachlässigt wird."

Mindestens 20 bis 25 Stunden ist das einzig vorhandene Küstenwachboot unterwegs, wenn es zur Nordspitze gerufen wird und sich dabei gerade am südlichen Ende seines Einsatzgebietes befindet. Der Befehlshaber des Bootes, Aake Nordgren: „Wir wissen, daß es mindestens acht Stunden dauert, bis wir im Notfall Verstärkung bekommen können." Bis dahin muß Aake Nordgren Schweden mit seiner 20-Millimeter-Kanone und ein paar Wasserbomben verteidigen und das auch nur, falls er sich zufällig an derselben Stelle wie der Feind befindet.

Wörner kann mehr Geld zusagen

USA-Reise / Kabinett vergrößert Handlungsspielraum für die NATO-Ausgaben

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Die Reise von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner in der zweiten Hälfte der Woche nach Washington wird von einer dissonanten Mischung aus Konzessionsbereitschaft und starker Kritik gegenüber den USA begleitet. Wörner wird neben *Unterredungen mit seinem* Amtskollegen Weinberger, führenden Vertretern des US-Außenministeriums auch einen Höflichkeitsbesuch bei Präsident Reagan absolvieren. Im Capitol will er mit Senator Tower sprechen, der bei einer Wiederwahl Reagans als möglicher Nachfolger Weinbergers gilt.

Wörners scharfe Kritik (WELT v. 9. Juli) richtet sich gegen die US-Legislative, der er das Recht abspricht, den Deutschen, verbunden mit Drohungen, Vorschriften zu machen (Nunn-Initiative). Gleichzeitig aber zeigt sich der deutsche Verteidigungsminister gegenüber der Administration zu Konzessionen bereit. Die Erhöhung der Ausgaben für die NATO-Infrastruktur, über die es wegen Wörners Widerstand auf der Frühjahrstagung der NATO-Verteidigungsminister in Brüssel beinahe zum Eklat gekommen wäre, will der Minister nun in Washington zusagen. Er reist mit einem vom Bonner Kabinett vergrößerten Handlungsspielraum in die USA und kann den deutschen Anteil für die Infrastrukturkosten für die Jahre 1985 bis 1990 so ausweiten, daß die Allianz insgesamt 2,7 Milliarden Verrechnungseinheiten (eine entspricht 7,328 Mark) ausgeben kann. Ob sich Weinberger jedoch mit diesem Angebot zufriedengeben wird, steht dahin. Er hat in Brüssel die Aufstockung des Infrastrukturtopfes, aus dem neue Schutzbauten für Flugzeuge, eine Renovierung des Pipeline-Systems und der Treibstoff-Vorratslager sowie der Ausbau neuer Depots finanziert werden soll, auf 3,8 Milliarden Rechnungseinheiten gefordert. Das hätte einen Gesamtbetrag von knapp 27,9 Milliarden Mark ergeben.

Dank der nun eingetretenen höheren deutschen Zahlungswilligkeit könnte das Ausgabenvolumen knapp 20 Milliarden Mark erreichen. Wegen Wörners Verweigerungstaktik stand die Marke in Brüssel im Mai noch auf knapp 16,9 Milliarden Mark. Von dem Volumen entfallen als Anteil auf die USA 27,4 Prozent und auf die Bundesrepublik 26,5 Prozent.

Gleichzeitig mit der Beendigung des deutsch-amerikanischen Streits um das NATO-Infrastrukturprogramm möchte Wörner gemeinsam *mit Weinberger ein Abkommen* endgültig besiegeln, das die Luftverteidigung der NATO in der Bundesrepublik, die auszuzehren drohte, neu stärken soll. Die Vereinbarung, „Memorandum of Understanding" (MoU) genannt, die in Washington unterzeichnet werden soll, sieht vor, daß amerikanische „Patriot"-Luftabwehrraketen und deutsche „Roland"-Raketen in ausgewogener Mischung beschafft werden. Zum ersten Male würde damit ein Stück „Zweibahnstraße" in der Rüstungskooperation verwirklicht. Finanzielle Nachforderungen zu dem Abkommen aus dem US-Kongreß, mit denen der Preis der Patriot-Raketen um 180 Millionen Dollar erhöht wurde, konnten vorerst *nur durch eine Reduzierung der von* Bonn zu kaufenden Raketenvorräte ausgeglichen werden.

„Bundestag soll beim DDR-Kredit mitwirken"

Haushaltsausschuß-Mitglied: Zweifel an Voraussetzungen

HEINZ HECK, **Bonn**

Aus dem Haushaltsausschuß des Bundestages kommt der Ruf nach einer Einschaltung von Parlamentsgremien, bevor die Bundesregierung Garantien für einen Kredit westdeutscher Banken an die „DDR" gibt. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Dietrich Austermann, Berichterstatter im Haushaltsausschuß für den Einzelplan 32 (Bundesschuld), warnte gestern eindringlich davor, „eine neue Vereinbarung in der Sommerpause ohne parlamentarische Beteiligung abzuschließen".

Beim Milliardenkredit 1983 sei die Berechtigung zur Übernahme einer Gewährleistung unter anderem darauf gestützt worden, daß das Vorhaben „unvorhersehbar und unabweisbar" gewesen sei. „Im Haushaltsausschuß gab es schon im vergangenen Herbst Zweifel an dieser Auslegung", fügte Austermann hinzu. Die neue Gewährleistung könne nicht auf das Haushaltsgesetz gestützt werden. Seine Vorschriften sähen nur Kredite an ausländische Schuldner (dazu gehört die „DDR" nicht) oder an die „DDR" zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft vor (auch dieser Grund sei nicht gegeben).

Darüber hinaus komme eine Garantie nur dann in Frage, wenn ein unvorhersehbares und unabweisliches Ereignis vorliege. „Auch diese Voraussetzungen sind nicht gegeben, solange nicht konkrete neue überraschende Verhandlungserfolge und Zugeständnisse der Gegenseite vorliegen", betont der Abgeordnete. Der Bundesschuldenverwaltung und dem Finanzministerium seien bisher auch keine Fakten bekannt, die auf einen baldigen Vertragsabschluß schließen ließen. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages sei weder informiert noch angehört worden.

Der neue Großkredit an die „DDR" wird aller Voraussicht nach auch während der Sitzung des CSU-Landesvorstands am 17. Juli zur Sprache kommen.

„Solidarität" will Untergrund neu organisieren

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Der im Untergrund arbeitende „zeitweilige Koordinierungsausschuß" (TKK) der verbotenen polnischen Gewerkschaft Solidarität will sich straffer organisieren. In einem Interview mit der Zeitschrift des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) in Brüssel, erklärt der inzwischen verhaftete TKK-Funktionär Bogdan Lis: „Bisher haben wir mit der breiten Masse der Bevölkerung gearbeitet und versucht, jeden in unsere Tätigkeit einzubeziehen; ab jetzt werden wir versuchen, eine Organisation aufzubauen." Das Interview wurde schon Wochen vor der Verhaftung von Lis geführt, kam auf Umwegen in den Westen und wurde jetzt im Pressedienst des IBFG veröffentlicht.

Lis begründete den Entschluß der Untergrund-Solidarität zur Änderung ihrer bisherigen Taktik: „Da die Menschen müde geworden sind – und jeder Mensch hat einen unterschiedlichen Widerstandspegel für den Streß, den ein Mitwirken bei uns hervorruft – sind wir dabei, unsere Methoden zu ändern." Die Menschenrechtssituation in Polen sei unverändert schlimm: „Alle früheren Bestimmungen unter dem Kriegsrecht sind jetzt in das Zivilrecht übernommen worden." Lis forderte, daß in Polen der Status des „politischen Gefangenen" rechtlich eingeführt werde. Die derzeit rund 430 aus politischen Gründen Inhaftierten würden behandelt wie Zivilverurteilte. Die Art der Behandlung hänge von der „guten oder schlechten Laune" oder vom Charakter des Gefängnisdirektors ab.

Lis machte deutlich, wie wichtig die Hilfe aus dem westlichen Ausland ist. Zwar zahlten rund zehn Prozent der polnischen Bevölkerung Beitrag an die Solidarität. Erst die Hilfe aus dem Ausland aber ermögliche eine Betreuung der Inhaftierten: „Wenn unsere Mitstreiter das Gefühl hätten, daß – müßten sie ins Gefängnis – ihren Familien nicht geholfen würde, dann würden sie gar nicht erst anfangen, sich einzusetzen. Es gibt verschiedene Gründe, warum die Leute nicht mehr mitmachen. Manche werden in die Gefängnisse gesteckt, manche werden dem Sicherheitsdienst bekannt, manche sind ganz einfach müde. Doch weil bekannt ist, daß wir den Bedürftigen helfen können, wird weiter gearbeitet."

Weizsäckers Lob für Bayern

Der Bundespräsident würdigt den Freistaat als Land des wirtschaftlichen Fortschritts

PETER SCHMALZ, **München**

Der erste Antrittsbesuch eines jeden deutschen Bundespräsidenten gilt Berlin. Daß Richard von Weizsäcker sich schon eine Woche nach Amtsantritt Bayern zur zweiten Station gewählt hat, mag einen sehr praktischen Hintergrund haben: So konnte er an der Hauptkundgebung des 88. Katholikentages im Münchner Olympiastadion teilnehmen. Aber da ist noch eine andere Überlegung, die zu dieser Routenwahl geführt haben kann: Wie keiner seiner Vorgänger fühlt sich das neue Staatsoberhaupt mit dem Freistaat verbunden.

„Ich bin ein Bayer", wagte Richard von Weizsäcker bei einem Empfang im Antiquarium der Münchner Residenz am Sonntagabend noch nicht auszurufen, weit entfernt aber war er nicht davon. Seine Vorfahren seien in Bayern ansässig gewesen, gestand er und präzisierte: „In Weilheim und unter dem Namen Wadsack, woraus später mein heutiger Name wurde." Seine Eltern verbrachten ihren Lebensabend im Freistaat, sein Bruder, der Friedensforscher Carl Friedrich von Weizsäcker, lebt in Starnberg, sein Sohn wohnt in München und das Präsidentenpaar verfügt in Bad Tölz über einen privaten Feriensitz. Der Bundespräsident: „Das schafft Verbundenheit."

Sollte er dennoch unter Wissenslücken über weißblaue Historie leiden, kann er diese nun schließen: Sein derzeitiger Stellvertreter, Bundesratspräsident und Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, schenkte ihm ein „Handbuch der Bayerischen Geschichte" von Max Spindler mit den Worten: „Wir Bayern sind in der glücklichen Lage, daß noch sehr vielen Bürgern bewußt ist, daß auch der moderne demokratische *Staat nur auf festen historischen* und kulturellen Grundlagen auf Dauer bestehen kann."

Bayern, so versicherte Strauß, werde immer an der Spitze stehen, „wenn es um die Sicherung der Freiheit und der rechtsstaatlichen Ordnung und um die Erfüllung unserer gesamtdeutschen nationalen Verpflichtung geht". Dieser bayerische Einsatz sei „die Furcht eines geschichtlich gewachsenen und politisch wie wirtschaftlich und sozial solide untermauerten Selbstbewußtseins, das uns erlaubt, in der Verbindung eines gesunden Selbstbehauptungswillens mit der Verantwortung für das Ganze unseren politischen Weg zu gehen".

Der Bundespräsident nahm dieses Stichwort auf: „Dieses Selbstbewußtsein, das Gefühl der Eigenständigkeit, die Pflege bewährter Traditionen und die lebendige gegenwärtige Kraft prägen das Ansehen Bayerns." In seinem altbayerischen Kernstück sei das Land einer der ältesten in Europa bestehenden Staaten. Zugleich lobte der Bundespräsident Bayern als ein Land des wirtschaftlichen Fortschritts: Beim real gemessenen Wirtschaftswachstum stehe es mit an der Spitze der Länder, die Arbeitslosenquote liege deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, die Verschuldung sei die niedrigste und die Schulen seien besonders gut.

Kritik an Honecker

Todenhöfer: Sein Vorschlag sichert das SS-20-Monopol

rmc. / Co. **Bonn**

Der Vorschlag des „DDR"-Staatsrats-Vorsitzenden Honecker zum Abbau von Atomraketen in Europa ist nach den Worten des abrüstungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Todenhöfer, „nicht geeignet, das Problem der sowjetischen Hochrüstung im Mittelstreckenbereich auch nur marginal zu entschärfen".

Honecker, dessen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland für den Herbst erwartet wird, hatte der italienischen Zeitung „Il Messaggero" erklärt, er wolle mit Bundeskanzler Kohl die Frage erörtern, was beide Seiten dazu beitragen könnten, „daß die Stationierung der Pershing 2 eingestellt und ihr Abbau eingeleitet wird". Die „DDR" würde nach seinen Worten dann die gleichen Schritte unternehmen, „damit auch die bei uns als Gegenmaßnahme aufgestellten operativ-taktischen Raketen größerer Reichweite wieder abgezogen werden".

Nach Todenhöfers Worten ist Honeckers Vorschlag, im Austausch sowjetische Raketen kürzerer Reichweite gegen amerikanische Mittelstreckenraketen mittlerer Reichweite „abzuziehen", nur für die Sowjetunion nützlich. Er sichere der Sowjetunion für alle Zeiten ihr SS-20-Monopol und entziehe diese gefährlichste sowjetische Waffe in Europa der Abrüstung. Moskau verfüge heute über 378 SS-20-Abschußrampen mit 1134 Nuklearköpfen in der ersten Ladung und dazu über 650 SS-22/SS-23-Raketen oder deren Vorgängertypen Scaleboard und Scud.

Die Bundesregierung hat die Äußerungen Honeckers begrüßt. Staatssekretär Boenisch erklärte, Bundeskanzler Kohl wolle mit Honecker ein breites Spektrum von gemeinsam interessierenden Fragen erörtern. Selbstverständlich würden dabei die West-Ost-Beziehungen insgesamt sowie speziell die verschiedenen Bereiche der Rüstungskontrollverhandlungen eine wichtige Rolle spielen.

Zurück zum Stahl-Kartell

I. G. – Nach fast zehn Monaten Pause wollen die führenden EG-Stahlkonzerne als „Eurofer IV" ihr Kartell rückwirkend zum 1. Juli und mit Laufzeit bis Ende 1985 wieder aufleben lassen. Auch der langjährige Außenseiter Klöckner ist wieder dabei. Auf den ersten Blick scheint das nicht sonderlich wichtig. In seiner Hauptfunktion war *und ist* „Eurofer" ja nur Erfüllungsgehilfe für die EG-Kommission, die zur Bewältigung der langen europäischen Stahlkrise längst viel stärker in den Markt eingreift, als das eine kartellierte Produzentengruppe je könnte.

Doch zumal bei den Preisen können die Eurofer-Genossen etwas tun. Führenden Köpfe der Branche bezeichnen es zu Recht als Wahnsinn, daß die immer noch notleidenden Konzerne trotz amtlicher Produktions- und Lieferquoten beispielsweise für ihr Hauptprodukt Feinblech durch Querelen untereinander den Preis um 10 bis 20 Prozent unter das Niveau der anderen großen Stahlregionen Japan und USA gedrückt haben.

Doch Zweifel bleiben berechtigt, ob aus der Summe von Preiserholung, Kapazitätsabbau und Subventionsverbot ab 1986 die Rückkehr zu einem freien europäischen Stahlmarkt gelingt, der den fairen Wettbewerb der Tüchtigsten wieder herstellt und das amtliche Krisenmanagement samt seinem Erfüllungsgehilfen „Eurofer" überflüssig macht. Vorerst führt nichts an der Tatsache vorbei, daß mehr als die Hälfte des EG-Stahlpotentials bereits bei Staatsunternehmen liegt, die vom Subventionsverbot nur unzureichend erfaßt werden. Das wird wohl auch künftig auf den privatwirtschaftlichen Rest der Branche abfärben.

Untergang

JB. – Die Stillegung des Bremer Betriebs der AG „Weser" Ende vergangenen Jahres deutete den Abschied an. Die Hauptversammlung des mehr als 130 Jahre alten Schiffbau-Betriebs an der Weser hat nun den endgültigen Schlußstrich gezogen. Die AG „Weser", ein Unternehmen mit Tradition und wechselvoller Geschichte, gibt es nicht mehr. Der Name wird getilgt, der Sitz verlegt. Von der Großwerft verbleibt nur noch der Spezial-Schiffbau-Betrieb in Bremerhaven mit dem neuen Namen „Seebeckwerft AG". Der Untergang der AG „Weser" ist symptomatisch für die deutsche Werftentwicklung. Der Bremer Betrieb war ausgerichtet auf den Großschiffbau, der Name AG „Weser" stand für Großtankerbau in Serienauflage. Dieser Markt ist ebenso wie der für große Massengutschiffe auf Dauer an die fernöstliche Konkurrenz verloren gegangen. An der deutschen Küste gibt es für eine AG „Weser" und andere Großschiffbauer keinen Platz mehr.

Strukturwandel gemeistert

Von HEINZ HILDEBRANDT

Der Strukturwandel, der heute so manchen traditionellen Wirtschaftszweig in unserem Lande wie beispielsweise die Stahl- und die Werftindustrie beutelt, ist nicht ganz so neu, wie es oftmals erscheint. Andere Produktbereiche wurden davon schon viel früher betroffen, und unter ihnen gibt es zweifellos einige, die die hier angefallenen Probleme relativ gut gemeistert haben. Dies trifft beispielsweise für die Nähmaschinenhersteller zu, einen Industriezweig, der bereits auf eine hundertjährige, durchaus erfolgreiche Entwicklungsgeschichte zurückblicken konnte, als er noch in den sechziger Jahren in die Krise geriet.

Zu diesem Zeitpunkt begannen preisgünstige Konkurrenzerzeugnisse den deutschen Produzenten das Leben schwer zu machen, vor allem solche aus dem Fernen Osten. Die Folge war ein Preisverfall, der die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Nähmaschinen zuerst auf dem Weltmarkt, dann aber auch auf dem heimischen Markt in Frage stellte. Dies betraf in erster Linie Haushaltsnähmaschinen, zu diesem Zeitpunkt ein selbstverständlicher Gebrauchsgegenstand in nahezu jedem deutschen Haushalt. *In Bielefeld, einer ausgesprochenen* Hochburg der Nähmaschinenfertigung, die allein in vier maßgebenden Unternehmen der Branche rund 10 600 Mitarbeiter beschäftigte, blieb das nicht ohne Folgen. Zwei der Unternehmen verschwanden ganz vom Markt, für die beiden anderen gab es zuerst eimal eine lange Durststrecke, gekennzeichnet von einem erheblichen Abbau bei der Beschäftigtenzahl und mit Bilanzergebnissen, die nicht einmal einen Hauch von Gewinn auswiesen.

Um es gleich vorwegzunehmen, diese Durststrecke ist inzwischen offensichtlich überwunden. Nicht nur die beiden Bielefelder Unternehmen, sondern die deutsche Nähmaschinenindustrie überhaupt, kann wieder erfreulichere Ergebnisse vorlegen. Sie vermeldet wieder steigende Umsätze und bessere Erträge. Dieser Erfolg ist den deutschen Produzenten durchaus nicht in den Schoß gefallen. Er ist ein Beispiel dafür, wie man auf einen Strukturwandel nicht nur reagiert sondern diesen ausnutzt.

Dazu gehört vor allem der nahezu vollständige Verzicht auf die Herstellung von nicht mehr wettbewerbsfähigen Haushaltsprodukten und statt dessen die Konzentration auf hochwertige Industrienähmaschinen und darüber hinaus auf ganze Nähstraßen. Nicht mehr nur das einzelne Produkt bieten die deutschen Hersteller an, sondern die ganze Dienstleistung, die zu solchen Installationen gehört. Damit ist man auf dem Weltmarkt durchaus konkurrenzfähig, auch im Wettbewerb mit den nicht minder leistungsfähigen und sehr innovativen japanischen Herstellern. Mehr als 70 Prozent beträgt beispielsweise der Exportanteil der Dürkoppwerke, beim zweiten Bielefelder Hersteller Kochs Adler sogar mehr als 80 Prozent.

Abnehmer sind allerdings kaum die Billigpreisländer Südostasiens, in die sich längst die Nähprozesse auch der deutschen Textilproduzenten verlagert haben. Bei einem Tageslohn, den dort eine Hemdennäherin erhält und der zwischen 14 Dollar in Hongkong bis hinunter zu nur 1,50 Dollar auf den Philippinen schwankt, lohnt sich nicht der Einsatz von Nähautomaten, deren Anschaffungspreis bei 90 000 Dollar liegt.

Interessant sind dagegen die osteuropäischen Märkte, deren Abnahmebereitschaft allerdings durch ihren chronischen Devisenmangel begrenzt wird. *Letzteres* gilt jedoch nicht für Westeuropa und vor allem nicht für die USA, ein Markt mit offensichtlich unbegrenzten Möglichkeiten. Die Bielefelder Hersteller liefern bereits zwischen zehn und 20 Prozent ihrer Produkte nach den Vereinigten Staaten. Die amerikanische Automobilindustrie gehört zu den besonders großen Abnehmern, sie setzt die deutschen Maschinen in ihren Polsterbetrieben ein. Selbstverständlich ist solch eine Abhängigkeit von der Wirt*schaftsentwicklung in den USA nicht* ohne Risiko, aber es ist ein Risiko, das sich einzugehen lohnt.

Dennoch, in den deutschen Unternehmen ruht man sich durchaus nicht auf den Lorbeeren aus. Man investiert kräftig in Zukunftstechnologien, in computerunterstützte Konstruktion und Fertigung, in elektronisch gesteuerte Nähmaschinen und entsprechende Fertigungsstraßen, mit denen man weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben gedenkt.

BUNDESBAHN / Gutachten: Busbetrieb auf Regionalgesellschaften übertragen

Bessere Kostendeckung durch private Betriebsform im Nahverkehr

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Die Deutsche Bundesbahn sollte ihren Busbetrieb auf Regionalverkehrsgesellschaften übertragen, an denen sich die Gebietskörperschaften beteiligen müßten. Dieses ist der Kern eines Gutachtens, das jetzt beim Bundesverkehrsministerium eingegangen ist. Eine Neuorganisation des öffentlichen Personennahverkehrs sei überfällig. Die Vorschläge entsprechen dem, was bisher aus dem Ministerium zu diesem Thema verlautete.

Der Bund hat seine von der Bahn und der Post betriebenen Busdienste in zwei unterschiedlichen Organisationsformen zusammengefaßt. Von 1976 an wurden in fünf Regionen Bahnbusverkehr und Postreisedienst auf bestehende oder neu gegründete Regionalverkehrsgesellschaften (die RVG hat die Rechtsform einer GmbH) überführt. Den größeren Teil der Busdienste übernahm die Bahn bis Ende 1983 in ein öffentlich-rechtliches Betriebsmodell, den Unternehmensbereich Bahnbus.

Aber nach den schon damals vorliegenden Untersuchungen sprach Ende der siebziger Jahre alles für eine privatrechtliche Lösung. Verkehrsminister Kurt Gscheidle (SPD) scheiterte an seiner Partei. Der Hauptgrund: Diese Form wurde als „Privatisierung" verdammt, obwohl dieses überhaupt nicht zutrifft. Denn als Ge*sellschafter fungieren neben* Bahn und Post die Gebietskörperschaften.

Bei seinen Überlegungen geht der Kölner Verkehrsexperte und Wirtschaftsprüfer Hans-Peter Fuchs jetzt davon aus, daß Planung, Organisation, Betrieb und Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs in die Region gehören. Denn dort sind die für das Angebot wichtigen Informationen vorhanden. In der Zusammenarbeit der Verkehrsunternehmen in der Region liegen auch die letzten nennenswerten Rationalisierungschancen. Der ÖPNV kommt zwar nicht ohne finanzielle Unterstützung aus. Die Bereitschaft dazu wächst auch bei den Gebietskörperschaften, wenn sie an der Gestaltung des ÖPNV beteiligt werden. Die DB als größter ÖPNV-Betreiber in der Fläche müsse die notwendigen Vorkehrungen treffen, wenn eine Rücknahme des Verkehrsangebots vermieden werden soll. Die öffentlich-rechtliche Betriebsweise kennt keine Beteiligung, sondern nur das Handelsrecht.

Die Regionalverkehrsgesellschaften besitzen mehr Freiheiten bei der Tarifgestaltung. Ihr Einfluß auf die Personalkosten, die mehr als die Hälfte der Gesamtkosten ausmachen, *ist größer, da sie unterschiedliche,* der jeweiligen Region angepaßte Tarifverträge abschließen können.

In dem Gutachten wird für das Modell Unternehmensgruppe plädiert. Danach soll sich die Vereinigte Bundesverkehr (VBG), die Dachgesellschaft der bestehenden fünf Regionalgesellschaften, auf eine Minderheitsbeteiligung von nicht mehr als 49 Prozent an den alten und neuen Regionalgesellschaften beschränken, mit denen sie Beratungsverträge abschließt. Die anderen Geschäftsanteile stehen für die Beteiligung Dritter zur Verfügung.

Die Bahn stellt den Regionalgesellschaften Personal und Werkstattleistungen zur Verfügung, wofür jedoch nicht die entstehenden Kosten abgerechnet werden, sondern das, was die Gesellschaften für ihr Personal aufwenden. Diese sogenannten Restkosten sollten, so das Gutachten, vom Bund übernommen werden.

In privatrechtlicher Form kann die Bundesbahn im Gegensatz zur öffentlich-rechtlichen Betriebsform ihre Betätigung im Nahverkehr länger kostendeckend halten. Die gesellschaftsrechtliche Betriebsform ist in keinem Vergleichsbereich der öffentlich-rechtlichen unterlegen, dagegen bei der Organisation der Mitwirkung und Integration von Gebietskörperschaften und Betrieben des Nahverkehrs ohne Alternative.

Die Chance, die das Modell Unternehmensgruppe bietet, sollte rasch ergriffen werden, bevor mit den Fahrgästen auch noch das Interesse an einer Verbesserung in diesem Bereich schwindet. Immerhin werden die Bevölkerungsgruppen kleiner, die öffentliche Verkehrsmittel nutzen. Die Zahl der Schüler und Studenten geht zwischen 1981 und 1990 von 9,9 auf 8,2 Millionen zurück.

FRANKREICH

Paris will Einkommensteuer und Sozialabgaben senken

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Seit Monaten in Umlauf befindliche Gerüchte über substantielle Senkungen der Einkommen- und Gewerbesteuer sowie eine Erleichterung der Sozialabgaben für Betriebe und Haushalte sind jetzt von der französischen Regierung bestätigt worden. Präsident Mitterrand persönlich hatte in der Vorwoche anläßlich einer Reise durch Mittelfrankreich vor Handelskammern und Provinz-Parlamenten eine „globale Reduktion der Abgabenbelastung um einen Punkt" angekündigt, womit er ein im September 1983 gegebenes Versprechen einlöste. Ohne Einzelheiten anzugeben, sagte der Präsident, daß „sowohl der Unternehmer wie der Einzelbürger einen Abbau der Lasten, und zwar zu gleichen Teilen, zu spüren bekommen" werde.

Über die Durchführung der Aktion, die im Vorfeld der Parlamentswahlen von 1986 nicht der politischen Akzente entbehrt, werden auch von der Regierung noch keine konkreten Angaben gemacht. Es heißt lediglich, daß „in den Schubladen des Elysée-Palais und des Matignon (Sitz des Premierministers) alles fix und fertig" sei. *Sicher ist, daß die Betriebe* zwischen 10 und 15 Milliarden Franc weniger an Gewerbe- und Ausbildungssteuer zahlen werden.

Eine etwa gleichhohe Abgaben-Erleichterung ist für die privaten Haushalte vorgesehen, wobei die Überlegungen der Experten darauf hinauslaufen, die seit 1982 eingeführte Sonderabgabe für den Sozial-Haushalt in Höhe von einem Prozent des deklarierten Einkommens abzuschaffen. Diese Maßnahme wird durch die spektakuläre Gesundung der chronisch defizitären staatlichen Sozialversicherung möglich, die schon 1983 einen Überschuß von 11,3 Milliarden Franc erzielt hatte und in diesem Jahr mit vier Milliarden Plus rechnet.

Das Defizit der „Secu" war eine der Hauptursachen der ständigen Steigerung der Steuer- und Sozialabgaben, die heute 45 Prozent gegenüber 36 Prozent in 1974 erreicht. Auch überlegt man sich, ob die Einkommens- und die Wohnungssteuer, Hauptbelastung der Haushalte vor allem in den Ballungsgebieten, nicht gesenkt werden kann.

Sozialminister Beregovoy hat parallel zu den angekündigten Steuererleichterungen eine Senkung der Sozialabgaben angekündigt, die durch Vereinfachung des administrativen Apparates und weitgehende EDV-Einführung ermöglicht werden soll.

Auch hier gilt als Richtgröße eine globale Reduzierung von einem Punkt der Belastungen. Beregovoy sieht das Gleichgewicht der Sozialversicherung zwar immer noch als prekär, für die „nächsten beiden Jahre aber als gesichert" an, und zwar auch dann, wenn die einprozentige Abgabe auf die Einkommen der Haushalte, wie geplant, wegfallen sollte.

AUF EIN WORT

„Es genügt nicht, sich mit der Erledigung der alltäglichen Arbeit zu begnügen; es geht auch darum, an der Entstehung öffentlicher Zustimmung mitzuwirken."

Dr. Wolfgang R. Habbel, Vorstandsvorsitzender der Audi NSU Auto Union AG, Ingolstadt FOTO: DIE WELT

FINANZMÄRKTE

Zehn-Jahres-Hoch für den Dollar, Baisse bei Gold

LEO FISCHER, **Bonn**

Nachdem der Goldpreis bereits am letzten Freitag auf einen neuen Tiefst*preis seit rund zwei Jahren gefallen* war, setzte sich der Preiseinbruch für das gelbe Metall zu Beginn der neuen Woche in verstärktem Maße fort. Im Nachmittagsfixing wurde Gold nur noch mit 338,50 nach 358,00 Dollar am Freitag bewertet. Am Freitag vor einer Woche notierte Gold noch bei 375,25 Dollar je Feinunze. US-Broker vertreten die Ansicht, daß Gold jetzt sogar bis auf 325 oder gar 300 Dollar zurückgehen könne.

Gleichzeitig erreichte der Dollarkurs gestern mit 2,8445 Mark (Freitag: 2,8298) sein höchstes Niveau seit dem 29. Januar 1974, als die amerikanische Währung mit 2,8400 DM notiert wurde. Gleichwohl gibt der rapide Goldpreisverfall den Experten Rätsel auf. Zwar neigte das gelbe Metall bereits seit einiger Zeit zur Schwäche. Es gab aber in den letzten Tagen keinen unmittelbaren Anlaß für die Goldbaisse. Die Belastungsfaktoren für den Goldmarkt sind seit Wochen bekannt: Der Dollar, der traditionell die Goldnotiz beeinflußt, neigt seit Wochen zur Stärke; auch der steigende Zinstrend in den USA und die nach wie vor niedrigen Inflationsraten in den Industrieländern sind seit langem bekannte Daten.

Auch der jüngste Zinsanstieg in den USA dürfte einige lateinamerikanische Schuldnerländer veranlaßt haben, Gold auf den Markt zu werfen, um die Devisenposition aufzubessern. Die Turbulenzen auf dem Goldmarkt haben auch an der deutschen Aktienbörse zu einer weiteren Verunsicherung der Anleger geführt, wo der WELT-Aktienindex mit 141,4 (142,8) auf ein Jahrestief abfiel.

Opec will den Ölpreis halten

VWD/AP, **Wien**

Der Marktüberwachungsausschuß der Opec wird der Ministerkonferenz empfehlen, die derzeitige Preis- und Förderquotenpolitik unverändert beizubehalten. Dies teilte der Vorsitzende des Ausschusses und Ölminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Mana Saeed Otaiba, mit. „Wir werden empfehlen, daß die Opec die Richtpreise mit allen Mitteln verteidigt und die Förderlimits und Förderquoten unverändert beibehalten werden." Der nigerianische Erdölminister Tam David-West kündigte jedoch an, daß er wahrscheinlich einen Antrag auf Anhebung der Fördermenge einbringen werde. Zur Zeit fördert Nigeria täglich 1,3 Millionen Barrel Öl. Bei voller Kapazitätsauslastung könnte die Fördermenge auf 2,4 Millionen Barrel gesteigert werden.

CHEMIE-ARBEITGEBER

Arbeitszeitverkürzung in Frankreich blieb ohne Effekt

dpa/VWD, **Wiesbaden**

Die im Februar 1983 in der französischen Chemie-Industrie eingeführte 38-Stunden-Woche hat keine positiven Beschäftigungseffekte gebracht. Dies stellt der Bundesarbeitgeberverband Chemie, Wiesbaden, in einer Branchenanalyse der französischen Chemie fest. Ein Ausgleich der – durch die Reduzierung von 40 auf 38 Stunden bedingten – höheren Arbeitskosten durch stärkere Produktivität sei nicht festzustellen. Die Belegschaft (Ende 1983: rund 280 000 Mitarbeiter) sei in den letzten Jahren kontinuierlich um jährlich etwa zwei Prozent zurückgegangen. Auch für 1984 rechnet der Verband mit einem entsprechenden Abbau.

Der Chemiebranche kommt – so die deutschen Chemiearbeitgeber – in Frankreich die Rolle eines Wachstumsmotors zu. Dieser Industriezweig erzielte 1983 ein reales Wachstum von 3,8 Prozent, während Inlandsprodukt und Industrieproduktion des Landes stagnierten. 1983 lag der Branchenumsatz bei 230 Mrd. Franc (77 Mrd. DM) – plus 15 Prozent. Damit lag die französische Chemie an vierter Stelle hinter den USA, Japan und der Bundesrepublik.

Nach der Umstrukturierung der Branche im Gefolge der Verstaatlichungswelle 1982/83 wird das französische Chemie-Geschehen jetzt durch vier große Unternehmensgruppen gekennzeichnet: die Elf-Aquitaine-Tochter Atochem (Grundchemie und Kunststoffe), die Kohlebergbautochter Cdf-Chemie (Düngemittel, Kunststoffe, Farben/Lacke), die Entreprise Miniere et Chimique (Kali-Düngemittel, Anorganik, Chlor) sowie Rhone-Poulenc (Fein- und Spezialchemie, Fasern, Pharma, Pflanzenschutz).

WIRTSCHAFTS-JOURNAL



In mehreren europäischen Ländern (so z. B. in Belgien und Frankreich) gilt eine tarifliche Arbeitszeit von weniger als 40 Stunden, in anderen (z. B. in der Schweiz) von mehr als 40 Stunden. Die meiste Zeit verbringen die Arbeiter des aufstrebenden fernöstlichen Industriestaates Südkorea am Arbeitsplatz Sie haben ein Wochenpensum von 53,7 Stunden. Am kürzesten ist die Arbeitswoche in Dänemark mit 33 Stunden. Das geht aus einer Übersicht des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) hervor. QUELLE: GLOBUS

Rohölimporte gestiegen

Eschborn (AP) – In den ersten fünf Monaten dieses Jahres sind die Rohölimporte der Bundesrepublik im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres um 7,7 Prozent auf 29,4 Mill. Tonnen gestiegen. Das teilte das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Eschborn mit. Bei einem Durchschnittspreis von 604,43 Mark je Tonne kostete die deutsche Rohölrechnung von Januar bis Mai 1984 17,8 Mrd. Mark nach 15,5 Mrd. Mark im Vorjahreszeitraum. Die größten Lieferländer waren Großbritannien (7,7 Mill. Tonnen), Libyen (fünf Mill.), Nigeria (4,1 Mill.), Sowjetunion (2,5 Mill.) und Venezuela (1,9 Mill.)

Reiseschecks in Ecu

Brüssel (VWD) – Von 1985 an sollen Reiseschecks in Ecu ausgegeben werden, teilt Euro Travellers Cheque International S. C. mit. Sie sollen von der zu Midland Bank gehörenden Thomas Cook ausgegeben werden. Der Reisescheck in Ecu soll Eurocheque und Eurocard ergänzen und als relativ wechselkursstabiles Zahlungsmittel innerhalb der Gemeinschaft verwendet werden.

VW auf Anklagebank

London (SAD) – Deutschlands größte Automobilhersteller – Volkswagen und Daimler-Benz – sowie die französische Peugeot-Talbot-Gruppe werden den Kollegen von British Leyland in wenigen Wochen auf die „Anklagebank" der Europäischen Gemeinschaft folgen. Brüssel bereitet gegen die Fahrzeuggiganten ein Bußgeldverfahren vor, weil sie ihre „beherrschende Stellung mißbraucht" und im Widerspruch zum Grundsatz *eines freien Wettbewerbs dem privaten* Export ihrer Autos nach Großbritannien kaum zu überwindende Hindernisse entgegengestellt haben. In der Folge sind solche Fahrzeuge im Inselreich bis zu dreißig Prozent teurer als auf dem europäischen Festland.

Esser lobt Tarifabschlüsse

Köln (VWD) – Die Ergebnisse des Arbeitskampfes in der Metall- und Druckindustrie haben nach Auffassung des Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, ein großes Ausmaß an Flexibilität in die betriebliche Arbeitszeitgestaltung gebracht. Einerseits bleibe die Rahmenverantwortung der Tarifvertragsparteien für die Arbeitszeit erhalten, andererseits werde aber ein erheblicher Teil der tatsächlichen Verantwortung in die Betriebe verlagert. Damit bestehe auch die Chance, die Arbeitszeit den betrieblichen Bedürfnissen und den der dort Tätigen entsprechend zu gestalten.

Backsmann gestorben

Frankfurt (adh) – Horst Backsmann, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), ist am Montag gestorben. Der engagierte Fürsprecher für seine Branche, seit *1978 Präsident des VDA,* wurde 64 Jahre alt. Der Jurist Backsmann hatte nach einer kurzen Richterzeit maßgeblich an der gesetzgeberischen Vorbereitung und Durchführung der *Privatisierung der Volkswagenwerk* AG mitgewirkt und wechselte 1961 aus seinem Ministerium in das Volkswagenwerk, 1969 wurde er Vorstandsmitglied bei VW. Neben seinem Präsidentenamt beim VDA engagierte sich Backsmann als Vizepräsident bei der deutschen Straßenliga und der deutschen Verkehrswacht, aber auch über den Bereich Verkehr hinaus als Präsident der deutschen Handelskammer in Österreich.

Kohle auf dem Vormarsch

Bonn (HH) – Die Unternehmen der öffentlichen Stromversorgung deckten den wachsenden Stromverbrauch im ersten Quartal 1984 verstärkt mit heimischer Steinkohle. Wie die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) meldet, wurden 9,5 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) oder 14,9 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum abgenommen. Dabei stieg der Einsatz tatsächlich sogar um 18,8 Prozent, da die Kohlehalden um etwa eine Million Tonnen verringert wurden.

Wochenausweis

	30.6.	23.6.	31.5.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	72,4	73,0	73,1
Kredite an Banken	80,9	70,3	72,3
Wertpapiere	6,4	6,4	6,7
Bargeldumlauf	105,8	103,0	104,0
Einl. v. Banken	50,3	35,1	48,2
Einlagen v. öffentl. Haushalten	4,7	13,2	1,6

VEREINIGTE STAATEN

Export-Import-Bank erhöht Zinsen für Ausfuhrkredite

AP, **Washington**

Die staatseigene Export-Import-Bank der USA hat eine Erhöhung ihrer Zinssätze um jeweils 1,2 Prozentpunkte angekündigt, die zum 15. Juli wirksam wird. *Die von der Regierung* subventionierten Kredite dienen der Finanzierung amerikanischer Exportgschäfte. Die Zinsen sind niedriger als jene, die von den Geschäftsbanken verlangt werden.

Nach der neuen Regelung liegt der Zinssatz für Kredite, die von den ärmsten Ländern in Anspruch genommen werden, künftig bei 10,7 Prozent jährlich. Für die etwas besser situierten Länder beträgt der Zinssatz je nach Laufzeit des Kredits mindestens 11,55 bis 11,9 Prozent. Für Geschäftspartner in entwickelten Ländern wurde ein Mindestzinssatz von 13,35 Prozent für kurzfristige Kredite mit einer Laufzeit bis zu fünf Jahren und von 13,6 Prozent für längerfristige Kredite festgesetzt.

Die Neuregelung erfolgte auf eine Aufforderung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Es gilt als wahrscheinlich, daß andere OECD-Miglieder nachziehen werden.

Nach einer seit Oktober 1983 geltenden OECD-Vereinbarung müssen die Mitgliedsländer ihre für ausländische Kunden geltenden Zinssätze erhöhen, wenn es sich bei einer jeweils im Dezember und Juni erfolgenden Überprüfung herausstellt, daß sich der durchschnittliche Zinssatz der von dem betreffenden Staat aufgenommenen Anleihen im Vergleich zum vorangegangenen Halbjahr um mehr als 0,5 Prozentpunkte erhöht hat. In einem solchen Fall sind dann die Exportkreditzinsen im selben Ausmaß zu erhöhen.

USA / Chefökonom Martin Feldstein verläßt wie von Anfang an geplant seinen Posten

Unbehagen über Haushaltsdefizite

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Martin Feldstein gibt heute das Amt des Vorsitzenden des wirtschaftspolitischen Beraterstabes des Weißen Hauses auf, um als Professor an die Harvard-Universität zurückzukehren und die Leitung des National Bureau of Economic Research in Cambridge bei Boston wieder zu übernehmen. Sein Weggang aus Washington nach zwei Jahren war von vornherein geplant; bei Überschreitung dieser üblichen Beurlaubungsfrist hätte er sonst seinen Lehrstuhl verloren. Es fehlen also alle politischen Untertöne – im Gegensatz zu Murray L. Weidenbaum, seinem Vorgänger, der aus Protest das Handtuch warf. Dennoch will Präsident Reagan, wie es heißt, bis nach der Wahl mit der Ernennung eines Nachfolgers warten.

Feldsteins Name bleibt am Potomac unvergessen, weil er nicht wie alle anderen Chefökonomen seinem Präsidenten stumm gedient, sondern sein Unbehagen über die riesigen US-haushaltsdefizite und ihre Zinsfolgen immer wieder öffentlich ausgesprochen hat. Seine Kritik galt jedoch niemals Reagans wirtschaftlichem Erholungsprogramm, das er stets verteidigte. Sein Zorn richtete sich vielmehr gegen den Kongreß, der Reagans Steuerkürzungen, aber nicht dessen Ausgabenschnitte akzeptierte. Er glaubte auch nicht an die These der „Supply-Sider" im US-Schatzamt, die Steuergeschenke würden sich selbst finanzieren und die Steuermehreinnahmen im Aufschwung das Defizit beseitigen.

Unterm Strich bleibt, daß sich Feldstein schließlich bei Präsident Reagan mit der „Abschlagszahlung" durchgesetzt hat. Nur sind seiner Meinung nach die 150 Milliarden Dollar in drei Jahren nicht genug. In den Finanzjahren 1986 und 1987 müßten jeweils 50 Milliarden Dollar in Form von weiteren Ausgabensenkungen oder Steueranhebungen zusätzlich eliminiert werden, betonte er vor seinem Abtritt. Feldstein ist überzeugt, daß Reagan nach seiner Wiederwahl in diese Richtung marschiert und gegenüber dem Kongreß nicht lockerlassen wird. Zwischen beiden besteht offensichtlich ein Konsens, wonach der US-Haushalt Ende dieser Dekade ausgeglichen sein muß.

Nicht zu beantworten ist für Feldstein die wichtige Frage, ob sich das wirtschaftliche Wachstumstempo in den USA verlangsamt. Eine solche Entwicklung sei wünschenswert, für genaue Quartalsprognosen fehlten jedoch die wissenschaftlichen Instrumente. Angesichts einer Arbeitslosenquote von 7,1 Prozent und einer Kapazitätsauslastung von knapp über 80 Prozent sieht Feldstein noch keine unmittelbaren Inflationsgefahren. Das kann sich aber bei anhaltendem Schnellwachstum bald ändern.

BUCHMARKT

Richter entscheiden über Preisbindung

dpa/VWD, **Luxemburg**

Fällt die Preisbindung bei Büchern? Mit dieser für den Buchmarkt wichtigen Frage muß sich der Europäische Gerichtshof (EGH) in Luxemburg befassen. Die obersten europäischen Richter müssen dabei entscheiden, ob die in der Mehrzahl der Mitgliedsstaaten übliche Preisbindung bei Büchern mit den EG-Vorschriften vereinbar ist.

Das dem EGH von einem französischen Gericht zur Vorabentscheidung vorgelegte Verfahren, wurde durch die französische Kaufhauskette Centres Leclerc ausgelöst, die schon seit längerer Zeit einen hartnäckigen Kampf gegen die Preisbindung bei Benzin und Büchern führt.

Die von Leclerc durch eine Niedrigpreispolitik unterlaufene französische Gesetzgebung verpflichtet die Herausgeber und Importeure von Büchern, *einen Ladenverkaufspreis für* die von ihnen herausgegebenen oder eingeführten Bücher festzusetzen. Wie aus einer dem Gerichtshof von der EG-Kommission vorgelegten Übersicht hervorgeht, schreiben auch die meisten deutschen Buchverlage die Verkaufspreise vor. Im Ausland erworbene deutsche Bücher müssen *in der Bundesrepublik zu den Preisen* verkauft werden, die ursprünglich vom Herausgeber festgesetzt wurden. Bei eingeführten Büchern gilt keine Preisbindung. In Großbritannien und Irland sind die festgeschriebenen Buchpreise ausdrücklich von den Wettbewerbsregeln ausgenommen. In Dänemark wird seit 140 Jahren der Verkaufspreis für dänische Bücher vom Herausgeber und der Preis für ausländische Bücher von dem Haupt- oder Alleinimporteur festgesetzt.

OSTEUROPA / Ehrgeizige Ziele zur Hebung des Lebensstandards wurden nicht erreicht

Das industrielle Wachstum hat sich beschleunigt

Von HEINZ PENTZLIN

Die sozialistischen Staaten Osteuropas können – bei unterschiedlicher Entwicklung von Land zu Land und in den einzelnen Wirtschaftsbereichen – seit Beginn des vergangenen Jahres einige Verbesserungen, vor allem in der Industrieproduktion, verzeichnen. Nach den schlechten Ergebnissen der Jahre 1981 und 1982 reichen sie jedoch nicht aus, um die Ziele der bis Ende 1985 laufenden Fünfjahrespläne zu erreichen. Überdies ist die angestrebte Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung nicht möglich gewesen, und die weiterhin unzureichend bleibenden Investionen schaffen eine schwierige Ausgangslage für die nächste Fünfjahresplanperiode.

Diese Schlußfolgerungen lassen sich aus dem Bericht des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung Hamburg „Die wirtschaftliche Entwicklung in ausgewählten sozialistischen Ländern Osteuropas zur Jahreswende 1983/84" ziehen (Hrsg. Klaus Bolz, Verlag Weltarchiv GmbH, Hamburg, 328 Seiten, 35 Mark). In jedem einzelnen der Länder – „Deutsche Demokratische Republik", Polen, *Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei und Ungarn* – werden besondere Vorgänge als „Schwerpunkte" behandelt.

In der „DDR" wuchs die industrielle Produktion 1983 schneller als geplant. Dazu hat eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität beigetragen. *Nach offiziellen Angaben sollen* 32 000 Industrieroboter im Einsatz sein. Der HWWA-Bericht meint dazu, daß es nach westlicher Definition etwa 700 sein dürften. Die strukturelle Knappheit des Konsumgüterangebots dürfte – wohl infolge der weiter gedrosselten Einfuhr – noch spürbarer als in den Vorjahren geworden sein. *Im Handel mit der Bundesrepublik* seien von dem westdeutschen Milliardenkredit „keine zusätzlichen Impulse" ausgegangen. „Es ist wahrscheinlich, daß die DDR diesen Kredit für ihren Schuldendienst gegenüber den OECD-Ländern verwendet hat", heißt es in dem HWWA-Bericht, der anschließend feststellt: „Das Kreditstanding der DDR hat sich deutlich verbessert."

Polen zeigt für 1983 und Anfang des Jahres 1984 „unerwartet hohes Wachstum, aber zunehmende Probleme mit Investitionen und Exporten". In der Industrie, der Bauwirtschaft und der Landwirtschaft wurden 1983 die Planziele übertroffen. Das produzierte Nationaleinkommen hat „in etwa wieder das Niveau von 1974 erreicht". Dazu wird gesagt: „Die insgesamt guten Ergebnisse sind hauptsächlich *auf die kurzfristige Mobilisierung interner Reserven zurückzu*führen. Dazu sind vor allem Arbeitszeitverlängerungen in der Industrie und eine vermehrte Förderung bzw. Produktion von Rohstoffen zu zählen."

Obwohl die Westexporte stiegen und ein höherer Exportüberschuß erzielt wurde, hat sich die Verschuldungssituation Polens nicht gebessert, sondern verschlechtert. Gegenüber den sozialistischen Staaten, voran der Sowjetunion, ist die Verschuldung weiter gestiegen auf nunmehr *3,4 Mrd. Transferrubel (1 TrR = 4,67* Valuta-Mark). „Gegenüber dem Westen hat sich die Finanzlage Polens trotz eines erneuten Umschuldungsabkommens mit den Banken für 1983 sowie gesunkener Zinssätze nicht wesentlich verbessert. Die Verschuldung in Währung westlicher Länder wuchs von 24,8 Mrd. Dollar Anfang 1983 auf 26,5 Mrd. Dollar Anfang 1984."

Die Sowjetunion verzeichnet 1983 eine Produktionssteigerung um vier Prozent; das ist die höchste seit fünf Jahren. Eine Erklärung findet der HWWA-Bericht dafür in der „allerdings nicht in Zahlen zu fassenden" Wirkung der Disziplinierungskampagne, die von Andropow eingeleitet wurde. Zugleich sind den Belegschaften, den „Arbeitskollektiven", mehr Rechte zugestanden worden. Sie werden bei der Organisation der Arbeitsplätze angehört; sie beurteilen die Leistungen der leitenden Angestellten und werden bei ihrer Ernennung und Abberufung „angehört".

Doch auch bei den Produktionserhöhungen in der Industrie und auch in der Landwirtschaft stieg das Realeinkommen *weniger als angekündigt*. Besonders auffallend ist eine Diskrepanz zwischen der Erhöhung von Verbrauchsgütern und dem dahinter zurückgebliebenen Verkauf im Einzelhandel – *ein Zeichen dafür, daß an* dem Verbrauch vorbei produziert worden ist.

Im Außenhandel hat die Sowjetunion ihre Exporüberschüsse sowohl gegenüber den sozialistischen Ländern – dort mehr durch Exportsteigerungen – wie gegenüber den westlichen Ländern – hier mehr durch fortgesetzte Importdrosselung – weiter erhöht. Dadurch hat sie ihre Guthaben im Ostblock erhöht und ihre Verschuldung im Westen 1983 um 2,7 auf 7,9 Mrd. Dollar am Jahresende vermindert.

Rumänien weist für 1983 eine Zunahme der industriellen Bruttoproduktion um 4,8 Prozent aus, die damit etwas hinter dem Planziel zurückgeblieben ist. Bei fortgesetztem Austeritykurs ist der reale Konsum, der 1982 eine Verminderung um 2,8 Prozent erfahren hatte, 1983 nur noch marginal, um 0,5 Prozent, weiter gesunken. Der Import blieb gedrosselt. Es ist Rumänien gelungen, das Defizit seiner Leistungsbilanz, das 1980 die Rekordhöhe von 2,4 Mrd. US-Dollar erreichte, 1982 in einen Überschuß von 655 Mill. und 1983 wahrscheinlich 800 Mill. Dollar umzuwandeln. Durch Umschuldungsaktionen 1982 und 1983 konnte es seine Westverschuldung von 10,2 Mrd. Dollar Ende 1981 auf 9,07 Mrd. vermindern. Der HWWA-Bericht hält es für möglich, daß Rumänien 1984 mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds in der Lage sein könnte, auf weitere Umschuldungen zu verzichten.

Die Tschechoslowakei, die im Oktober 1980 ihre Planzahlen erheblich nach unter revidiert und danach ein „Sparprogramm" zur Hebung der „Effizienz" eingeleitet hatte, konnte 1983 Produktionsverbesserungen erreichen und gibt ein Wachstum des Nationaleinkommens von zwei Prozent an. *Um mehr Ressourcen für den* Endverbrauch zur Verfügung zu haben, wurden die Investitionen gekürzt und die Bezüge aus den sozialistischen Staaten, das heißt zur Hauptsache aus der Sowjetunion gesteigert. Dadurch ist die Verschuldung gegenüber der Sowjetunion stark gestiegen. *Die Verschuldung gegenüber* westlichen Ländern konnte durch weitere Drosselung der Bezüge von ihnen und dank gesteigerter Deviseneinnahmen aus dem Handel mit Entwicklungsländern etwas vermindert werden.

SÜDAFRIKA / Der Verfall des Rand-Kurses stellt das Land vor große Probleme

Verteuerte Importe heizen Inflation an

M. GERMANI, **Pretoria**

Der seit zwei Wochen anhaltende Rutsch des südafrikanischen Rand gegenüber dem US-Dollar und den europäischen Währungen fand seinen bisherigen Höhepunkt bei 0,6925 am vergangenen Freitag. Die Aussichten auf eine schnelle Erholung stehen derzeit auch ungünstig durch die schwache Zahlungsbilanz-Position, die weiterhin hohe Inflationsrate des Landes und die hohen Zinsen im Ausland. Selbst eine zweimalige Diskonterhöhung in der vorigen Woche auf zuletzt 18,75 Prozent konnte den freien Fall des Rand nicht aufhalten.

In einer gemeinsamen Erklärung des scheidenden Finanzministers Dr. Owen Horwood und des Präsidenten der Reserve Bank, Dr. Gerhard de Kock, sehen beide den Zusammenbruch des Goldpreises als ernst an. Sie führten allerdings aus, daß es sich *um eine vorübergehende Überreak*tion handeln könne, die im direkten Zusammenhang mit der weiteren Stärkung des US-Dollar stehe. Die Entwicklung könne sich in den kommenden Wochen durchaus in das Gegenteil verkehren. Wichtig sei ein durchschnittlich stabiler Goldpreis über Wochen und Monate hinaus und nicht die kurzfristigen Hoch- und Tiefpunkte.

Der Verfall des Randpreises wirkt sich vor allem auf die Importpreise aus. Die südafrikanische Motorindustrie hat *in den letzten Wochen* Millionenverluste einstecken müssen. Demgegenüber dürften südafrikanische Exporte wieder konkurrenzfähiger werden. Die Hebung des Lebensstandards und die Zahlung hoher Löhne an die bisher geringer entlohnten schwarzen Arbeiter, die Angleichung ihrer Löhne an die der weißen Arbeiter hatten die südafrikanische Wettbewerbsfähigkeit geschwächt.

Eine erneute Heraufsetzung der Verkaufssteuer, die am 1. Juli von sieben auf zehn Prozent erhöht worden war, *wird derzeit nicht in Erwägung gezogen*. Doch erwarten Wirtschaftsexperten seit einigen Wochen, daß bis zum Ende des Jahres der Steuersatz auf 12 Prozent hinaufgehen werde. Ein Ansteigen der Inflation auf 15 bis 16 Prozent sei denkbar, wenn sich erst die ganze Tragweite der Dürre und Mißernte der letzten Sommersaison 83/84 zeige. Bisher hat Südafrika Mais im Wert von einer Milliarde Rand importieren müssen. Die Ernte selbst betrug statt der 8,5 Mill. t des Vorjahres nur 3,92 Mill. t. Gerade der sinkende Goldpreis und der Randverfall werden die Importpreise für Mais noch weiter in die Höhe schießen lassen.

Die südafrikanische Nedbank berichtet von einem Ansteigen der Firmen-Liquidationen im ersten Viertel *1984* in Höhe von *31* Prozent gegenüber der gleichen Zeitspanne des Vorjahres.

Scharfe Angriffe gegen die derzeitige Finanzpolitik richtete der Oppositionssprecher der „progressiven Partei", Harry Schwarz. Schwarz ist enttäuscht über die Haltung von Minister Horwood, der behauptet, die südafrikanische Wirtschaftslage sei gut, zu einem Zeitpunkt, da der Rand auf 77 US-Cent gesunken sei, während er in der Vergangenheit zwischen 125 und 137 US-Cent notiert habe. Besorgniserregend, so *Finanzexperten*, und einer der Gründe der letzten Steuererhöhung sei auch die Tatsache, daß die Regierung bisher nicht in der Lage war, die Kosten für die Einführung der neuen Verfassung im September auch nur abzuschätzen. Das Budget für das Drei-Kammern-Parlament und die Verwaltung für Weiße, Kap-Farbige und Inder wird auf mindestens eine Milliarde Rand geschätzt. Die Lösung all dieser Probleme wird dem neuen Finanzminister, dem ehemaligen Lehrer Barend du Plessis, vorbehalten sein. Du Plessis gilt als neuer „Senkrechtstarter" im Kabinett P. W. Botha. Der ehemalige Lehrer war erst im November '83 als Minister für Erziehung und Ausbildung dem Kabinett beigetreten.

Importe aus Nahost gingen stark zurück

dpa/VWD, **Hamburg**

Im deutschen Außenhandel mit den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sind im ersten Quartal dieses Jahres beträchtliche, teilweise überraschende Verschiebungen eingetreten. So ist die Türkei zum größten deutschen Lieferanten dieser Region aufgerückt, während Saudi-Arabien als Rohöl-Exporteur stark zu*rückfiel. Nach einer Aufstellung des* Nah- und Mittelost-Vereins in Hamburg nahmen die deutschen Importe aus diesem Raum um 17,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 3,16 Mrd. DM ab. Die deutschen Exporte ermäßigten sich dagegen nur um 3,6 Prozent auf 8,66 Mrd. DM.

Im Handel mit den einzelnen Ländern ragt der starke Rückgang der Importe aus Saudi-Arabien mit einem Minus von über 60 Prozent gegenüber dem ersten Quartal 1983 auf nur noch 481 Mill. DM heraus. Iran ist ebenfalls mit seinen Lieferungen um 50 Pro*zent auf 266 Mill. DM zurückgefallen*, während Irak um 25 Prozent auf 363 Mill. DM zunahm. Zum größten Lieferanten aus dem Orient ist überraschenderweise die Türkei mit 638 Mill. DM (plus 25 Prozent) aufgestiegen. Auch Israel legte mit 344 Mill. DM um 13 Prozent zu.

Auf der deutschen Ausfuhrseite spielt eine wesentliche Rolle, daß neue Aufträge für deutsche Firmen spärlicher werden und die bisherigen Kontrakte auslaufen.

W. C. HERAEUS / „Eklatante technologische Lücke"

Signale auf Expansion

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

„Die technologische Lücke zu den USA und Japan ist eklatant", beklagt Jürgen Heraeus, Geschäftsführungsvorsitzender der W. C. Heraeus GmbH, Hanau, die Rückständigkeit der Europäer im Vergleich zu den großen Weltmarktkonkurrenten. Mitgeschäftsführer Peter Vischer assistiert: „Die deutschen Exporte konzentrieren *sich mehr* und *mehr* auf Warengruppen mit stagnierendem oder gar rückläufigem Anteil am Welthandel."

Heraeus selbst freilich will diese Lücke überspringen. Ausgeprägte Zukunftschancen sieht das Unternehmen in Produkten wie Spezial-Lasergeräten, keramischen Werkstoffen, Trägermaterialien und Beschichtungsstoffen für die Halbleiterindustrie und in der Herstellung von Quarzglas für Lichtleitfasern. Für Forschung und Entwicklung wurden im vergangenen Jahr 34 (32) Mill. DM ausgegeben.

Nicht ohne Erfolg: Mit einem Sechstel der weltweiten Belegschaft von 6200 (6400) Mitarbeitern setzte das Unternehmen 1983 in den amerikanischen und japanischen Märkten eine runde halbe Milliarde Mark um. Das war fast ein Fünftel der 2,7 (3) Mrd. DM Weltumsatz, und noch ein weitaus größerer Anteil des eigentlichen industriellen Geschäfts – der Umsatz wird traditionell durch einen hohen Beitrag des Edelmetall-Handels „aufgeblasen", auf den auch der Rückgang des vergangenen Jahres im wesentlichen zurückgeht. Ohne die Edelmetall-Verzerrungen hätte der Umsatz um 8,5 Prozent zugenommen.

Im neuen Jahr hat sich das Wachstumstempo erheblich gesteigert. Ein Auftragsplus von 41 Prozent und ein Umsatzzuwachs von 31 Prozent (beides ohne Edelmetalle) in den ersten fünf Monaten sorgten für Vollbeschäftigung in allen Bereichen. Trotz Neueinstellungen wurden dabei sogar Überstunden notwendig.

Wenn auch die aktuelle Entwicklung mit einiger Skepsis beobachtet wird – noch ist unklar, wie weit das schnelle Wachstum durch Lagereffekte verursacht wurde –, so stehen die Signale dennoch auf Expansion. Nachdem schon 1983 die Investitionen auf 60 (35) Mill. DM angehoben wurden, sollen in diesem Jahr 80 Mill. DM in die Sachanlagen fließen. Größere Projekte liegen wesentlich auch im Ausland, vor allem in den USA und Korea. Dort wird *auch mehr* verdient. Bei stagnierendem Inlandsergebnis waren es 1983 vor allem die Auslandsbeteiligungen, die den Konzern-Jahresüberschuß auf 23,5 (20) Mill. DM steigen ließen.

OECD / Mehr als 12 Millionen Frauen sind arbeitslos

„Besorgniserregende Zahl"

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Gegenwärtig sind in den westlichen Industriestaaten (OECD-Zone) mehr als 12 Millionen Frauen arbeitslos. Dies bezeichnet das Sekretariat der OECD als „besorgniserregend". *In einer ausführlichen* Untersuchung der Frauenarbeitslosigkeit weist es darauf hin, daß diese im Jahre 1960 erst zweieinhalb Millionen betroffen hatte. Das entsprach einer Arbeitslosenquote von 2,8 Prozent. Sie war damals gleichhoch wie die der Männer.

Inzwischen sind 7,5 Prozent der aktiven weiblichen Bevölkerung arbeitslos. Bei der männlichen Bevölkerung beträgt diese Quote 6,1 Prozent. Aus dieser unterschiedlichen Entwicklung kann laut OECD aber nicht ohne weiteres gefolgert werden, daß die Frauen unter der Wirtschaftskrise stärker gelitten hätten. Vielmehr sei die Differenz vor allem darauf zurückzuführen, daß in den letzten zwanzig Jahren mehr Frauen als Männer an den Arbeitsmarkt getreten sind.

Allein bis 1980, dem Jahr, zu dem die Untersuchung statistisch abgeschlossen wurde, nahm die Zahl der berufstätigen Frauen in der OECD-Zone (gegenüber 1960) um 27 Millionen zu, die der Männer dagegen nur um 16 Millionen. Damit erhöhte sich der Frauenanteil *an der gesamten* aktiven Bevölkerung auf 38,7 Prozent. Im Jahre 1950 hatte er erst 31,4 Prozent erreicht.

Den wichtigsten Grund für die zunehmende Berufstätigkeit der Frauen sieht die OECD in der auf einer wirksameren Geburtenkontrolle beruhenden neuen Familienplanung. Dies erlaube den Frauen, ihre Mutterschaft zu planen und damit in bessere Übereinstimmung zu ihrem Beruf zu bringen. Auch finden immer mehr Frauen dank der Rationalisierung ihrer Hausarbeiten und durch die Inanspruchnahme fremder Dienstleistungen zumindest für Halbtagsbeschäftigungen Zeit. Außerdem hat sich ihr Ausbildungsstand wesentlich verbessert.

Diesem Trend kommt die Restrukturierung der westlichen Volkswirtschaften entgegen. Sie hat typische Frauenberufe eher begünstigt. Während in den absteigenden Industrien (Stahl, Schiffbau und so weiter) hauptsächlich Männer beschäftigt werden, sind die wachstumsträchtigen Dienstleistungsbereiche vor allem den Frauen zugänglich. Auch in der öffentlichen Verwaltung mit ihrem starken Entlassungsschutz werden zunehmend Frauen eingesetzt.

Die Frauen hatten *zwar* unter der Wirtschaftskrise ebenso stark zu leiden wie die Männer, stellt die OECD fest. In den eigentlichen Rezessionsjahren 1974/75 und 1980 bis 1982 hat aber ihre Arbeitslosenquote weniger stark zugenommen als die der Männer. Allerdings waren die Mädchen von der Krise relativ stärker als die Jungen betroffen. Dies liegt aber auch daran, daß Mädchen allgemein früher ins Berufsleben eintreten.

Die Frauenarbeitslosigkeit wird auch in Zukunft große Probleme aufwerfen, die laut OECD durch einen *wirtschaftlichen* Wiederaufschwung allein nicht gelöst werden können. Zwar dürfte die aktive weibliche Bevölkerung aus demographischen Gründen (geburtenschwächere Jahrgänge) nicht mehr so stark wachsen wie in den siebziger Jahren. Aber der Trend zur stärkeren *Berufstätigkeit* der Frauen dürfte sich fortsetzen. Diesem Trend müßten die wirtschaftlichen Strukturen und Institutionen der OECD-Staaten „voll angepaßt" werden, heißt es in dem Bericht.

HEIMSTATT / Vertragsbestand stagnierte

Hoffnung auf ein gutes 1984

DANKWARD SEITZ, **München**

Gut bis sehr gut könnte das Geschäftsjahr 1984 für die Heimstatt Bausparkasse AG, München, werden, doch auf eine konkretere Aussage will sich Vorstandssprecher Gottfried Hofmann nicht festlegen. Erst die nächsten beiden Monate würden zeigen, ob die bisher guten Zuwachsraten durchgehalten werden können. Und mit denen zeigte sich Hofmann sehr zufrieden, denn immerhin brachte das Neugeschäft bei der Vertragszahl ein Plus von 10 Prozent und in der Bausparsumme 5 Prozent mehr gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit.

Schon „im nicht einfachen" Geschäftsjahr 1983 konnte diese private Bausparkasse recht beachtliche Zuwchsraten erzielen. Nachdem das eingelöste Neugeschäft 1981 und 1982 noch Einbußen von rund 28 bzw. 18 Prozent gebracht hatte, stieg diesmal wieder die Vertragszahl mit etwa 19 400 um 7,8 Prozent über eine Bausparsumme von 682 Mill. DM (plus 3,8 Prozent). Eine durchschnittliche Bausparsumme von etwa 35 000 DM unterstreicht, so Hofmann, das breitgestreute Regelspargeschäft in Bevölkerungskreisen mit kleineren bis mittleren Einkommen.

Der Vertragsbestand stagnierte mit 241 861 (241 060) Verträgen bei rund 8,9 Mrd. DM. Die Einlagen stiegen um 1,8 Prozent auf 1,2 Mrd. DM, während die Darlehen um 1,9 Prozent auf 1,0 Mrd. DM zurückgingen. Zugeteilt wurden 1983 insgesamt 9857 (10 796) Verträge über 367,4 (400,6) Mill. DM. Sparbeiträge und Tilgungszahlungen erreichten 404,2 (399,3) Mill. DM, wovon 179,6 (160,6) Mill. DM auf Tilgungen entfielen. Trotz der hohen Arbeitslosigkeit blieben die Rückstände mit 1,1 Mill. DM, das sind nur 0,11 Prozent des Darlehenskapitals, so gut wie unverändert.

Der Jahresüberschuß der Heimstatt erhöhte sich auf 5,0 (4,56) Mill. DM. In die offenen Rücklagen fließen daraus wieder 0,5 Mill. DM, so daß die Eigenmittel mit rund 53,6 Mill. DM nun 4,1 (3,95) Prozent der auf 1,32 (1,29) Mill. DM gestiegenen Bilanzsumme ausmachen. Auf das Grundkapital von 10 Mill. DM werden erneut 12 Prozent Dividende sowie ein Bonus von 4 Prozent ausgeschüttet.

ZAHNRADFABRIK FRIEDRICHSHAFEN / Streikbedingter Umsatzausfall von 200 Millionen Mark

Geflecht der Kooperationen wird verdichtet

W. NEITZEL, **Friedrichshafen**

Wir wissen nicht, wo wir landen, konstatiert Friedrich Baur, Vorstandsvorsitzender der Zahnradfabrik Friedrichshafen AG (ZF), im Hinblick auf die durch den Arbeitskampf gestörte Geschäftsentwicklung dieses führenden Getriebebauers. Das Unternehmen beklagt einen Umsatzausfall von 200 Mill. DM. Was davon bis zum Jahresende aufgeholt werden kann, steht in den Sternen.

Wenn nichts nachgeholt würde, dann gehe man für das Jahr 1984 von einem Umsatz in Vorjahreshöhe (preisbereinigt) und von einer weiteren Personalreduzierung um 3 Prozent aus. Ursprünglich war ein Umsatzzuwachs von real 5 Prozent eingeplant gewesen. Man rechne freilich für die nächsten Tage und Wochen mit einem stürmischen Auftragseingang von Seiten der Fahrzeugbauer.

Makulatur ist auch die für das laufende Jahr angepeilte leichte Verbesserung des Betriebsergebnisses. Hier werde man nunmehr wohl etwas schlechter als im Vorjahr abschneiden. Baur machte überdies klar, daß aufgrund des neuen Tarifvertrags „kein einziger Mitarbeiter neu eingestellt wird". Das Unternehmen trage immer noch zuviel Ballast mit sich herum und müsse seine Produktivität erhöhen. Er sehe überall Rationalisierungsreserven. Außerdem sei davon auszugehen, daß der Trend der Nachfrage im Verlaufe des Jahres 1985 abkippen werde.

Ihr künftiges Wachstum will die ZF nicht nur mit neuen Produkten, sondern auch über die Eroberung neuer Märkte und weiterer Marktanteile sichern. Dabei hat die Realisierung internationaler Kooperationen für die ZF einen besonderen Stellenwert: Beispielsweise ist eine Kooperation zwischen der ZF-Tochter Zahnradfabrik Passau (ZP), die Ackerschleppergetriebe herstellt, und der International Harvester Corporation (IHC) geplant, um den amerikanischen Traktorenmarkt noch besser zu erschließen. Die ZP hat in diesem Frühjahr auch eine Beteiligung am italienischen Achsen- und Getriebe-Komponenten-Hersteller MPM erworben. Kooperationsbestrebungen laufen darüber hinaus auch mit Frankreich (Renault).

Sehr viel verspricht sich die ZF nicht zuletzt von der beabsichtigten Zusammenarbeit mit der amerikanischen Dana-Corporation auf dem Gebiete der Getriebe für Nutzkraftwagen. Hier ist die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen mit ZF-Majorität vorgesehen. Gute Chancen sieht die ZF in diesem Zusammenhang auch in China und Korea.

Das Umfeld brachte der ZF in 1983 Licht und Schatten: Einerseits profitierte das Unternehmen von der positiven Tendenz im Pkw-Bereich und von Geschäftserfolgen in den USA (Landmaschinen), der günstigen Dollar/D-Mark-Parität und von Geschäften mit neuen Großkunden. Andererseits wirkte sich der Einbruch am Nutzfahrzeugmarkt negativ aus. Das ZF-Gesamtunternehmen steigerte seinen Umsatz zwar noch leicht um 0,5 Prozent auf 2,86 Mrd. DM, doch lag er real um etwa drei Prozent unter dem Vorjahr. Rund zwei Drittel des Umsatzes wird mit der Automobilindustrie getätigt, wobei 40 Prozentpunkte auf Nutzfahrzeug-Zulieferungen und 26 Prozent auf den Pkw-Sektor entfallen.

Während das Betriebsergebnis hinter dem Vorjahr zurückblieb, verbesserte sich der Jahresüberschuß durch Vorratsabbau, Rückstellungsauflösungen und außerordentliche Faktoren kräftig auf 61 (17) Mill. DM. Auf das Kapital von 70,7 Mill. DM, das mehrheitlich bei der Zeppelin-Stiftung, Friedrichshafen, liegt, werden neben unverändert 16 Prozent Dividende weitere 25,4 Mill. DM ausgeschüttet, wovon 17,5 Mill. DM als Kapitalerhöhung von nominal 5 Mill. DM zu einem Ausgabekurs von 350 Prozent wieder an das Unternehmen zurückfließen.

ZF	1983	±%
Gruppenumsatz (Mill. DM)	2864	+ 0,5
Konzernumsatz	2654	+ 3,1
Exportquote (%)	38,6	(37,2)
Beschäftigte	21 436	– 3,3
Sachinvestitionen (Mill. DM)	257	+ 13,3
Sachabschreibungen	222	+ 18,0
Cash flow [1])	400	+ 34,7
Jahresüberschuß	61	+ 260,0

[1]) Jahresüberschuß + Zuführung zu Pensionsrückstellungen + Abschreibungen

SPARKASSE HANNOVER

Streikfolgen deutlich sichtbar

dos. **Hannover**

Die Tarifauseinandersetzungen haben auch bei der Stadtsparkasse Hannover Spuren hinterlassen. Von einem „Einbruch", so Vorstandschef Kurt Fischer, könne zwar nicht gesprochen werden; gegenüber den ersten drei Monaten 1984 habe sich das Geschäft im zweiten Quartal sichtbar verschlechtert. Nach den Worten Fischers verringerten sich die Gesamteinlagen im ersten Halbjahr 1984 um 0,5 Prozent auf 5,2 Mrd. DM. Die Spareinlagen wuchsen nur noch um 16 Mill. DM gegenüber 4 Mill. DM im gleichen Zeitraum 1983. Die gesamten Forderungen nahmen um 3,2 Prozent oder 140 Mill. DM auf knapp 4,5 Mill. DM zu.

Fischer rechnet für das gesamte Jahr mit einem leicht abgeschwächten Betriebsergebnis vor Steuern. Die Zinsspanne bewege sich unverändert bei 3,4 Prozent. Bei etwas häheren Kosten liege der Zinsüberschuß auf dem Niveau des Vorjahres. Die Bilanzsumme nahm um 33 Mill. DM auf rund 6,4 Mrd. DM zu.

RHG HANNOVER / *Preissteigerungen bei Kartoffeln*

Prognosen korrigiert

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Die Raiffeisen Haupt-Genossenschaft eG, Hannover, die noch vor wenigen Monaten die Geschäftsentwicklung sehr zurückhaltend einschätzte, hat im bisherigen Verlauf des Jahres 1984 kräftige Zuwachsraten zu verzeichnen. Bis Ende Mai ergab sich bei einer mengenmäßigen Steigerung von 9,2 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum ein Umsatzplus von 15,7 Prozent auf 961 Mill. DM. RHG-Vorstandschef Klaus F. Geiseler geht zwar in den nächsten Monaten von einer „nennnenswerten Abflachung der bisherigen Mehrumsätze" aus. Im Gegensatz zu den ursprünglichen Prognosen dürfte aber im Gesamtjahr 1984 bei einer zumindest stabilen Ertragslage das Umsatzniveau des Vorjahres übertroffen werden.

Für 1983 weist die RHG eine Steigerung des Umsatzes um 4,6 Prozent auf 2,32 (2,21) Mrd. DM aus. Bei einem um 3,5 Prozent verbesserten Rohertrag erhöhte sich der Jahresgewinn auf 2,2 (1,9) Mill. DM. Die Generalversammlung hat die Ausschüttung einer unveränderten Dividende von 4 Prozent auf die Geschäftsguthaben beschlossen. Den Rücklagen werden 1,17 (0,96) Mill. DM zugeführt.

Die Entwicklung in den ersten fünf Monaten 1984 wurde maßgeblich geprägt vom Absatzgeschäft, das mengenmäßig um 25 Prozent und dem Umsatz nach um 50 Prozent ausgeweitet werden konnte. Die exorbitanten Preissteigerungen im Kartoffelbereich ließen die Erlöse um 255 Prozent anwachsen; real ergab sich lediglich ein Plus von 17,1 Prozent. Günstig verlief auch das Getreidegeschäft, das der Menge nach um 29,9 Prozent und umsatzmäßig um 32,7 Prozent zunahm. Die Bestände aus der letzten Getreideernte, so Geiseler, seien zu vernachlässigen. Bei Futtergetreide sei die Versorgung teilweise sogar gefährdet.

Das Bezugsgeschäft, auf das bei der RHG mit 70 Prozent des Umsatzes der Löwenanteil entfällt, verläuft in „normalen" Bahnen. Immerhin ergab sich aber auch hier eine Steigerung um 4,2 Prozent auf 650 Mill. DM. Die einzelnen Bereiche zeigen dabei eine recht unterschiedliche Entwicklung.

Nach den hohen Investitionen des Vorjahres (30,9 nach 18 Mill. DM) wird die RHG 1984 das Volumen deutlich senken. Finanzchef Dieter tom Diek rechnet mit einem Niveau, das unter den Abschreibungen (1983: 19,3 Mill. DM) liegt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Besser verdient

Solingen (dpa/VWD) – Die Deutsche Solvay-Werke GmbH, Solingen, konnte ihr Betriebsergebnis 1983 erheblich verbessern. Der Jahresüberschuß des Chemieunternehmens erhöhte sich von 0,1 Mill. auf 5,6 Mill. DM. Auf das Stammkapital von 185 Mill. DM wird eine Dividende von 3 Prozent (Vorjahr null) vorgeschlagen. Über 50 Prozent des Kapitals hält der belgische Solvay-Konzern.

Guß wird teurer

Düsseldorf (VWD) – Der jetzt beendete Streik in der Metallindustrie wird nach Angaben des deutschen Gießereiverbandes zu einer Anhebung der Gußpreise um mindestens 3 DM je 100 kg führen. Begründet wird dies damit, daß der Streik zu einem wesentlich geringeren Anfall von hochwertigem Schrott führte, der für die Gießerei-Industrie von besonderer Bedeutung ist. Das knappe Schrottangebot werde durch die anhaltend starke Nachfrage der Stahlindustrie noch zusätzlich eingeengt. Die Versorgungslage werde sich deshalb auch in nächster Zeit nicht bessern.

Henkel-joint-venture

Düsseldorf (DW.) – Die Henkel KGaA, Düsseldorf, und die Biochemie Gesellschaft mbH, Wien, eine Gesellschaft der Sandoz-Gruppe, haben eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Biotechnologie beschlossen. Die Produktion der gemeinsamen Tochter wird nach Henkel-Angaben voraussichtlich im Frühjahr 1986 anlaufen, um zunächst einen Teil des Bedarfs der Henkel-Gruppe an Waschmittelenzymen zu decken. Das Investitionsvolumen beträgt rund 120 Mill. Schilling.

UdSSR-Auftrag für Lurgi

Frankfurt (VWD) – Die französische Lurgi-Tochter erhält als Konsortialführer von der UdSSR den Auftrag für den Bau einer Öl- und Gasförder- und Aufbereitungsanlage. Das Auftragsanlage. Das Auftragsvolumen wird die zunächst veranschlagte Summe von 200 Mill. Dollar voraussichtlich deutlich übertreffen, da sich aufgrund der Verzögerungen eine Ausweitung des Auftragsvolumens abzeichnet.

Lahmeyer-Dividende

Frankfurt (VWD) – Neben einer Stärkung der Rücklagen kündigt die mehrheitlich zum RWE-Bereich gehörende Lahmeyer AG, Frankfurt, für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) wieder die Verteilung von 10 DM Dividende pro 50 DM-Aktie an (Hauptversammlung am 4. Dezember).

Zuteilungsfrist niedrig

Hamburg (Py.) – Die Volksfürsorge Bausparkasse AG, Hamburg, hat 1983 bei verhaltenem Neugeschäft (589 nach 628 Mill. DM) den Bestand auf 5,7 (5,5) Mrd. DM Bausparsumme gesteigert. Der Anteil der nicht zugeteilten Großverträge wurde bewußt niedrig gehalten und liegt derzeit bei 5,6 (6,1) Prozent des nicht zugeteilten Gesamtbestands, so daß die Zuteilungsfrist für Schnellsparer kurz gehalten werden konnte. Die durchschnittliche Bausparsumme erhöhte sich leicht auf 22 645 (22 177) DM.

Rekordverlust für Edelstahlwerke

frei. **Wien**

Mit einem Rekordverlust von 2,3 Mrd. Schilling schlossen die österreichischen Vereinigten Edelstahlwerke (VEW) das vergangene Jahr ab. Zwei Drittel davon entfielen auf den Hütten- und ein Drittel auf den Verarbeitungsbereich. Zur Abdeckung der Verluste des Staatsbetriebes wurden im Vorjahr 2,15 Mrd. Schilling aus öffentlichen Geldern zugeschossen; in diesem Jahr werden weitere 2,4 Mrd. Schilling benötigt. Die Eigenmittel machen nurmehr knapp 2 Prozent der Bilanzsumme aus.

Der Umsatz der VEW sank 1983 um 10 Prozent auf rund 14 Mrd. Schilling. Die Exportquote verringerte sich von 80 auf 77 Prozent, der Beschäftigtenstand um 1700 auf 13 800 Mitarbeiter.

In 1984 haben sich zwar die Auftragseingänge nach Angaben von Generaldirektor Friedrich Schmollgruber gebessert, die weiter schlechten Preise werden aber die erwartete Ergebnisverbesserung negativ beeinflussen. Bis 1986 soll ein Stahlwerk des Konzerns geschlossen und eine Reihe Betriebsstätten stillgelegt werden.

TELEFONBAU UND NORMALZEIT / *Hohe Auftragseingänge bestätigen intensive Entwicklungsaktivitäten*

Enge Kooperation mit dem Mehrheitsgesellschafter

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Die Forcierung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten trägt bei den Unternehmen der Telefonbau und Normalzeit-Gruppe, Frankfurt, offenbar Früchte. In den letzten fünf Jahren wurden die Aufwendungen hierfür auf 100 Mill. DM (1983) mehr als verdoppelt, dazu kommt eine enge Kooperation mit dem Mehrheitsgesellschafter Bosch. „Über wachsende Auftragseingänge fühlen wir uns durch unsere Kunden bestätigt", sagte Michael Schwarzer, Leiter der Geschäftsführung von Telefonbau und Normalzeit (TN), bei der Vorlage des Geschäftsberichts 1983. Im ersten Halbjahr dieses Jahres lagen die Auftragseingänge um gut 15 Prozent über den Vorjahreswerten.

62 Prozent dieser Aufträge stammen von allgemeinen Inlandskunden, bei denen TN besonders mit kleineren und mittleren Kommunikationssystemen, Fernsprechterminals und Gefahrenmeldesystemen erfolgreich ist; aber auch bei Teletex-Einrichtungen liegt TN mit einem Marktanteil von rund 12 Prozent gut im Rennen. 30 Prozent der Aufträge stammen von der Bundespost und acht Prozent aus dem Ausland, das damit mehr Gewicht erhält und dessen Anteil in den nächsten Jahren kontinuierlich gesteigert werden soll. Der auf 900 (Jahresende 820) Mill. DM gestiegene Auftragsbestand sichert die Auslastung für acht Monate und führte auch schon zu ersten Neueinstellungen (140). Bis zum Jahresende rechnet Schwarzer mit einem Umsatzplus von mindestens fünf Prozent für den Inlandskonzern, obwohl derzeit die Folgen des Arbeitskampfes auf die Investitionsnachfrage noch nicht exakt abzuschätzen seien.

Im vergangenen Jahr hat TN im Inlandskonzern seine Umsätze um 6 Prozent auf 1648 (1556) Mill. DM gesteigert. Mit der gleichen Rate wuchsen die Auftragseingänge, Schwerpunkt des Geschäfts war unverändert die private Kommunikationstechnik mit 995 (940) Mill. DM, was sich auch in auf 758 (731) Mill. DM gestiegenen jährlichen Ansprüchen aus Miete und Wartung niederschlägt. Auf diesen Bereich entfiel wiederum der Löwenanteil der Sachinvestitionen von 318 (316) Mill. DM, von denen 238 (231) Mill. DM in vermietete Anlagen flossen (Abschreibungen 224 nach 210 Mill. DM).

Rund 20 Prozent des Konzernumsatzes oder 340 (320) Mill. DM entfallen auf Informationstechnik, die mit einer Steigerungsrate von 8 Prozent am stärksten wuchs, mit der Post wurden 202 (200) Mill. DM umgesetzt (12 Prozent des Konzernumsatzes). Für die Post wird 1984 ein erstes digitales Fernamt erstellt.

Zügig fortgesetzt hat TN im vergangenen Jahr den angekündigten Abbau der Mitarbeiter; am Jahresende zählte der Konzern 16 700 (17 900) Beschäftigte. Dabei schlug vor allem die Straffung in der Verwaltung durch. Obwohl die Auslastung nicht befriedigend war – teilweise war Kurzarbeit erforderlich – zeigt der Konzern einen um 7,8 Prozent auf 63,5 (59) Mill. DM deutlich gestiegenen *Jahresüberschuß.*

Hierin spiegeln sich nach Angaben von Schwarzer die erzielten Erfolge bei Kostensenkungsprogrammen ebenso wider wie ein deutlicher Vorratsabbau. Der Cash-flow (nach Angaben des Unternehmens) wuchs um 7,7 Prozent auf 297 (276) Mill. DM; die Umsatzrendite macht 3,9 (3,8) Prozent aus. Eine derart kräftige Gewinnverbesserung hält die Geschäftsführung in diesem Jahr nicht für erzielbar.

NAMEN

Wilhelm Oergele, Vorsitzender des Fachverbandes Stahlrohrmöbel-Industrie, Düsseldorf, wird am 11. Juli 60 Jahre.

Hans-Otto Reppekus, Vizepräsident des Bundesverbandes Druck e. V. und stellvertretender Vorsitzender des Verbandes der Druckindustrie Westfalen-Lippe e. V., vollendet am 11. Juli das 60. Lebensjahr.

Heinz Röder, Vorstandsmitglied der Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart, wurde zum Vorsitzenden des Berufsbildungswerks der Versicherungswirtschaft gewählt. **Heinrich Frommknecht**, Vorstandsvorsitzender der Signal-Versicherungen, Dortmund, legte sein Amt wegen der kürzlich erfolgten Berufung zum Vorsitzenden des Verbandes der Privaten Krankenversicherung nieder.

Reiner Moser, Geschäftsführer der Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, wird zum 31. August aus dem Unternehmen ausscheiden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin: Nachl. d. Barbara Wabnitz geb. Schulze; **Bremerhaven:** Joh. Meyer GmbH & Co. KG; **Detmold:** Gerd Krüger Bauunternehmung GmbH; **Herborn:** City-Schuhmarkt KG; **Karlsruhe:** Alberto Christiano; **Kassel:** Brunsch-Wohnbau GmbH, Söhrewald; **Soest:** euro-dragee Tscheuschner GmbH, Warstein-Niederbergheim; **Wuppertal:** VB-Strumpfhandels GmbH, Velbert.

Anschlußkonkurs eröffnet: Bochum: 1) Klees & Co. 2) Gummi u. Kunststoffe Klees & Co.; **Karlsruhe:** Müller GmbH; **Tuttlingen:** Christian Binder GmbH.

Vergleich eröffnet: Remscheid: Ursula Klösgen, Inh. d. Fa. Theo Klösgen, Solingen.

Vergleich beantragt: Bocholt: Josef Hungerkamp; **Herford:** Carl Schierbaum, Kaufmann; **Winsen/Luhe:** Winsener Surfshop Ges. f. Surf- u. Sportswear mbH.

Kurssturz bei Degussa

Auch andere Aktien überwiegend nachgebend

DW. – Auch am Wochenbeginn blieb der Aktienhandel an den deutschen Börsen schleppend. Angesichts des befestigten Dollar, des stürzenden Goldpreises und in Furcht vor neuen Zinssteigerungen in den USA fühlen sich die Anleger verunsichert. Von den Kreditinstituten wird berichtet, daß zahlreiche Kaufaufträge wegen der vielen Fragezeichen storniert worden sind. Bei den Degussa-Aktien kam es zu einem Kurssturz, wegen der Schließung der Goldmine in der Südsee, an der die Degussa beteiligt ist.

Autoaktien leiden weiterhin unter den Streikfolgen und lagen teilweise bis zu acht DM schwächer. Wenn der Kurs von Conti-Gummi deutlich über den Dividendenabschlag von drei DM zurückgenommen worden ist, geht dies auf das Konto der Enttäuschung derer, die gehofft hatten eine Stimmrechtsbeschränkung der Aktionäre auf der Hauptversammlung verhindern zu können. Wach geblieben ist das Interesse für Kommunikationsaktien. So konnten sich PKI deutlich verbessern und SEL sofort einen Teil des Dividendenabschlages wieder aufholen.

Düsseldorf: Deutsche Texaco verminderten um 4 DM auf 225 DM und Dyckerhoff St. um 5 DM auf 315 DM. Edelstahl Witten gaben um 5 DM, Keramag um 3 DM und Scheidemandel um 5 DM nach. Bei den Versicherungen verminderten Aachen Münchner Bet. um 8 DM und Allianz Leben um 40 DM.

Frankfurt: Daimer fielen um 5 DM und Deutsche Bank um 4,30 DM zurück. Von anderen Kfz.- und Bankpapieren verloren Porsche 8 DM sowie Bay. Hypobank und BHF-Bank jeweils um 6 DM. Am Elektromarkt gaben Siemens um 3,90 DM nach, währen SEL mit plus 3,50 DM exakt ein Drittel der abgezogenen Bardividende aufholen konnten. Großchemiewerte schlossen bis 2,20 DM (Hoechst AG) schwächer.

Hamburg: Phoenix Gummi wurden um 2 DM auf 121 DM zurückgenommen, HEW schwächten sich um 3 DM auf 86 DM ab, während NWK-Vorzüge bei 165,50 DM knapp gehalten waren. Unverändert gingen Beiersdorf zu 337 DM und Bremer Vulkan zu 65 DM aus dem Markt. Markt und Kühlhallen konnten erst zu 312 DM untergebracht werden. Holsten Brauerei gaben um 2 DM auf 266 DM nach.

München: Augsburger Spinne erhöhten um 4 DM und Deckel AG um 1 DM. Dywidag stockten um 3 DM auf 178 DM auf. Gehe gaben um 2 DM auf 278 DM nach. Kolbermoor stockten um 10 DM auf 790 DM auf. Leonische Draht schwächten sich um 17 DM auf 305 DM ab. NAK Stoffe verbesserten sich um 1 DM.

Berlin: Herlitz St. schwächten sich um 9,50 DM und Herlitz Vz. um 7,50 DM ab. Schering büßten 4,50 DM und Berthold 2,50 DM ein. Berliner Kindl lagen um 1,50 DM, Bekula um 1,30 DM und Berliner Bank um 1,20 DM leichter.

Nachbörse: schwächer

WELT–Aktienindex: 141,4 (142,8)
WELT–Umsatzindex: 2158 (3130)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

	9. 7.	6. 7.		9. 7.	6. 7.
Colgate	24	23,625	Monsanto	45,375	45,125
Comm. Edison	23,375	23,375	National Gypsum	28,375	28,875
Comm. Satellite	25	23	Nat. Semiconductor	12	11,50
Continental Group	54,625	55	National Steel	25,75	26
Control Data	30,50	30,75	NCR	23,375	23
CPC Int.	37,125	37,125	Newmont	34	34
Curtiss Wright	35	35	PanAm World	4,50	4,75
Deere	26,375	26,25	Pfizer	32,875	32,875
Delta Airlines	29,625	30,125	Phibro	25,625	26,375
Digital Equipm.	82,675	81,875	Phillips Petroleum	36,50	36,875
Dow Chemical	28,25	27,625	Philip Morris	69,875	69,50
Du Pont	45,875	45,625	Pittston	10,875	11,50
Eastern Gas-Fuel	22	22,125	Polaroid	27,125	27,50
Eastman Kodak	70,75	69,625	Prime Computer	13,75	13,75
Exxon	41	40,75	Procter & Gamble	52,50	52,50
Fabergé	30	29,75	RCA	31	31,25
Firestone	16,875	17,125	Revlon	38,625	38,875
Fluor	17,50	17,125	Reynolds Ind	56,875	57
Ford	37,75	36,375	Rockwell Int.	28,875	28,50
Foster Wheeler	11,25	11,375	Porer Group	31,50	31
Fruehauf	31,25	31,50	Schlumberger	42,875	44,25
GAF Corp.	18,25	18,125	Sears, Roebuck	32	31,375
General Dynamics	53,625	52,375	Shell Oil	57,25	57,25

Toronto

	9. 7.	6. 7.
Abitibi Paper	26	26,25
Alcan Alu.	35,25	34,75
Bk. of Montreal	22,25	23
Bk. of Nova Scotia	10,875	10,75
Bell Cdn. Enterpr.	31,75	31,625
Bluesky Oil	4,55	4,60
Bow Valley Ind.	21,50	21,75
Brenda Mines	11	11,50
Brunswick M. & Sm.	15,625	15,75
Cdn. Imperial Bk.	23,625	23,625
Cdn. Pacific Ltd.	40,25	40,375
Cdn. Pacif. Enterpr	21,25	21,375
Cominco	13,125	13,375
Caseka Res.	5,40	5,40
Denison Mines	14	14,75
Dome Petroleum	2,61	2,70
Domtar	31,50	31,625
Falconbridge Ltd	57,375	57,75
Great Lakes Forest	86,50	87
Gulf Canada	15,375	16
Gullstream Res.	0,75	0,78

London

	9. 7.	6. 7.
All. Lyons	160	164
Anglo Am. Corp. $	14,87	15,62
Anglo Am. Gold $	92,75	96,75
Babcock Int.	134	138
Barclays Bank	462	467
Beecham	300	305
Bowater	249	252
B. A. T. Industries	230	231
Br. Leyland	59	57
British Petroleum	448	458
Burmah Oil	172	175
Cadbury Schweppes	122	123
Charter Cons.	198	200
Cons. Gold. Fields	472	492
Cons. Murchison	650	695
Courtaulds	118	120
De Beers $	6,00	6,30
Distillers	290	293
Driefontein $	29,50	30,25
Dunlop	41	47

Mailand

	9. 7.	6. 7.
Fiat	4025	4040
Fiat Vz.	3365	3380
Finsider A	35,75	35
Generali	33950	3420
Gruppo Lepetit	28900	28750
IFI Vz.	4370	4380
Italcementi	47450	47450
Italgas	975	980
Magneti Marelli	1220	1199
Mediobanca	59000	59000
Mondadori	2080	2010
Montedison	1141	1151
Olivetti Vz.	4175	4149
dgl. St.	5140	5110
Pirelli SpA	1675	1680
Rinascente	431	434
RAS	48900	49500
S. A. I.	12500	12690
SIP	1909	1918
Snia Viscosa	1565	1575
STET	2015	2015
Index	209,15	209,11

Wien

	9. 7.	6. 7.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	208	208
Gösser-Brauerei	–	335
Länderbank Vz.	204	205
Österr. Brau AG	305	305
Perlmooser	342	343
Reininghaus	385	400
Schwechater Br.	155	157
Semperit	95	–
Steyr-Daimler-P.	142	142
Universale Hoch Tief	–	–
Veitscher Magnesit	216	217
Index	53,83	–

Kopenhagen

	9. 7.	6. 7.
Den Danske Bank	227	226
Jyske Bank	464	464
Kopenh. Handelsbk.	251	230
Novo Industri	2280	2285
Privatbanken	209	207
Ostasiat. Komp.	190	188
Dan. Sukkerfabr.	660	650
For. Bryggerier St.	890	900
Kgl. Porc. Fabr.	375	360

Brüssel

	9. 7.	6. 7.
Arbed	1482	1530
Brux. Lambert	2230	2230
Cockerill Ougrée	234	239
Ebes	2445	2450
Gevaert	3115	3115
Kredietbank	–	6900
Petrofina	6620	6590
Soc. Gén. d. Belg.	1685	1710
Sofina	6030	6070
Solvay	3605	3650
UCB	4410	4400
Index	142,56	142,46

Singapur

	9. 7.	6. 7.
Cycle + Car.	3,24	3,24
Cold Storage	3,10	3,12
Dev. Bk. of Sing.	8,00	8,00
Fraser + Neave	5,20	5,25
Kl. Kepong	2,86	2,92
Mal. Banking	8,50	8,55
Nat. Iron	5,00	5,10
OCBC	9,35	9,70
Sime Darby	2,00	2,00
Singapur Land	–	3,72
Un. Overs. Bank	4,54	4,56

Sydney

	9. 7.	6. 7.
ACI	1,78	1,78
Ampol. Explor.	2,75	2,80
Westpacific Banking	3,56	3,59
Bridge Oil	2,20	2,25
Brok. Hill. Prop.	9,36	9,40
Coles	3,65	3,60
CRA	4,53	4,46
CSR (Thelss)	3,10	3,15
Metals Expl.	0,44	0,40
MIM-Holdings	2,45	2,48
Myer Emporium	1,70	1,68
North Broken Hill	2,05	2,14
Oakbridge	0,80	0,78
Peko Wallsend	4,02	4,35
Poseidon	3,18	3,30
Thomas Nat. Tr.	1,62	1,62
Waltons Bond	0,38	0,38
Western Mining	2,97	2,98
Woodside Petr.	1,12	1,14

Optionshandel

Frankfurt: 9. 7. 84: 418 Optionen = 21 650 (15 150) Aktien, davon 123 Verkaufsoptionen: = 6400 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-85/15,5, 10-90/11,9, 10-95/7,9, 10-100/4,5, 10-110/2,6, 1-95/12,2, BASF 10-160/6,9, 10-170/3,5, 1-160/9,4, 1-170/4,7, 4-180/4, Bayer 10-170/3,4, 10-180/1,9, 1-170/7,6, 1-190/4, Bekula 4-100/4, BMW 1-410/5,7, Commerzbank 10-160/3,9, Conti 10-120/5,4, 10-160/2, 1-120/12, 1-130/6, 4-140/6,5, Daimler 1-570/19,9, Deutsche Bank 10-360/4, 1-360/9,4, Dresdner Bank 10-150/9,4, 10-160/3,8, 1-170/3,5, GHH 1-150/5, Hoechst 10-170/2,9, 10-180/2, 1-180/4,2, Hoesch 10-100/7,7, 10-110/4,1, 1-110/7,9, 1-120/4, Klöckner 10-60/3,5, 1-60/6, 1-65/4,15, 1-70/2,5, 4-70/3,6, Lufthansa St. 10-150/3, Mannesmann 10-140/44, 1-150/5, Schering 10-350/5,5, Kali + Salz 4-230/7,4, Siemens 1-400/18, 1-410/7,5, Thyssen 10-80/3, 10-85/1,5, 1-85/4, 4-90/4,4, Veba 10-160/14,6, 10-170/3,8, 10-180/1,4, 1-170/7,6, 4-180/4,4, VEW 10-120/1,1, VW 10-190/7, 10-210/2, 1-200/7,6, 4-220/4,5, Alcan 1-80/6,9, Chrysler 1-75/5,7, Norsk Hydro 1-220/10, Philips 10-40/3, 1-45/2. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-90/1,8, 10-95/3,5, 1-90/3, BASF 1-150/3,5, 4-150/4,5, Bayer 1-160/4, Bay. Vereinsbank 4-310/11,6, Commerzbank 10-150/2,85, 1-150/4,85, Daimler 10-550/13,5, 1-550/18, Deutsche Bank 1-330/6,2, 1-438/19, GHH St. 10-140/6, GHH Vz. 10-130/3,5, Harpenr 10-290/6,5, 1-280/4, Hoechst 1-160/3,1, Hoesch 10-100/2, MAN 10-140/3,6, Mercedes 1-470/16,2, Mannesmann 10-140/4,5, Preussag 1-250/5, 1-260/6,6, Siemens 10-380/8, 1-370/6,5, 1-380/9,9, Thyssen 10-80/3, 1-80/4, Veba 4-170/6, VW 10-180/3, 4-170/5, Alcan 10-80/6,3, Chrysler 10-65/1,6, 10-70/4, 1-65/2,5, Litton 10-190/4,4 (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 9. 7.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11¾–12	5⅞–5⅝	4¼–4⅜
3 Monate	12⅛–12⅜	5¾–6	4⅝–4¾
6 Monate	12¾–13	6⅛–6⅜	4⅞–5
12 Monate	13½–13¾	6¾–7	4⅞–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 9. Juli folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1420,00	1767,00
10 US-Dollar (Indian)**)	1155,00	1407,05
5 US-Dollar (Liberty)	420,00	592,80
1 £ Sovereign alt	222,00	275,88
1 £ Sovereign Elizabeth II.	216,00	269,05
20 belgische Franken	171,00	222,30
10 Rubel Tscherwonez	233,00	292,88
2 südafrikanische Rand	217,00	269,04
Krüger Rand, neu	972,00	1147,88
Maple Leaf	973,00	1147,86
Platin Noble Man	965,00	1162,80
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	240,00	300,96
20 schweiz Franken „Vreneli"	175,00	223,44
20 franz. Franken „Napoléon"	175,00	223,44
100 österr. Kronen (Neuprägung)	898,00	1085,28
20 österr. Kronen (Neuprägung)	178,00	225,72
10 österr. Kronen (Neuprägung)	97,00	127,68
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	424,00	523,25
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	100,00	136,80

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

9. 7. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs. Ankfs.-Kurs⁴)	Frankfurt Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York³)	2,8405	2,8485	2,7991	2,79	2,88
London¹)	3,718	3,732	3,681	3,66	3,81
Dublin¹)	3,053	3,067	3,010	2,98	3,13
Montreal³)	2,1420	2,1500	2,1095	2,09	2,19
Amsterd.	88,540	88,760	88,545	87,75	89,75
Zürich	118,770	118,970	118,87	117,75	120,50
Brüssel	4,914	4,934	4,856	4,77	4,97
Paris	32,500	32,660	32,080	31,75	33,50
Kopenh.	27,275	27,395	26,99	26,25	28,00
Oslo	34,735	34,855	34,225	34,00	35,75
Stockh.**)	34,190	34,240	33,64	33,26	35,00
Mailand²) **)	1,625	1,635	1,591	1,59	1,69
Wien	14,232	14,272	14,21	14,15	14,37
Madrid**)	1,759	1,769	1,726	1,73	1,85
Lissabon**)	1,890	1,910	1,830	1,45	2,36
Tokio	1,1725	1,1755	–	1,13	1,19
Helsinki	47,170	47,370	46,085	46,25	48,25
Buen. Air.	–	–	–	–	0,50
Rio	–	–	–	0,08	0,30
Athen*) **)	2,5030	2,5370	–	2,10	3,00
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,3530	2,3720	–	2,32	2,44
Johannesbg.*)	1,8885	1,9075	–	1,70	1,85

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar.
⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert.
**) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Bei ruhigen Marktverhältnissen setzte sich am 9. 7. die stetige Befestigung des US-Dollars fort, ohne daß dafür neue Argumente zu erkennen waren. Nach 2,8360 wurde in der Spitze bis 2,8460 gehandelt. Die amtliche Notiz von 2,8445 wurde letztmals im Januar 1974 übertroffen. Notenbankinterventionen waren nicht zu erkennen, lediglich an der Börse glich die Bundesbank mit einem Betrag von 72,3 Mill. Dollar die vorhandene Nachfrage aus. Besonders stark unter der Dollar-Hausse litt das Englische Pfund mit einem Rückgang um 6,4 Promille auf 3,725. Die Wirkung der Zinserhöhung vom Ende der vergangenen Woche war somit nur kurzfristig. Die übrigen amtlich notierten Währungen verzeichneten mit Ausnahme des Canadischen Dollar keine besonderen Veränderungen. US-Dollar in: Frankfurt 2,8445; Amsterdam 3,2095; Brüssel 57,76; Paris 8,7300; Mailand 1745,00; Wien 19,9390; Zürich 2,3930; Ir. Pfund/DM 3,060; Pfund/Dollar 1,3095; Pfund/DM 3,725.

Ostmarkkurs am 9. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Befestigung der Pfund-Zinssätze als Reaktion auf die Erhöhung der Base-Rate am Freitag führte am 9. Juli zu einer deutlichen Erweiterung der Abschläge gegen D-Mark bzw. Schrumpfung der Aufschläge gegen US-Dollar per Termin.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,66/1,56	4,58/4,48	9,15/8,95
Pfund/Dollar	0,14/0,17	0,46/0,50	1,15/1,20
Pfund/DM	2,40/1,00	5,20/3,80	9,40/8,90
FF/DM	25/9	56/40	118/102

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 9. 7.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,8–5,9 Prozent; Dreimonatsgeld 6,05–6,15 Prozent.

Privatdiskontsätze am 9. 7.: 10 bis 29 Tage 4,05G–3,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05G–3,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 9. 7.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,50 (7,45) – 9,00 (7,68). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,21) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,62, 2 Jahre 6,90. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,40, Rendite 7,90.

Durchstarten!

Alle Maschinen laufen wieder.
Auf vollen Touren.
Jetzt ist es Zeit, Verlorenes aufzuholen.
Verluste auszugleichen.

„Durchstarten!" heißt das Gebot der Stunde: werben mit voller Kraft. Die Kaufkraft von 12 Millionen Lesern nutzen: Umsatz machen!

Durchstarten!
Deutschlands größter und blitzschnell einsetzbarer Werbeträger ist wieder in vollem Umfang da: 6 Tage in der Woche. Überall.



Renten wieder leichter

Die Unsicherheiten in der Zinsentwicklung in den USA, haben in Verbindung mit dem festen Dollar den Anlageattentismus am deutschen Rentenmarkt noch verstärkt. Öffentliche Anleihen bröckelten leicht ab, die letzte 8¼-prozentige Bundesanleihe wurde aber dennoch zu ihren Emissionskurs von 100,25 Prozent in den amtlichen Handel eingeführt. Am Pfandbriefmarkt war die Tendenz überwiegend nachgeben, bei den DM-Auslandsanleihen herrschte weitgehende Geschäftsstille, hier wartet man auf den neuen Emissionskalender.

	9. 7.	6. 7.
M 5½ Bayer. Hzba Pf 14	92,5bG	92,5bG
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6¾ dgl. Pf. 2	95,5bG	95,5bG
7 dgl. Pf 3	95,25G	95,25G
7 dgl. Pf 27	–	–
6½ dgl. KS 14	97,25G	97,25G
7½ dgl. KS 27	88,25bG	88,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	74G	74G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	80,75G	80,75G
6 dgl. KS 1	99,35G	99,35G

	9. 7	6. 7.
H 5 Hbg Lbk. Pf 2	117G	117G
8 dgl. 14	90,5	90,5G
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	94,65G	94,65G
8 dgl. Pf 73	100,7G	100,7G
4 dgl. KO 5	102G	102G
H 6 Hyp.f.Hbg Pf 96	81,75	82G
6½ dgl. Pf 80	90,5	90,5G
8 dgl. Pf. 248	100,3G	100,3G
9 dgl. KO 125	–	–

	9. 7.	6. 7
M 5 Vertbank Nbg Pf 55	117G	117G
6 dgl. Pf 95	78G	78G
7 dgl. Pf 100	99,95G	99,95G
O 8 WestLB Pf 350	100,75G	100,9G
5¾ dgl. Pf 403	97,55G	97,85G
9¼ dgl. Pf 1007	105,65G	105,25G
8 dgl. Pf 1015	99,05G	99,05G
7 dgl. KO 556	99,9G	100G
6¾ dgl. KS 420	96,2G	98,3G
9¼ dgl. KO 1301	104,5G	104,3G
8½ dgl. KS 1276	101,1G	101,25G
8 dgl. IS 1512	100,35G	100,35G

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	9. 7.	6. 7.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82,5	82,5G
6½ dgl. Pf 5	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 2	100,25	100,25
F 7½ Baleta Pf 104	100,45G	100,45G
9 dgl. Pf 106	103,05G	103,05G
10 dgl. Pf 108	107,55G	107,55G
7 dgl. KS 132	95,7G	95,7G
8 dgl. KS 155	99,4G	99,4G
9 dgl. KS 169	102,15G	102,15G

Bundesbahn

		9. 7.	6. 7.
F 8 Bdbahn 72	9/84	100,2G	100,25
8¼ dgl. 76	9/84	100,25	100,3G
6 dgl. 78 III	11/84	100	100

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Fester schlossen zum Wochenbeginn die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Knapp behauptet ging Kupfer aus dem Markt. Lediglich der Kassa-Monat notierte unverändert. Schwächer, mit Ausnahme des verfügbaren Monats, der sich unverändert zeigte, schloß Kaffee. Durchweg etwas schwächer wurde Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	9. 7.	6. 7.
Juli	347,00	344,50
Sept.	353,25	350,75
Dez.	367,00	364,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif	9. 7.	6. 7.
St. Lawrence 1 CW	242,80	240,50
Amber Durum	241,50	241,55

Mais Chicago (c/bush)	9. 7.	6. 7.
Juli	348,25	342,50
Sept.	318,25	313,25
Dez.	300,75	295,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	9. 7.	6. 7.
Juli	125,00	122,00
Okt.	122,40	118,30
Dez.	123,80	119,60

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	9. 7.	6. 7.
Terminkontr. Juli	149,50	149,50
Sept.	142,50	143,80
Dez.	140,10	141,35

Kakao New York ($/t)	9. 7.	6. 7.
Terminkontr. Juli	2135	[illegible]
Sept.	2178	[illegible]
Dez.	2136	[illegible]
Umsatz	2857	[illegible]

Zucker New York (c/lb)	9. 7.	6. 7.
Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,89	[illegible]
Okt.	5,08	[illegible]
Jan.	5,50	[illegible]
März	6,44	[illegible]

Kakao London (£/t)	9. 7.	6. 7.
Terminkontrakt Juli	1768–1770	1782–1794
Sept.	1747–1748	1765
Dez.	1701–1702	1713–1715
Umsatz	3576	1888

Zucker London ($/t), Nr. 6	9. 7.	6. 7.
Aug.	131,20–131,40	131,20
Okt.	137,80–138,00	137,00–137,20
Dez.	145,20–146,00	144,00–144,80
Umsatz	2831	2897

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	9. 7.	6. 7.
schw. Sarawak spez.	360,00	360,00
weißer Sarawak	620,00	620,00
weißer Muntok	627,50	627,50

Öle, Fette, Tierprodukte

Talg New York (c/lb)	9. 7.	6. 7.
top white	22,25	22,25
fancy	22,00	22,00
bleichfähig	20,25	20,25
yellow max. 10% fr. F.	17,75	17,75

Schweine Chicago (c/lb)	9. 7.	6. 7.
Juli	55,50	55,05
Aug.	54,65	54,75
Okt.	51,70	51,65

Schweinebäuche Chicago (c/lb)	9. 7.	6. 7.
Juli	60,25	61,85
Aug.	58,00	60,10
Febr.	70,10	71,00

Leinöl Rotterdam ($/t)	9. 7.	6. 7.
jegl. Herk. ex Tank	515,00	537,50
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	575,00	625,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	224,50	225,50
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	–	1300,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	258,00	257,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Internationale Edelmetalle

Messingnotierungen

Londoner Metallbörse

NACHRICHTEN

Absage von Rummenigge

München (sid) – Michael Rummenigge, Fußball-Profi vom FC Bayern München, erteilte Trainer Erich Ribbeck eine Absage für das olympische Turnier in Los Angeles. Rummenigge sollte für den verletzten Peter Reichert (Stuttgart) nachnominiert werden. Rummenigge: „Ich fahre auf keinen Fall. Mein Klub und die Bundesliga sind mir wichtiger."

Wasserball: UdSSR siegte

Dordrecht (dpa) – Die deutsche Wasserball-Nationalmannschaft belegte beim Sieben-Länder-Turnier in Dordrecht (Niederlande) mit 8:4 Punkten hinter der UdSSR (12:0) den zweiten Platz. Sein letztes Spiel entschied das deutsche Team gegen die Niederlande mit 6:5 für sich.

Langer abgeschlagen

Stockholm (sid) – Golfprofi Ian Woosnam (Wales) wurde in Stockholm mit 280 Schlägen Sieger der Internationalen Meisterschaften von Skandinavien. Bernhard Langer aus Anhausen landete mit 292 Schlägen abgeschlagen im Mittelfeld.

Rowdy ins Gefängnis

Brüssel (dpa) – Zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung verurteilte ein Gericht in Brüssel einen englischen Fußball-Fan. Ihm wurde vorgeworfen, beim UEFA-Pokal-Endspiel Anderlecht gegen Tottenham am 8. Mai an der Zerstörung eines Cafés beteiligt gewesen zu sein.

Coughlan nicht zu Olympia

Dublin (dpa) – Der irische Leichtathlet Eammon Coughlan wird nicht an den Olympischen Spielen in Los Angeles teilnehmen. Der Weltmeister über 5000 Meter gab seinen Verzicht nach den irischen Meisterschaften in Dublin bekannt, wo er das Rennen auf seiner Spezialstrecke nach der Hälfte der Distanz abbrechen mußte. Coughlan leidet seit Wochen unter einem Ermüdungsbruch im rechten Fuß.

Weltmeister Ilg gab auf

Waiblingen (sid) – Patriz Ilg, Weltmeister über 3000 Meter Hindernis, gab bei einem für ihn veranstalteten 1500-Meter-Lauf in Waiblingen bereits nach 800 Metern entkräftet auf. Der Lauf war für den Fürther, der lange an einer Viruserkrankung gelitten hatte, als Olympia-Test gedacht.

ZAHLEN

TENNIS

Internationale Meisterschaften von England in Wimbledon, Mixed, Finale: Turnbull/Lloyd (Australien/England) – Jordan/Denton (USA) 6:3, 6:3.

MOTORSPORT

Formel 1, 9. WM-Lauf in Dallas, 67 Runden (264,82 Kilometer): 1. Rosberg (Finnland) Williams-Honda 2:01:22,617 Std. (Durchschnittsgeschwindigkeit: 129,199 km/Std.), 2. Arnoux (Frankreich) Ferrari 2:01:45,081, 3. de Angelis (Italien) Lotus-Renault 2 Runden zurück, 4. Laffite (Frankreich) Williams-Honda 2, 5. Ghinzani (Italien) Osella-Hart 3, 6. Mansell (Großbritannien) Lotus-Renault 4, 7. Fabi (Italien) Brabham-BMW 4, 8. Winkelhock (Deutschland) ATS-BMW 4 (von 25 Startern kamen nur acht ins Ziel). – Gesamtstand nach 9 von 16 Läufen: 1. Prost (Frankreich) McLaren-Porsche 34,5 Punkte, 2. Lauda (Österreich) McLaren-Porsche 24, 3. de Angelis 23,5, 4. Arnoux 22,5, 5. Rosberg 20, 6. Piquet (Brasilien) Brabham-BMW 18, 7. Warwick (Großbritannien) Renault 13, 8. Alboreto (Italien) Ferrari 9, 9. Brundle (Großbritannien) Tyrell-Ford 8, 10. Tambay (Frankreich) Renault 7, 11. Bellof (Deutschland) Tyrell-Ford 5.

FUSSBALL

Freundschaftsspiel: Verberger Kikkers – Bayer Uerdingen 0:19.

RADSPORT

71. Tour de France, 10. Etappe von Bordeaux nach Pau (198 km): 1. Vanderaerden (Belgien) 4:51:02 Std. (minus 30 Sek. Gutschrift), 2. Dierickx (Belgien) gleiche Zeit (minus 20 Sek.), 3. Kelly (Irland) 4:53:33 (minus 10 Sek.), ... 72. Dietzen (Deutschland) 4:53:33. – Gesamtwertung: 1. Barteau (Frankreich) 44:28:47 Std., 2. Le Guilloux (Frankreich) 3:07 Min. zurück, 3. Ferreira (Portugal) 9:57, 4. Fignon (Frankreich) 12:30, 5. Anderson (Australien) 13:28, 6. Hinault (Frankreich) 13:43, ... 52. Dietzen 19:22.

LEICHTATHLETIK

Internationales Sportfest in Luxemburg. Männer: 400 m: Schmid (Deutschland) 45,36 Sek. (DLV-Jahresbestzeit). 800 m: 1. Robinson (USA) 1:44,87 Min., ... 4. Ferner (Deutschland) 1:45,63. 4 x 100 m: 1. Frankreich 39,50 Sek., ... 3. TSV Bayer Leverkusen 39,97, 4. TV Wattenscheid 40,10. Hochsprung: 1. Jacoby (USA) 2,28 m, 2. Tränhardt 2,28, 3. Schneider 2,25, ... 6. Mögenburg (alle Deutschland) 2,15. – Frauen: 400 m: *Kratochvilova (CSSR) 49,25 Sek.,* ... 4. Steger (Deutschland) 53,56. 100 m Hürden: 1. Denk (Deutschland) 13,39 Sek.

MOTORSPORT / Formel-1-Chaos in Dallas

Weicher Asphalt, nur acht im Ziel

sid/dpa, Dallas

Der neunte Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft wurde in Dallas zum großen Chaos. Bis 30 Minuten vor dem Start mußte die neue Asphalt-Piste an mehreren Stellen mit Beton ausgebessert werden. Die obligatorischen Aufwärmrunden am Vormittag wurden gestrichen, und lange Zeit drohte in der texanischen Großstadt die Absage des Rennens.

So war es fast ein Wunder, als das Rennen mit zehn Minuten Verspätung doch gestartet werden konnte. Allerdings hatte die amerikanische Fernsehgesellschaft CBS nachgeholfen. Für den Fall, daß das Rennen nicht pünktlich beginnen würde, hatte CBS mit der Absage der Übertragung gedroht. Dann hätten die Veranstalter kein Geld bekommen und sogar eine Konventionalstrafe an CBS entrichten müssen.

Bei Temperaturen, die in den Cockpits der Rennwagen über 70 Grad kletterten, feierte schließlich der frühere Weltmeister Keke Rosberg auf Williams-Honda vor 80 000 Zuschauern seinen ersten Saisonsieg. Der Finne gab allerdings nach dem Rennen zu: „Ich habe nur gewonnen, weil die Strecke so schlecht war." Mit deutlichem Rückstand belegte der Franzose René Arnoux (Ferrari) Platz zwei vor dem Italiener Elio de Angelis (Lotus-Renault).

De Angelis festigte mit diesem Ergebnis auch seinen dritten Platz (23,5 Punkte) in der Gesamtwertung. Obwohl der Franzose Alain Prost auf McLaren-Porsche in der 56. Runde mit technischem Defekt ausrollte, bleibt er mit 34,5 Punkten an der Spitze. Zweiter ist weiterhin sein österreichischer Teamgefährte Niki Lauda (24), der ebenfalls ausfiel.

Schuld an dem heillosen Durcheinander hatte nicht nur die seit Tagen *herrschende tropische Hitze, sondern* auch die Organisatoren. Obwohl der Belag auf dem 3,89 Kilometer langen Stadtkurs durch die hohen Temperaturen schon stark in Mitleidenschaft gezogen worden war, fanden in den vergangenen Tagen noch ununterbrochen Trainingsläufe und Rennen von Oldtimern, Wagen der CanAm-Serie und anderen Fahrzeugen auf der Strecke statt.

Der wellige Asphalt brach an sechs Stellen auf, und trotz vorsichtiger Fahrweise wurde der Kurs immer untauglicher für ein Formel-1-Rennen. Doch erst in der Nacht vor dem WM-Lauf wurden die defekten Stellen mit einem schnelltrocknenden Beton ausgebessert. Dabei hatten die Veranstalter auch noch Pech. Ein Eimer des Spezialbetons enthielt schlechtes Material, *das nicht trocknen wollte.* So mußten drei Stellen am Renntag erneut repariert werden. „Wir konnten das alles nicht vorausahnen", rechtfertigte George Couzens als Sprecher der Rennleitung die chaotischen Zustände.

Die einzige Konsequenz: Schon vor dem Start wurde das auf 79 Runden angesetzte Rennen auf 67 Runden verkürzt. Unmittelbar nach dem Start, den die Ferrari-Piloten Arnoux und Alboreto wegen der schlechten Strecke von der Boxenstraße aus unternahmen, *raste* der Franzose Hesnault *mit seinem Ligier in eine der* Begrenzungsmauern. Den Gießener Stefan Bellof ereilte in der achten Runde das gleiche Schicksal. Der Mann aus dem Team von Tyrell-Ford schob die Schuld für seinen Ausfall der schlechten Strecke zu: „Obwohl ich langsam in eine Linkskurve fuhr, rutschte mein Wagen auf den Zementstreifen, und dann brach mir beim Aufprall auf die Mauer ein Rad ab."

Manfred Winkelhock aus Waiblingen spielte in dem Rennen keine Rolle. Der zweite Deutsche im Feld der 25 Fahrer wurde mehrfach überrundet und kam mit seinem ATS-BMW als Achter und Letzter ins Ziel. Alle anderen Fahrer waren bereits vorher ausgeschieden.

Nach dem Debüt in Dallas gab es harte Kritik an der Wahl dieser Rennstrecke. Stefan Bellof sagte: „So macht es keinen Spaß, Rennen zu *fahren.*" *Der englische Chef der* Formel-1-Konstrukteure Bernie Ecclestone verteidigte die Austragung auf dem holprigen und engen Stadtkurs: „Wir müssen unseren Rennsport an die Zuschauer heranbringen und nicht umgekehrt". Anders als in Europa, wo die Formel 1 als Königsdisziplin des Motorsports unumstritten ist, muß sie in Übersee hart um ihren Anteil am großen Werbe- und Fernsehkuchen kämpfen.

„Spiel gegen Martina? Peinlicher Vorschlag"

CLAUS GEISSMAR, **London**

Als Hitzkopf war John McEnroe bislang verschrien, nie war er aber *zahmer* und *umgänglicher* als jetzt beim Wimbledon-Turnier in London. Ganz bestimmt hat es auch daran gelegen, daß die Familie McEnroe einen Trauerfall zu beklagen hat. Denn zwei Tage vor dem Wimbledon-Turnier ist der Großvater von John McEnroe verstorben, der Vater seiner Mutter. Das war auch der Grund dafür, warum die Eltern des Wimbledon-Siegers diesmal nicht lange in London waren.

Während des gesamten Turniers hat John McEnroe nicht darüber gesprochen, wie sehr ihn der Tod seines



Der Tennis-König in Siegerpose: John McEnroe. FOTO: AP

Opas, den er sehr gerne mochte, mitgenommen hat. Auf der letzten Pressekonferenz nach dem Finalsieg über seinen Landsmann Jimmy Connors (6:1, 6:1, 6:2) hat der Amerikaner dieses Thema auch nicht angeschnitten. Erst auf dem Abschlußball um Mitternacht sprach sein Bruder Patrick darüber mit Journalisten. John McEnroe: „Ich habe diesen Wimbledon-Sieg meiner Mutter gewidmet, die sehr unter dem Tod ihres Vaters gelitten hat."

Die britischen Zeitungen, mit denen der Wimbledon-Sieger im Streit gelegen hat, haben inzwischen auch eine Kehrtwendung gemacht. Sie lobten John McEnroe nach dem Finalsieg überschwenglich. So schrieb der „Daily Mirror": „Er benahm sich wie ein perfekter Gentleman. Seine *Beherrschung* war *in der 39-Grad-Hitze* ebenso kühl wie sein Tennis." Der „Daily Express" meinte: „John McEnroe hat sich selbst als größter Wimbledon-Champion gekrönt. Aller Augen ruhten auf dem 25 Jahre alten Tenniskönig aus New York, als er Jimmy Connors in 80 Minuten kaltblütig ermordete." Die WELT sprach in London mit dem Wimbledon-Sieger.

WELT: John McEnroe, war das Finale gegen Jimmy Connors das beste Spiel Ihres Lebens?

McEnroe: Ja, ich habe noch niemals besser gespielt.

WELT: Hatte Connors einen schlechten Tag erwischt?

McEnroe: Nein, ich war einfach besser. Ich habe *ihn mit meinem* Aufschlag überwältigt. Im Fernsehen kann man das nicht so genau erkennen. Da sieht jeder Aufschlag gleich aus. Ich habe aber jedem Aufschlag einen anderen Winkel gegeben. Manchmal habe ich ihn regelrecht in seinen Körper reingedreht.

WELT: Waren die Schiedsrichter in diesem Jahr besser oder fairer?

McEnroe: *Die könnten noch besser* werden.

WELT: Kann John McEnroe auch noch besser spielen?

McEnroe: Das ist das Schöne am Sport. Man kann es immer noch besser machen. In 20 Jahren wird es einen Spieler geben, der noch viel besser spielt als ich.

WELT: War es zu heiß auf dem Centre Court in *Wimbledon?*

McEnroe: Nein. Bei den US-Open in New York ist es manchmal heißer.

WELT: Viele Leute haben ein Spiel John McEnroe gegen Martina Navratilova vorgeschlagen. Wie würde das ausgehen?

McEnroe: Was für ein peinlicher Vorschlag. Sie reicht nicht einmal annähernd an die Weltklasse im Herrentennis heran. Es gibt außer mir noch ein Dutzend anderer Spieler, gegen die sie nicht einmal ein Spiel machen würde. Wer so etwas vorschlägt, versteht nichts vom Tennis.

WELT: Wie oft wollen Sie noch Wimbledon gewinnen?

McEnroe: Ich bin sicher, daß ich noch vier- oder fünfmal die Chance haben werde, im Endspiel zu stehen.

VOLLEYBALL / USC Gießen vor dem Ende

Team löst sich auf, Spieler sind zu satt

KLAUS BLUME, **Bonn**

Auflösungs-Erscheinungen beim dreimaligen deutschen Volleyballmeister und Pokalsieger USC Gießen. Weil bereits sieben Spieler das Handtuch geworfen haben, hängt nun alles von der Entscheidung des besten deutschen Volleyballspielers, Burkhard Sude, ab. Vereinsvorsitzender Volker Paulus (37), ein früherer Nationalspieler, zur WELT: „Wenn Burkhard Sude nicht bleibt, dann können wir den Laden dichtmachen. Ich bin nicht bereit, für zweitklassige Spieler 800 bis 1000 Mark im Monat zu zahlen, nur um irgend etwas künstlich aufrechtzuerhalten. Dann ziehen wir die Konsequenz und betreiben nur noch Breitensport."

Zur Situation: Der Unabhängige Sportclub (USC) Gießen, 1974 gegründet, unterhält mit rund 200 Mitgliedern nur eine einzige Abteilung: Volleyball. Finanzielle Unterstützung dafür gibt es von einem Gießener Hoch- und Tiefbauunternehmen. Doch gezahlt wird, laut Paulus, „nur beim Erfolg, nur beim Sieg". Die Gießener haben oft gesiegt – in den letzten drei Jahren wurden sie jedesmal deutscher Meister und diesmal zusätzlich auch Pokalsieger. Doch knapp vier Wochen nach dem Cup-Gewinn geht (fast) nichts mehr. Der USC Gießen, seit Jahren ein Eckpfeiler des deutschen Volleyball-Sports, bricht in sich zusammen .

Der frühere Nationalspieler Frank Winkler ging als erster deutscher Volleyballspieler ins Ausland. Er schloß sich dem belgischen Klub Ibis Kortrijk an, für angeblich 1800 Mark Monatssalär zuzüglich Prämien. Karl Müller, ein 31jähriger Lehrer, beendete seine Laufbahn. Christoph Naumann, zuletzt Spielertrainer, wurde in der Saison 1983 noch zu zehn Spielen aus *Mailand eingeflogen,* wo er als Ingenieur beruflich tätig war. Heute sind ihm die 40 Minuten Wegzeit von Bad Soden im Taunus nach Gießen zum Training zuviel. Aber auch Spieler, die in Gießen leben, haben Paulus einen Korb gegeben: Bernd Allzeit, Ralf Weber, Gerd Manthey, Frank Mohr. Paulus: „Die haben eben alle keine Lust mehr, fünf- oder sechsmal in der Woche zu trainieren."

Mithin bleiben den Gießenern noch drei Spieler: Peter Hassenpflug, Hubert Platt und der aus Paderborn gekommene Guido Giacomelli. Weil eine Volleyball-Mannschaft aber aus sechs Spielern zu bestehen hat, ist das zu wenig. Und Burkhard Sude, den 152maligen Nationalspieler, den ständigen „Volleyballer des Jahres", haben die Gießener eigentlich schon abgeschrieben.

Denn Sude, der seine Examen in Russisch und Sport bereits glänzend bestanden hat, studiert nun Zahnmedizin – in Antwerpen, in Belgien, weil er wegen des Numerus clausus hierzulande keinen Studienplatz bekommen hat. Sude trainiert beim belgischen Klub VC Herentals, reiste aber jedes Wochenende von Belgien nach Deutschland, um für den USC Gießen seine Bundesliga-Spiele zu absolvieren. Doch das ist Sude zuviel geworden. Entweder gibt es einen Studienplatz in Deutschland für ihn oder keine Spiele mehr in der Bundesliga.

Heute abend will Paulus mit Sude in Gießen die entsprechenden Gespräche führen. *Doch er sagt:* „Wenn Sude in Gießen einen Studienplatz erhält, setzen wir damit die Brandfackel auf das Dach der Universität. Dann kommen alle die aus ihren Startlöchern, die ein besseres Zeugnis als Sude haben, aber nicht so bekannt sind und ebenfalls wie er auf einen Studienplatz warten." Man habe deshalb schon alle Hebel in Bewegung gesetzt, von Sportbund-Präsident Willi Weyer bis hin zu Bundeskanzler Helmut Kohl – doch vergebens.

Damit dürfte das Schicksal des renommierten USC Gießen beschlossene Sache sein, der Weg ist vorgezeichnet: Vom ehedem hochgelobten Spitzenklub in Sachen Volleyball zum Provinzverein für Breitensport. Die Abmeldung des dreimaligen deutschen Meisters aus der Bundesliga steht bevor. Paulus sagt über seine Spieler, die gegangen sind: „Die sind durch den Erfolg zu satt geworden. Die wollen lieber für dasselbe Salär in zweit- oder drittklassigen Mannschaften spielen, da brauchen sie sich nicht *mehr so zu schinden. Zweimal* Training in der Woche statt sechsmal – das ist doch etwas."

GALOPP

Lurabo war nie schneller

K. GÖNTZSCHE, **Gelsenkirchen**

Vor einer Woche stellte der Trabrennverein Gelsenkirchen der Presse das größte Rennen seines Jahresprogrammes vor. Vorstandsmitglied Dr. Josef Rech begrüßte die Journalisten, aber den Namen des Stars des Rennens kannte er damals nicht, den Franzosen Lurabo.

Am Sonntag hat Lurabo mit Michel Marcel Gougeon im Sulky das Elite-Rennen (150 000 DM, 70 000 DM dem Sieger, 2 500 Meter, Autostart) gewonnen. Mit einer halben Länge Vorsprung vor Vorjahressieger Lutin d'Isigny und dem Schweden Pay Me Quick. Die beiden Erstplazierten trabten eine Durchschnittszeit von 1:14,8 Minuten. Diese Zeit ist auf der Steherdistanz in der Welt unerreicht. Bei seinem Sieg im Prix d'Amerique am 29. Januar 1984 auf dem schweren Kurs von Paris–Vincennes erreichte Lurabo über 2 600 Meter eine Zeit von 1:17,0 Minuten. Jean-Paul Andre, der Fahrer des zweitplazierten Lutin d'Isigny: „Unter normalen Umständen ist derzeit kein Traber der Welt in der Lage, Lurabo zu schlagen."

Hinter dem Erfolg des Ausnahmepferdes steht eine ungewöhnliche Persönlichkeit: Trainer Jean-Lou Peupion. In Dourdhal bei Saint-Avold an der Mosel geboren, war er Pfleger der Stute Une de Mai. Sie gewann alles, nur nie den Prix d'Amerique. Erst am 1. Juli 1980 hat er sich als Trainer selbständig gemacht, die Fahrten hinter Lurabo aber überläßt er „Minou" Gougeon. Peupion nach dem Erfolg im Elite-Rennen: „Von zwei Ausnahmen abgesehen, Lutin d'Isigny und Mon Tourbillon, könnte Lurabo wohl jedem Pferd momentan 25 Meter Vorsprung geben. Er würde sie noch schlagen." 1 869 515 DM hat der siebenjährige Hengst jetzt gewonnen.

FUSSBALL

Was wird aus Ribbeck?

sid, **Düsseldorf**

Freitag, der 13., soll endlich die Entscheidung bringen, wer in Zukunft die Geschicke der deutschen Fußball-Nationalmannschaft in die Hand nehmen wird. Im Anschluß an eine turnusmäßige Vorstandssitzung *in Frankfurt will der Deutsche* Fußball-Bund (DFB) bekannt geben, was nach vielen halbamtlichen Mitteilungen des DFB und persönlichen Erklärungen der Betroffenen ein offenes Geheimnis ist: Franz Beckenbauer wird Teamchef und Horst Köppel sein Assistent. „Es wird auch langsam Zeit, daß es offiziell bekannt gegeben wird", erklärte Franz Beckenbauer. Auch das neue Tätigkeitsfeld des zurückgetretenen Jupp Derwall soll dann genauer umrissen werden.

Doch so logisch die personelle Lösung der Derwall-Nachfolge nach den letzten Wochen erscheint, so unübersehbare Spuren hat sie hinterlassen. Denn in seiner Rolle als Krisenmanager war DFB-Präsident Hermann Neuberger keineswegs der souveräne Mann mit Übersicht und Weitblick, wie ihn besonders der internationale Fußball schätzen gelernt hat. Noch am letzten Wochenende hatte er für Verwirrung gesorgt, als er dem bisher übergangenen Erich Ribbeck plötzlich anbot, mit Beckenbauer ein Gespann zu bilden. Ribbeck sagte zu, obwohl er sich als Mann mit Lizenz *und zehnjähriger Bundesliga-Erfahrung* eigentlich nicht Beckenbauer unterordnen wollte. Nachdem Beckenbauer diesen Vorschlag aber abgelehnt hatte, verzichtete Ribbeck auf die Mitarbeit.

Der Trainer der Olympia-Auswahl will erst nach den Spielen in Los Angeles über seine weitere Zukunft entscheiden. Seinen Abschied vom DFB hält er ebenso für möglich wie die Vertragstreue bis 1988.

STAND ● PUNKT / *Herwehs Aufholjagd*

Sein Münchner Kontrahent Martin Wimmer hat über ihn gesagt: „Manfred Herweh hat einen bisher wenig zuverlässigen Motor zum Laufen gebracht. Dafür brauchen große Unternehmen ein ganzes Heer von Ingenieuren." Yamaha-Star Wimmer muß es wissen: Er sieht in dieser Weltmeisterschafts-Saison fast nur noch die Auspuffrohre des Privat-Fahrers Manfred Herweh.

Der gelernte Fernmelde-Elektroniker verblüfft damit die gesamte Zweirad-Branche, denn mittlerweile gehört das Aggregat aus der Serie eines österreichischen Schneemobil-Herstellers zum Schnellsten, was es in der Motorrad-WM bis 250 ccm gibt.

Am Sonntag gewann Manfred Herweh in Spa den Großen Preis von Belgien. Herweh schickt sich damit an, Weltmeister zu werden. *Zwölf Punkte trennen ihn von dem* führenden Franzosen Christian Sarron. Die Aufholjagd hat längst begonnen. Im vorigen Jahr stürzte er beim Training zum Großen Preis von England in Silverstone und mußte die Saison wochenlang unterbrechen. Die Pisten, die jetzt zu befahren sind, kennt Herweh kaum oder noch gar nicht.

Das wird freilich ein Handicap sein. Vor allem, wenn einem ein Gegner wie der viermalige Weltmeister Anton Mang im Nacken sitzt. *Ein Mann, über den Herweh sagt:* „Er weiß so gut wie alles über den Motorradsport." Eines Tages wird man das auch über Manfred Herweh sagen.

DW.

Mord zu zweit: Das Autorenteam Boileau/Narcejac

Der schweigende Voyeur

Boileau-Narcejac: Dieser Doppelname steht seit 35 Jahren auf Frankreichs beliebtesten Krimis. Pierre Boileau, 78, und Thomas Narcejac, 76, Spezialisten für prickelnde Spannung, gehören zu jenen Paaren, die Zeit und Geschichte nicht auseinanderbringen konnten. Mit mehr als 40 Kriminalromanen hat das Tandem Boileau-Narcejac seine Leserschaft bisher vor neue Rätsel gestellt und immer wieder an der Nase herumgeführt. Die meisten der Krimis wurden von so bekannten Regisseuren wie Henri-George Clouzot, Alfred Hitchcock oder David Easy verfilmt. Easy bannte schon vor Jahren die heute im ZDF gezeigte TV-Version des Romans „Gesichter des Schattens" auf die Leinwand.

Dabei fehlt es in dem Rezept der beiden „Cousins" des großen Georges Simenon an den üblichen Ingredienzien. In ihren Romanen fließt wenig Blut. Ihre Helden vergeuden wenig Worte. Boileau und Narcejac brauchen für eine spannungsreiche Handlung keine Räuber und Gendarmen, keine Mörder und Richter. Ein Opfer genügt ihnen. Das ist meist ein schweigender immobiler Voyeur: der Leser oder Zuschauer, der vor Spannung fast umkommt.

Die Saga des Autorenteams begann im Jahre 1948. Der kleine kahlköpfige Pierre Boileau konnte bereits auf einige erfolgreiche Krimis und einen Autorenpreis zurückblicken. In jenem Jahr saß er in einer Jury, die Thomas Narcejac alias Pierre Ayraud, Philosophie-Professor in Nantes, mit einem Preis für Abenteuer-Romane auszeichnete. Der Lehrer hatte aus Langeweile einige plagiatartige Nachahmungen von Romanen seiner Lieblingsautoren Simenon, Agatha Christie und Conan Doyle gechrieben und diese unter dem Pseudonym Thomas

Gesichter des Schattens – ZDF, 19.30 Uhr

Narcejac veröffentlicht. Dann entstand sein Essay über die „Ästhetik des Kriminalromans". Dieses Werk begeisterte Boileau, und aus einem Gespräch darüber entwickelte sich eine tiefe Freundschaft und ihre Zusammenarbeit.

Ein Meisterstreich gelang den beiden Schriftstellern bereits mit ihrem ersten gemeinsamen Werk „Celle qui n'était plus". Clouzot und Hitchcock rissen sich um die Filmrechte. Der Franzose ging in dem Kampf als Sieger hervor. Er verfilmte den Roman unter dem Titel „Die Teuflischen". Das Autoren-Duo wurde auf einen Schlag berühmt. Hitchcock erhielt seine Chance einige Jahre später, als Boileau-Narcejac dem amerikanischen Meisterregisseur ihren neuen Roman „D'entre les Morts" zuspielten. Unter dem Titel „Vertigo – aus dem Reich der Toten" wurde daraus einer der besten Hitchcock-Klassiker, der derzeit wieder in den Kinos läuft.



Blut fließt bei ihnen nur selten: Die Kriminalschriftsteller Pierre Boileau (l.) und Thomas Narcejac FOTO: GAMMA/STUDIO X

Pierre Boileau, einst kaufmännischer Angestellter, ist der Konstrukteur der Handlung, er hat die Ideen, schmiedet die Ränke, erfindet die Personen und gibt Dialog-Anweisungen. Narcejac fällt wie einem Regisseur das Ausschmücken und Schreiben der Geschichte zu. „Wir diskutieren manchmal stundenlang am Telefon. Jeder beharrt auf seiner fixen Idee und hält daran fest wie ein Hund an seinem Knochen. Wenn wir uns nicht einigen können, verwerfen wir die ganze Geschichte. Wenn es klappt, beglückwünschen wir uns gegenseitig zu den gemachten Konzessionen", schildert Boileau die Zusammenarbeit.

Diese ist nicht immer leicht. Denn Thomas Narcejac lebt in Nizza, Pierre Boileau in Paris am Pigalle. Doch jedes Jahr verbringt er vier Monate in Beaulieu-sur-Mer in unmittelbarer Nachbarschaft seines Kompagnons. Dort hecken die beiden alten Herren neue finstere Streiche aus: der schwarze Humor ist ihnen auch im Alter nicht abhanden gekommen. „Außerdem machen wir jedes Jahr gemeinsam eine Kur", schmunzelt Narcejac. „Denn während unserer langjährigen Freundschaft haben wir die gleichen Leiden entwickelt."

CONSTANCE KNITTER

KRITIK

Wenn Bürokraten zuschlagen

Da bemühen sich in Bonn die Herren Stoltenberg (Finanz) und Schneider (Wohnungsbau) den Deutschen den Entschluß zum Bauen, zu Freiheit und Selbstverwirklichung ohne Mietzins mit steuerlichen Wohltaten so recht schmackhaft zu machen. Da geloben Handwerker und Architekten, Statiker und Sachverständige ihr Bestes und Preiswertestes zu tun, doch nützt es ihnen alles nichts: Der allmächtige Sankt Bürokratius will erst mit Genehmigungen, Verordnungen und Erlasse überwunden werden. Das ist das Fazit beim **Frust am Bau – behördlich verordnet** (ARD) von Marie-Elisabeth Simmat, die aus eigener Erfahrung spricht.

Nicht Individuelles scheint in Deutschland gewünscht, sondern Norm. Es ist ja auch leichter, sich an Zollstock und Landesbauordnungen zu halten, statt Großzügigkeit und neue Ideen walten zu lassen. Die Autorin hält nicht zornig Gericht, sondern reiht mit subkutaner Ironie Beispiel an Beispiel, daß jeder Bauherr meint, genauso wäre es auch mit ihm geschehen: Die Bürokratie schlägt zu, wann immer sie will – und läßt sich ihre gar nicht gefragten Leistungen auch noch teuer bezahlen.

Sie gründet sich in ihrer Hoffärtigkeit, daß ja doch immer wieder gebaut wird und daß an ihrer keiner vorbeikommt. Stimmt aber nicht: Ein paar mehr dieser Beiträge in den Medien und ein stärkeres Selbstbewußtsein bei den Bürgern wird den engstirnigen Bürokraten diesen Geist austreiben.

WILM HERLYN

Eine Straße legt Zeugnis ab

Straßen, redet ein Wort!" heißt es bei Goethe. Der Dichter wußte, daß Straßen die besten Zeugen der Jahrhunderte wie des aktuellen und des gesellschaftlichen Zeitgeschehens sind. Auch Jürgen Lodemann, geborener und immer noch engagierter Essener, ruft in seinem Fernsehfilm **Die Hauptstraße – Essens Kettwiger** (ARD) eine Straße zum Zeugen auf für sein Plädoyer zur Ehrenrettung des Ruhrgebiets gegen üble Vorurteile und Nachreden.

Er wehrt sich vor allem gegen die verbreiteten Klischees der Geschichts- und Gesichtslosigkeit des Ruhrgebiets. Andere Vorurteile, wie das der landschaftlichen Tristesse im Ruhrgebiet zum Beispiel, erledigt er durch listige Überblendungen, die zwischen Baden-Baden und Essen keinen Unterschied erkennen lassen. Für sein Hauptanliegen aber führt er die Kettwiger Straße als exemplarisches Zeugnis für das ausgeprägte Gesicht und die ereignisreiche Geschichte dieses Landes ins Feld.

Er präsentiert sie uns als eine Straße der Superlative; sie reichen von der ältesten Madonnenskulptur des Abendlandes bis zu den höchsten Umsatzziffern und Mieten der modernen Geschäftsstraße, die auch als die erste Fußgängerzone der Bundesrepublik Schule gemacht hat. Die Vitalität der Straße teilt sich in originellen Bildern und klugen Kommentaren lebhaft mit. Nur abends und an Feiertagen sucht man die Lebendigkeit vergeblich, denn „da wohnt keiner".

EO PLUNIEN

ARD





ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

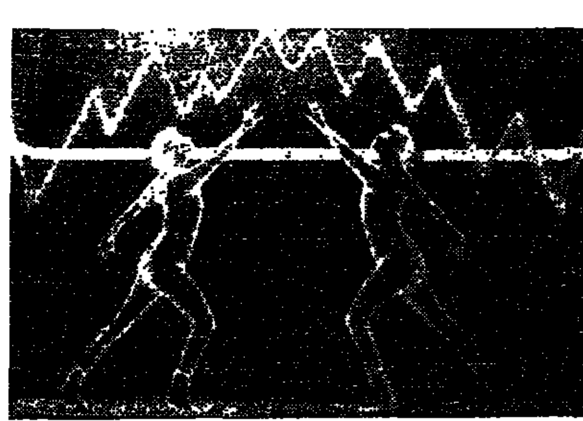
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Der beste Freund für einen Sommer
Nach einem Roman von Maurice Denuzière (Frankreich 1980)
Regie: Roland Bernard
11.55 Vorsicht, Falle!
Eine Sendung von Eduard Zimmermann
12.25 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Wendepunkte
Das Wesentliche ist für die Augen unsichtbar
An dem Beispiel zweier erblindeter Frauen zeigt Micha Terjung, mit welchen Problemen blinde Menschen in unserer Gesellschaft zu kämpfen haben und woher sie die Kraft beziehen, mit dieser Behinderung zu leben.
16.55 Spaß am Dienstag
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Expeditionen ins Tierreich
Heinz Sielmann zeigt:
Tiere im Alpenzoo
21.00 Panorama
Streit um Zivis – Der Einsatz von Zivilschutzbeamten bei der Polizei / Gift in Lösemitteln / Stockholmer Konferenz in der Sackgasse / Gentechnologie – Darf der Mensch alles, was er kann?
Moderation: Peter Gatter
21.45 Dallas
Hiebe und Liebe
Nachdem Cliff Barnes und J. R. Ewing sich gegenseitig provoziert haben, benützen sie den Ball der Ölbarone, um ihre aufgestauten Aggressionen abzubauen. Doch schon kurz danach ist J. R. wieder wohlauf und erfreut sich an Bobbys Sympathie für Jenna Wade, von der er sich eine Ablenkung von der Firma erhofft . . .
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Berliner Nachtschwärmer
Vorgestellt von Jürgen Boettcher
U. a.: Nachtkonzert in der Deutschen Oper – Trommelkrieg zwischen Schlagzeugern der großen Berliner Orchester und japanischen Kodo-Trommlern / Blues-Session im „Lands' End", einer abgelegenen Kneipe an der Wilhelmstraße im einstigen Stadtzentrum an der Mauer.
23.45 Tagesschau

ZDF

16.30 Mosaik
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Pete Wyoming Bender
17.50 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Die Lehmanns
19.00 heute
19.30 Gesichter des Schattens
Fernsehfilm von Kristian Kühn
Der Lampenproduzent Richard Hermansen ist bei einem schweren Unfall vollständig erblindet. Er versucht, nach einem langen Klinikaufenthalt möglichst schnell wieder ins normale Leben zurückzufinden.
21.15 WISO
Zur Person: Yoshitado Uchiqama – Erfolgskonzept eines japanischen Managers / Hintergund: 740 000 Ausbildungsplätze gesucht – Ein Unternehmer findet keine Lehrlinge / Sozialreport: 20 000 Türken kehren heim – Erfolg deutscher Rückkehrhilfe? / Tip: Sonnenbrille auf Krankenschein
Moderation: F. Ost
21.45 heute-journal
22.05 Chinesisches Roulette
Deutsch-franz. Spielfilm (1976)
Regie: Rainer Werner Fassbinder
Der Geschäftsmann Gerhard Christ und seine Frau betrügen einander, ohne vom Seitensprung des jeweils anderen zu wissen. Doch Tochter Angela lädt die Eltern und deren Liebhaber zu einem Spiel ein . . .
23.25 Dem Leben trauen
Zusammenfassung vom Deutschen Katholikentag in München
23.55 Es muß nicht immer Kaviar sein
Wenn die Eisbären flügge werden
Der Geheimdienstmitarbeiter Thomas Lieven, Capitaine Simeon und seine Freundin Mimi verstecken sich nach dem Einmarsch der Deutschen in Frankreich in einem anrüchigen Etablissement.
0.55 heute



Die Schönen der Nacht treffen sich zu später Stunde in der Berliner Diskothek „Metropol" (Kulturwelt: Berliner Nachtschwärmer – ARD, 23.00 Uhr) FOTO: HIPP

III.

WEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN

Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Sesamstraße
18.30 Aus der Klamottenkiste
Larry Semon in:
Larry, der Doppelgänger und Larry, der Pleitegeier
19.00 Rockpalast
Richard Thompson Band. Aufzeichnung eines Konzerts in der Hamburger Markthalle vom Dezember 1983

WEST/NORD/HESSEN

Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Wanderungen durch die DDR (2)
Rund um Meißen
Mittelalterliche Romantik und sozialistischer Alltag
Film von Karl Wiehn
21.00 Herr Hesselbach und der Feind
22.00 Die Super-Telekommunikation
Neue Medien – made in USA
22.45 Alle lieben Bob (2)
US-Comedy-Serie
Kein Rendezvous mit Bob
23.10 Letzte Nachrichten

SÜDWEST

18.00 Laterna magica
Eine Kindheit um 1900
18.45 Am Bodensee
Luftbild-Impressionen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Ratschläge für die Gesundheit
Lärm und Streß
20.15 Das Denkmal von nebenan
Anmerkungen zum Denkmalschutz im Saarland
21.00 Das war Roy Bean
Amerikanischer Spielfilm (1972)
Mit Paul Newman u. a.
Regie: John Huston
22.40 Die weise Frau von Büdingen
Heilen mit Kräutern und Worten
23.25 Nachrichten

BAYERN

18.15 Jungarbeiter
18.45 Rundschau
19.00 Ein ideales Paar
Amerikanischer Spielfilm (1939)
Mit James Stewart u. a.
Regie: John Cromwell
20.30 Die Shadoks
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Bayerische Ouvertüre
Bericht vom ersten Münchner Festspielball
22.00 Werkbesuch – in Mindelheim
Perspektiven zwischen Robotern und Miniflugzeugen
22.30 Im Gespräch
Abschied vom Fortschritt – was nun?
23.15 Rundschau

Else Blücher-Schering

geb. Schering

* 8. 4. 1900 † 6. 7. 1984

Wir bleiben in Liebe und Verehrung zurück.

Margot Blücher-Schering mit
Bernd Hausding und Frau Heidi
Ralph Hausding und Frau Bärbel

Gisela Pförtner geb. Blücher-Schering
und Dr. Dietrich Pförtner mit
Katrin Pförtner
Carola Wyosnick geb. Pförtner
***und* James P. Wyosnick**
Christoph Pförtner

Renate Püplichhuisen geb. Blücher-Schering
und Heinz Püplichhuisen mit
Rik

Urenkel, Angehörige und alle, denen sie nahestand.

Timmendorfer Strand-Niendorf
Forstweg 13

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 11. 7. 1984, um 14.30 Uhr in der Friedhofskapelle Niendorf/Ostsee statt.

Die Firmengruppe Heinz-Rolf Schwarz betrauert den Tod ihres geschäftsführenden Gesellschafters, Herrn

Heinz-Rolf Schwarz

der am 6. Juli 1984 im 63. Lebensjahr verstarb.

Wir nehmen Abschied von einer hervorragenden Persönlichkeit, deren Lebensaufgabe darin bestand, seine Betriebe jahrzehntelang zu einer der bedeutendsten norddeutschen Unternehmensgruppen im Gas- und Wasserbereich auszubauen.

Bis zur letzten Stunde galt sein unermüdlicher Einsatz seinen Unternehmungen und seinen Mitarbeitern.

Sein Wirken wird uns Vorbild sein.

Geschäftsführung

Franz Lellau GmbH & Co. **Lellau & Schwarz GmbH & Co.**
Stühlen Handelsges. mbH **Imbema Rohrservice GmbH**
Pollmeier Gasrohrnetz Überprüfungs-GmbH

Bremen – Oyten – Berlin – Wentorf – Krefeld

Am 5. Juli 1984 starb im 81. Lebensjahr Herr

Dr.-Ing. Albrecht Harr

Der Verstorbene gehörte als Gesellschaftervertreter von 1953 bis 1976 unserem Aufsichtsrat an. Er hat in mehr als zwei Jahrzehnten unermüdlicher Arbeit sein reiches Wissen und seine umfassende Erfahrung unserem Unternehmen stets uneingeschränkt zur Verfügung gestellt. Seiner umfassenden Kenntnis unseres Industriezweiges verdanken wir viele sachkundige Hinweise und Ratschläge.

In großer Dankbarkeit gedenken wir dieser hervorragenden Persönlichkeit. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Aufsichtsrat, Geschäftsführung, Betriebsrat und Mitarbeiter

Dolomitwerke G. m. b. H.
Wülfrath

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.), Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.), Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: King-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Dämonen aus Madras

Zell – 1980 hat Jean-Christophe Ammann in einer Ausstellung, die Aufsehen erregte und den Ruf der Basler Kunsthalle als bedeutendes europäisches Ausstellungsinstitut festigte, sieben junge italienische Künstler vorgestellt: Chia, Clemente, Cucchi, De Maria, Paladino, Ontani und Tatafiore. Inzwischen sind diese Künstler international bekannt. In der Folgezeit lag Ammann daran, zu zeigen, wie sich seine Schützlinge entwickelt haben. Nach Nicola de Maria und Enzo Cucchi folgte darum jetzt Francesco Clemente.

Diese Ausstellung wurde vor zweieinhalb Jahren abgesprochen und seit einem dreiviertel Jahr vorbereitet. Konkret bedeutet dies, daß alle Werke mit Ausnahme der sieben großformatigen Leinwände, die im Ecksaal hingen, in Madras geschaffen wurden (werden mußten) – wo sich der Künstler seit Ende letzten Jahres aufhält. Ein unmmögliches Unterfangen! Die ganze Kunsthalle zu füllen, das haben schon ältere und reifere Künstler nicht geschafft. Wie sollte es Clemente schaffen?

Das Resultat war denn auch entsprechend: eine 64teilige Skulptur, doppelgesichtige Figuren, zur Gruppe vereint – halb Armee, halb Arbeiterschar, vielleicht auch ein erstarrtes Heer von Dämonen; ein Werk installativen Charakters, aus handgeschöpften, indigogefärbten Blättern gefertigt und nach der Ankunft in Basel noch mit einer friesartigen Kohlezeichnung versehen, rund zwei Dutzend auf weißlackierte Leichtbleche aufgemalte „Figurenstudien" – wortgetreue Kopien der zur Zeit durch Deutschland wandernden Pastelle –, effektvoll in eine Reihe gehängt; noch einmal eine Skulptur, in Idee und Ausführung nicht anders als jene im ersten Raum, einige rasch gefertigte Tuschzeichnungen. Das wär's.

Wer weiß, daß Jean-Christophe Ammann im Februar dieses Jahres einige Wochen in Indien war – angeblich um mit Clemente die Ausstellung zu besprechen, tatsächlich wohl eher, um den Künstler in die Tücken des Ausstellungsbetriebes einzuweihen –, weiß, wie diese Ausstellung zustande kam. Da keine Bilder vorhanden waren, die Ausstellung aber auch nicht mehr abgesagt werden konnte, mußten Mittel und Wege gefunden werden, die riesigen *Räume der Kunsthalle* dennoch zu füllen. Man hat sie gefunden: Für Raum 1 wurde eine Figurine 64 mal in eine Form gepreßt; für Raum 2 hat *man* (handgeschöpfte) Blätter blau gefärbt und zur Installation arrangiert; für Raum 3 die Pastelle auf Leichtblech kopiert, Raum 4 noch einmal mit einer Skulptur bestückt und Raum 5 mit einigen flüchtig hingehauenen Tuschzeichnungen dekoriert; in Raum 6 und 7 konnte *man dann die* vorhandenen, aber nicht wirklich überzeugenden Gemälde versammeln. Die Ausstellung war gerettet!

Und die Kunst?

Zum Schluß ein Herzinfarkt: „Don Giovanni"

Don Juan im Spiegel

Die Neuinszenierung des „Don Giovanni" kann die nicht gerade mit Glück gesegnete Deutsche Oper am Rhein zweifellos auf der Habenseite der Spielzeitbilanz verbuchen. Zwiespältig ist der Eindruck dennoch. Ruodi Barth hat eine hohe spanische Marmorhalle gebaut, die durch eine Spiegelwand abgeschlossen wird. Die weiträumige kühle Atmosphäre verlangt geradezu eine analytische Regie, die ihr Augenmerk legt auf die Gebrochenheit der Mozart-Charaktere und die Widersprüchlichkeit ihrer Beziehungen. Literarische und musikwissenschaftliche Anregungen dazu gibt es im Überfluß.

Heinz Lukas-Kindermann geht in seiner Regie einen anderen Weg und strebt Plausibilität des Handlungsablaufs an. Das gelingt ihm vortrefflich – streckenweise. So will Giovanni den Vater der von ihm bedrängten Donna Anna nicht töten, sondern nur unerkannt aus dem Palast entkommen lassen. Erst als der Komtur ihm die Maske vom Gesicht reißt, greift Giovanni zum Dolch und sticht zu. Selbstverständlich darf Giovanni in Düsseldorf nicht zur Hölle fahren, der Plausibilität wegen erliegt er einem zuckenden Herzinfarkt. Auf diese Weise wird mit pingeligem Eifer die Handlung vergegenwärtigt. Das sieht man ungern; denn Lukas-Kindermann treibt dem Werk das Rätselhafte aus, ohne das Rätsel zu lösen. Vielschichtigkeit reduziert sich auf die Trivialstory eines Wüstlings, der von seinen Verfolgern zu Tode gejagt wird.

Da hilft es wenig, daß Alan Titus von Gestalt und Stimme den Idealvorstellungen eines bürgerlichen Don Juans nahekommt; daß Csilla Zentai die Partie der Donna Anna mit nobler Blässe und hoher Pianokultur absolviert, während man sich mit der skizzenhaften Gestaltung der Elvira durch Berenice Johnson nur schwer anfreunden kann. Die konzertreife Darbietung der Ottavio-Rolle durch Akeshi Wakamoto läßt aufhorchen, und auch die kleineren Partien sind vokal solide besetzt. Doch Hiroshi Wakasugi am Pult gelingt es nicht, die guten und sehr guten Einzelleistungen zu einer schlüssigen Interpretation zusammenzuführen. Korrekt, aber kontrastarm läßt sein Dirigat zu wenig von den Abgründen und Herrlichkeiten der Partitur spüren.

So paradox es klingen und so ungerecht der Vergleich empfunden werden mag, gute Plattenaufnahmen können mehr vom Charakter des „Don Giovanni" vermitteln als die Düsseldorfer Aufführung. Die soeben aus Anlaß des 50. Jubiläums der Glyndebourner Festspiele erschienene Einspielung mit Bernard Haitink und dem London Philharmonic Orchestra (EMI 157–1436653) ist der beste Beleg dafür.

Für alle Partien dieser Aufnahme lassen sich in der langen Schallplattengeschichte des Werkes, aber auch auf dem heutigen internationalen Sängermarkt stimmlich virtuosere Besetzungen finden. Das gilt vor allem für die Frauenrollen. Das Erstaunliche an dieser Einspielung – und deshalb wird der Vergleich mit der Düsseldorfer Aufführung gezogen – ist die Tatsache, daß trotz aller möglichen Einwände eine vom ersten bis zum letzten Takt spannende, ja, bewegende Aufführung zu hören ist.

Bernard Haitink ist der Star der Aufnahme. Er hält Orchester und Solisten zu schärfster Charakterisierung an, was zuweilen auf Kosten der Klang- oder Stimmschönheit geht, die jeweilige Situation oder Seelenverfassung aber unmißverständlich verdeutlicht. Die Interpretation der Elvira durch Maria Ewing sei beispielhaft genannt für die differenzierte Durchformung einer Operngestalt, die üblicherweise als tragikomische Figur einer betrogenen Frau gezeichnet wird. Aber auch insgesamt: eine erstaunliche Ensembleleistung, in einer Aufnahme, die man sich gerne anhört.

ALBIN HÄNSEROTH

Kunst, die ein Fernseh-Mann in Afrika sammelte

Von den Quadratmalern

Für Schwarzafrika setzt bald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine neue Kunstepoche ein. Aber da es fast ausschließlich Europäer waren, die diese Länder in eine neue künstlerische Ausdruckswelt einführten, lassen sie sich nicht gern daran erinnern. Denn sie wollen sich von allem „Artfremden" loslösen und sich ohne externen Einfluß selbstverwirklichen. Das versuchen sie nun seit den 40er Jahren, nicht nur in der Politik, sondern ebenso in der Musik und Literatur, im Theater und im Film.

Die meisten Werke der traditionellen schwarzafrikanischen Kunst waren kultischen Ursprungs. Man schnitzte Götter und Dämonen, gestaltete Mythen und Legenden. Und auch die Fetische – quasi das Handwerkszeug der „Priester und Medizinmänner" – wurden häufig reich verziert und künstlerisch geformt.

Die ersten bemerkenswerten Zentren der neuen afrikanischen bildenden Kunst entstanden in den beiden Kongos und in Uganda. Künstlerisch begabt, wie Afrikaner sind, begannen nun sogar Schüler zu malen und vor allem all das zu kopieren, was bei den Älteren Erfolg hatte, d. h. wirtschaftlichen Erfolg. So denaturierte das Malen und Schnitzen zu einer „Kilometerware neuer afrikanischer Kunst". Aber bald waren, gottlob, keine Käufer mehr für das, was man jetzt abfällig „Airport-art" nennt, zu finden. Erst dadurch wurde der Weg für eine wirklich neue afrikanische Kunst frei.

Beispiele dieser neuen Kunst aus Afrika sind jetzt im „Kubus" in Hannover zu sehen. Es handelt sich um die Privatsammlung von Günter Péus, der von 1969 bis 1978 in Nairobi (Kenia) als Korrespondent des ZDF arbeitete. Auf seinen Reisen hat er gekauft, was ihm selbst gefiel, und man muß ihm dabei sehr guten Geschmack bestätigen. Es gibt unter den ausgestellten Ölbildern, Graphiken, Plakaten, Skulpturen kaum ein Werk, welches nicht beweist, daß viele afrikanische Künstler heute Beachtenswertes leisten.

Aus Tansania sind die „Quadratmaler" mit gut gemalten und thematisch originellen Bildern zu sehen. Beachtliche Bildwerke kommen auch aus Kenia, Moçambique, Nigeria und Äthiopien. Vorzüglich präsentiert ist die neue Skulptur Afrikas mit Objekten der Shona-Künstler aus Zimbabwe. Diese Skulpturen werden gewiß auch denjenigen viel Freude bereiten, die mit „exotischer" Kunst sonst weniger im Sinn haben.

Diese Ausstellung bezeugt, daß der künstlerische Nachwuchs in Afrika Erstaunliches zu leisten imstande ist. Nur leider ist das Interesse der Besucher gering. Wie der Aufseher mitteilte, kommen *täglich nur etwa dreißig* Leute. (Bis 15. Juli)

ROLF ITALIAANDER



Schutzsuchend und behütet zugleich: das Bauernhaus; Erster unter Gleichen durch die Prägnanz seiner Glieder: das Rathaus

ZEICHNUNGEN: H. STORCH

„Ohne das Schöne kann der Mensch nicht leben" – Plädoyer für eine sinnerfüllte „Architektur der Mitte"

Wenn einem Haus die Seele fehlt

Immer wieder wird über die mangelnde Schönheit der Architektur geklagt, über ein Bauen ohne Seele, über den „Verlust der Mitte" (Sedlmayr). Dem tritt Hinrich Storch, als Architekt u. a. durch das Olympiazentrum in Schilksee bekanntgeworden, mit seinem Plädoyer für eine „Architektur der Mitte" entgegen, für ein ganzheitliches Bauen, das sich wieder auf seine natürlichen Grundlagen besinnt, indem es das Praktische mit dem Schönen vereint.

Mit sich zerfallen wirkt heute der Mensch. Hochmütig baut er die Welt nach Gutdünken zurecht. Statt die Natur zu beherrschen, zerstört er die Erde. Faser um Faser löst sich sein Wesen vom Grund und steigt an die Oberfläche des Lebens. Der Bindungen ledig, treibt er dahin. Im Takt der Maschine verkommt Arbeit zur Fron, die Freiheit zur Freizeit. Auf Fron folgt Ausleben, auf Genuß wieder die Fron. Abgestumpft wird der Mensch, doch zugleich auch berauscht. Er verliert die Vernunft bei vollem Verstand, denn das Falsche vom Rechten zu scheiden, das vermag der Verstand nicht.

Architektur ist ein Zeugnis des Zeitgeistes. Sie muß aus den Fugen geraten, wenn das Wesen des Menschen verfällt. Tatsächlich, sie erscheint wie aus des Lebens Gewebe gelöst, abstrakt, als Ausgeburt des Verstandes. Was einmal ein Ganzes war, jetzt zerfällt es in Teile. Das Haus gerät zur Maschine. Sein lebendiger Leib ist verschwunden. Blinkend und blitzend stehen die Teile, aneinandergekoppelt, wie im Takte zu wirken. Wohl sind sie ästhetisch geordnet; Schönheit aber sucht die Seele vergebens. Der Mensch wird traurig und lustlos auch. Ohne das Schöne kann er nicht leben. Was nun beginnen? Wäre es nicht ein Anfang, ins Bewußtsein zu rufen, daß der Mensch ein Teil der Naturordnung ist und eigenes Wesen verleugnet, wenn er ihrer nicht achtet?

Hitze, Kälte, Nässe und Wind bedrohen den Menschen. Sich zum Schutze baut er sein Haus. Schutz und Schirm zu sein ist das Wesen des Hauses. Das ist es zuerst! Erst danach hat es den Sinn, einer bestimmten Tätigkeit Heimstatt zu sein. Die Naturkräfte ändern sich in unendlich langen Zeiträumen nicht. Aus dem Umgang mit der Natur erwachse deshalb die Urform des Hauses, nicht aus dem Zweck! An ihrer Gestalt werde erkennbar, mit welchen Kräften sie umgeht! Dann wirkt sie lebendig.

Bei uns hat die Urform vier Wände, darüber das Dach, duckt sich vor Wetter und Wind, drängt vor der Kälte sich dicht auf sich selbst. Die Wände trotzen der Schwere und tragen das Dach. Das fängt den prasselnden Regen und leitet ihn plätschernd zur Erde. Wem sie ausgesetzt ist, wie sie sich wehrt, macht sie auf einen Blick sichtbar. Ohne weiteres durchschaut man ihr Wesen. Vom Menschen erdacht, mit der Weltordnung verbunden, ist sie der Natur und ihrem Geschöpf, dem Menschen, verwandt. Sie ist dem Leben entsprungen und spiegelt das Leben. Enträt ein Gebäude der Urform, fehlt das Lebendige.

Ohne Sinn erschiene das Haus, sollte es einem Zwecke nicht dienen, vom Sinn erfüllt dagegen, wenn es äußerst zweckgerecht wäre. Ein Tor, wer das Streben danach als Nebensache betrachtet. Im Hause zu schalten ist ein Ausdruck des Lebens. Die Urform zum Nutzen zu richten heißt, Lebendiges mit Lebendigem zu verschmelzen, heißt, zu neuer Wesenheit zu gelangen.

So bildet der Mensch mehr als eine Summe von Räumen. Er gibt dem Haus einen Leib, macht aus ihm ein wesenhaft Ganzes, und das für seinen Zweck typische Haus steht vor ihm. Mag es auch irgendein Bauernhaus sein, hat es aller Bauernhäuser Gehabe, wie alle Ahornbäume, so verschieden sie aussehen, von der Art des Ahorns sind. Entsteht das typische Haus, einzuordnen vermag es der Betrachter.

Übersichtlich wird auch die Vielzahl von Häusern. Sie bilden Gruppen, die man leicht überschaut. Wohnhaus, Rathaus, Stall oder auch Haus der Verwaltung, was es wohl sei, beim flüchtigen Hinschauen wird es schon klar. Klar und einfach zeigt sich das Ortsbild, denn der Typus drückt aus, welches Ansehen er in den Augen der Gemeinschaft genießt. So wird der Ort zum Spiegel der Ordnung, in der das Gemeinwesen lebt. Doch bleibt ohne Beziehung, was abstraktem, ungebundenem Denken entspringt. Willkür kann nur zum Nebeneinander führen. In Unordnung kommt das Bild unserer Straßen und Plätze.

Den Reichtum des Lebendigen vor Augen, sucht der Mensch die Vielfalt schmückender Formen. Als hätte das Haus einen lebendigen Leib, gibt er ihm Glieder. Sockel, Portal, Fenster, Gesimse, Treppen, Dachgaube und Schornstein haben darin Bedeutung. Nur sie können die Glieder des Hauses sein. Sie auszuformen, wie es der Typus oder die Zeit es verlangen, ist nicht in Regeln zu fassen. Es bleibt, am Vorbild genau betrachtend zu lernen. Doch eines ist wichtig: Nichts Überflüssiges soll das wahre Gehabe des Hauses verdecken, noch darf Armseligkeit dessen Entfaltung verhindern. Die Weise, wie es sich gibt, soll, so wünscht sich das Auge, der Art des Hauses, zu der es gehört, vollständig, doch ohne Umschweife entsprechen.

Aufgesetzt, gekünstelt, wie ein Kostüm dem Fundus entnommen, wirkt die Form, die nicht aus der Art des Baustoffs gewachsen ist. Wie man den Stoff einschätzt, wie er sich dann tatsächlich verhält, wird sich zunächst nicht decken. Doch wächst die Erfahrung, wenn man stets von neuem beginnt. Mit ihr der Mensch. Er wächst aber nur dann, legt er die Hand an das Werkstück. Nur dann erfaßt er die Art, begreift er die Eigenschaften des Baustoffs. Indem er ihn formt, formt sich sein Fühlen und Denken. Seinem Wesen entspricht, was er am Ende geschaffen hat.

Was sparsam gebaut ist, spiegelt den Ablauf der Kräfte. Darum wirkt es lebendig. So baut die Natur. Auch wir sollten so bauen. Wo der Baum am stärksten, wo er am geringsten belastet ist, das gibt seine Gestalt sehr genau wieder. Vergeudet man Stoff, so verbirgt man. Auch wegzuwerfen heißt zu vergeuden. Baustoffe müssen sich zum Pflegen eignen. Dann können sie altern, bekommen wohl Runzeln, doch schäbig wirken sie nicht. Ist ein Stoff fähig zu altern, dann wirkt er lebendig.

Im Umgang mit den Elementen, mit dem Wesen des Menschen und mit den Eigenschaften der Baustoffe, mit der Naturordnung also, wächst der Leib des Hauses empor. Doch fehlt ihm der Atem des Lebens, wenn er der Schönheit entbehrt. Was sonst lose gefügt wäre, kann erst durch Stoff und Schönheit zum Ganzen werden. Nicht schön ist, was der Ordnung entbehrt, Spiel des Geschmacks ist, ein Jonglierstück mit Reizen. Im Umgang mit der Natur entsteht jene Ordnung, welcher die Schönheit bedarf. Dann ist das Haus mit tausend Fäden in des Lebens Gewirke verwoben, erstrahlt wie beseelt. Am Ende wird offenbar, was wir längst schon geahnt haben. Schönheit stellt sich nur ein, handelt der Mensch aus freiem Willen.

HINRICH STORCH

Wie man Schauspieler verheizt: „Das Wespennest"

Im Fahrstuhl verbrannt

Mit Stoppelbart, rüdem Charme und dem Mut der Verzweiflung kämpft Kommissar Griffon in Paris gegen die Übermacht des Verbrechens. Einst hat er im Eifer des Gefechts einen harmlosen Passanten in den Bauch geschossen, nun ist er ein desillusionierter Außenseiter. Ein kantiger Charakter, den Claude Brasseur mit Einfühlungsvermögen, Selbstironie und komödiantischer Verve zeichnet. Brasseurs Name ziert freilich nur die Spitze einer wahrhaft illustren Besetzungsliste. Während ihm in der Rolle eines windigen Karrierepolizisten immerhin Jean-Claude Brialy zur Seite steht, wird die zweifelhafte Welt der mächtigen Gegenspieler von so prominenten Mimen wie Jean-Louis Trintignant und Robert Hirsch vertreten. Kein Zweifel, diesen markanten Figuren hätte man ein ebenso profiliertes Drehbuch auf den Leib schneidern müssen, statt sie durch einen Konfektionskrimi stolpern zu lassen. Denn wer sich vom Comeback des Regieroutiniers Philippe Labro („Der Erbe", „Der Greifer") ein Ende der Dauerkrise des französischen Kriminalfilms versprochen hatte, wird insbesondere von Jacques Labibs Drehbuch enttäuscht.

Ausgerechnet im Pariser Justizpalast wird am hellichten Tag ein berühmter Wirtschaftsanwalt von zwei Killern in Gendarmenkluft ermordet. Kaum hat sich Griffon auf diesen Fall eingestellt, da erreicht ihn auch schon die nächste Hiobsbotschaft: Einer seiner Informanten wird auf dem Rugbyplatz mit einer Schere im Hals gefunden. Allzu schnell weiß man, daß alle Spuren in die Chefetagen von Polizei, Industrie und Politik führen. Da wird einfach eine Telefonzelle angezapft, und schon ist Griffon über die Hauptverdächtigen im Bilde. So gewinnt er Zeit, um in der pompösen Villa eines neureichen Schrotthändlers Bierflaschen zu zerdeppern, im lächerlichen Alpinistendreß als Einbrecher zu debütieren oder mit einer hocheleganten Journalistin zu flirten.

Immerhin weiß Labro, daß man mit solchen netten Tändeleien kein Publikum in Atem hält. Also muß *obendrein eine Zeugin im Fahrstuhl* verbrennen und ein Minister Harakiri begehen. Von jener moralistischen Entschiedenheit und tiefgekühlten Atmosphäre, die Filme von Melville oder Verneuil auszeichnet, entdeckt man indessen keine Spur. Hier wird kein *Alptraum in Neonlicht* getaucht, sondern eine verworrene Kolportagestory mit modischem Chic auf Hochglanz poliert. Die edler Interieurs scheinen aus anspruchsvollen Magazinen, die privaten Konflikte aus billigen Romanen und die optischen Finessen aus der Trickkiste der Werbefilmer zu stammen. Und statt den müden Zynismus der Dialoge durchzuhalten, lockert ihn Labro mit einigen flotten Sprüchen à la Belmondo auf.

Brasseur, Trintignant und Brialy können sich noch so sehr anstrengen: Diesem glatten Durchschnittsfilm haucht auch ihr Spiel keine Seele ein. Nein, ein spektakulärer Fehlschlag ist Philippe Labros Comeback nicht geworden. Aber doch eine bedauerliche Verschwendung von Schauspielkunst.

HARTMUT WILMES

Zum Tode des Schriftstellers Franz Fühmann

Der Sturz des Engels

Um die Summe unserer Erfahrung zu sagen: Der Leser lerne endlich, sich selbst zu vertrauen. Sein Betroffensein ist ja das Kriterium dafür, daß dies Gedicht für ihn ein Gedicht ist; einen verbindlichen Kanon gibt es nicht mehr. Es gab ihn nie oder es gab ihn immer. Und das Gedicht, das sich in die Weltdichtung einreihte, war oft das, was den Kanon zerbrach, da es zuvor als Mißgestalt auswies. Der Leser lerne endlich begreifen, daß seine Betroffenheit seine Betroffenheit ist und Betroffenheit von einer Dichtung, nicht von deren Übereinstimmung mit einer Regel oder einem Ideengehalt."

Das ist nachzulesen in „Der Sturz des Engels", einem Buch, in dem sich Franz Fühmann mit Georg Trakl auseinandersetzt und an dem er jahrelang geschrieben hat. Franz Fühmann ist tot. Ein Schriftsteller aus der „DDR" und für alle deutschen Leser. Ein Mann, der es sich nie bequem gemacht hat, seinen Kritikern nicht und schon gar nicht denen, die in der „DDR" literarische Produktion zu verwalten haben. Er stammte aus Böhmen und war vom Jahrgang 1922, der wie kein anderer im letzten Krieg dezimiert wurde. Er wuchs in einem nationalistischen Elternhaus auf, war Soldat und Kriegsgefangener in der Sowjetunion. Sein Mittun, seine Mitschuld am faschistischen Krieg haben ihn immerzu beschäftigt; sie bestimmten sein frühes Werk, die Erzählungen des Bandes „Das Judenauto" wie das Poem „Die Fahrt nach Stalingrad". Seine immerwährende Frage war: was hätte ich getan, wäre ich als Wachsoldat nach Auschwitz kommandiert worden.

Selbstbefragung als Inhalt eines schriftstellerischen Werkes: Da konnte es nicht ausbleiben, daß Franz Fühmann immer weniger dem genügen wollte, was andere von ihm erbaten oder verlangten. Berühmt ist sein Brief an den Minister für Kultur der „DDR", den er schrieb, nachdem er, den Forderungen des Bitterfelder Wegs nachkommend, einige Zeit auf einer Werft gearbeitet hat. Es war eine Absage an diesen kulturpolitischen Versuch. Vieles, was er dann schrieb, war stärker Essay als Erzählung, sein Bericht über einen Ungarn-Aufenthalt von 22 Tagen zum Beispiel. Er dichtete das Nibelungenlied, Reinikke Fuchs und Shakespeare-Märchen nach und übertrug Fremdsprachiges.

Die Zensurbestimmungen der „DDR" setzte er für sich außer Kraft. Mir machte er Mut mit seinem Credo, daß er das Naturrecht des Schriftstellers auf Veröffentlichung über die Gesetze der „DDR" stelle. Spätestens von da an zählte er nicht mehr zu den Botmäßigen, den Beliebten bei seiner Obrigkeit. Aber zu ihm kamen die, die mühselig und beladen waren mit Manuskripten, die dem verbindlichen Kanon nicht genügen wollten. Von keinem der führenden Schrifsteller der „DDR" hörte man in den letzten Jahren so oft, daß er sich für Kollegen eingesetzt hatte, die in Schwierigkeiten gekommen waren, in materielle und geistige Not, auch ins Gefängnis. Als Mitglied der Akademie der Künste fand er Wege, die andere zu suchen nicht gewagt hatten. Die Betroffenheit beim Tod von Franz Fühmann hat mehrere Namen. Wir verneigen uns vor einem der wahrhaftigsten Dichter der deutschen Nachkriegszeit und wissen, daß sein Platz in der Literaturgesellschaft der „DDR" von niemandem besetzt werden wird. Franz Fühmann ist als Denker und Helfer ohne Nachfolger.

ERICH LOEST



Ein Denker und Helfer ohne Nachfolge: Der „DDR"-Schriftsteller Franz Fühmann

FOTO: HANS-JÜRGEN BOLLE

KULTURNOTIZEN

Helmut Newton und Alice Springs stellen bis Ende August im Museum Jules Cheret in Nizza Modeaufnahmen und Porträts der letzten 20 Jahre aus (danach in Venedig und Paris).

Die Würzburger Festspiele finden bis zum 26. August statt und bieten Aufführungen von Nestroys „Talisman" und „Eine kleine Zauberflöte" als Kinderoper nach Mozart.

„Malgré tout – Grieshaber mit seinen Freunden" heißt eine Ausstellung, die in Reutlingen vom 15. Juli bis zum 25. August zu sehen ist; zuvor wurde die Ausstellung vom Schiller-Nationalmuseum in Marbach gezeigt.

„Die Schätze der Pharaonen", Grabbeigaben, die erstmals vom Ägyptischen Museum in Kairo ausgeliehen werden, sind bis zum 31. Dezember im Dogenpalast in Venedig zu sehen.

JOURNAL

Kampfwagen-Gräber aus der Eisenzeit entdeckt

SAD, **Driffield**

In einer Kiesgrube bei Driffield in der nordenglischen Grafschaft Yorkshire ist ein hochbedeutsamer archäologischer Fund gemacht worden. Ein Baggerführer förderte einen Kampfwagen aus der Eisenzeit, Teil eines sehr seltenen Bestattungsrituals, zutage, wie sie Stammesfürsten vorbehalten waren. Dr. Ian Stead, Experte des British Museums erklärte: „Dieser Fund ist von internationaler Bedeutung. Es sieht so aus, als hätten wir hier die wichtigste komplette Begräbnisstätte dieser Art, die je gefunden wurde." Archäologen fanden kurz nach der Entdeckung dieser Begräbnisstätte eine zweite ganz ähnliche nur 15 Meter von der ersten entfernt. Die Grabstätten stammen aus dem ersten oder zweiten vorchristlichen Jahrhundert.

Maier: Kultur soll regionalisiert werden

AP, **München**

Für eine weitere „Regionalisierung der Kultur auf dem Museumssektor" hat sich der bayerische Kultusminister Hans Maier in München ausgesprochen. Maier erklärte bei der Jahresveranstaltung des Vereins zur Förderung der Alten Pinakothek, große Teile der in Depots aufbewahrten Sammlungen von staatlichen Museen seien in hohem Grade sehenswert. Deshalb seien in Bayern bereits zahlreiche staatliche Zweigmuseen in allen Landesteilen errichtet worden. Darüberhinaus sprach sich der Minister für die Gründung weiterer Museen in der Provinz aus.

Landschaften von Joseph Beuys

E. N. **Bonn**

„Das Einzelne und das Ganze, das Kleine und das Große, das Lokalisierbare und das Kosmisch-Weltumspannende in relativ einfachen, spröden, oft nur improvisiert-andeutenden Zeichnungen" bietet nach den Worten des Kunstsammlers Franz Joseph von der Grinten eine Ausstellung „Landschaften von Joseph Beuys" in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Bonn. Gezeigt werden frühe Werke aus den 50er und 60er Jahren. (Bis zum 25. Juli)

Wiener Charme in der Mode von 1914 / 15

DW. **Nürnberg**

Die „Wiener Werkstätten" haben in dem Wien der Jahrhundertwende eine allgemeine Bereitschaft für neue Ideen auf kunsthandwerklichem Gebiet befördert. Die Mode war davon nicht ausgeschlossen. Das belegen zwölf Mappen mit jeweils zwölf kolorierten Originalgraphiken, die 1914 und 1915 anonym erschienen. Die 25 Künstler, die diese Modelle entwarfen, arbeiteten *fast alle für die Wiener Werkstätten* und waren Mitglied im österreichischen Werkbund. Ergänzt durch einige Accessoires der Zeit sind diese 144 Graphiken jetzt im Germanischen Nationalmuseum in der Ausstellung „Wiener Charme – Mode 1914 / 15" bis zum 30. September zu sehen. Der Katalog (24 Mark) bildet zwanzig von ihnen farbig, alle anderen schwarz-weiß ab.

Der Dichter August Kühn wandert durchs Land

DW. **Reit im Winkl**

Was sind den Deutschen ihre Dichter wert, fragt sich August Kühn, der am 20. Juli in der Pfarrkirche Reit im Winkl eine Wanderung im Stil der Handwerksburschen vom tiefen Süden in den hohen Norden der Bundesrepublik startet. Kühn ist Autor des auch verfilmten autobiographischen Romans „Zeit zum Aufstehen" (1975), des historischen Romans „Die Vorstadt" (1981) und des Fragments „Wir kehren langsam zur Natur zurück" (1984). Mit seinem Marsch will er durch Lesungen an Volkshochschulen, Besuche in Redaktionen und Sendern, sowie in Buchhandlungen demonstrieren, daß nicht alle Autoren sozial integriert sind, sondern oft abgestempelt zu Außenseitern der Wohlstandsgesellschaft.

Sanchez Albornoz tot

AFP, **Avila**

Der spanische Historiker Claudio Sanchez Albornoz ist im Alter von 91 Jahren in Avila gestorben. Der republikanische Politiker und Gegner des Franco-Regimes war erst vor einem Jahr aus dem argentinischen Exil zurückgekehrt. Albornoz, Geschichtsprofessor und früherer Rektor der Universität Madrid, war 1933 zum Außenminister der spanischen Republik ernannt worden. Im argentinischen Exil widmete er sich wissenschaftlichen Forschungen, so über die Zeit vor der „Reconquista" und den Einfluß der islamischen Kultur auf der iberischen Halbinsel. Daraus ging sein bekanntestes, 1956 veröffentlichtes Werk, „Spanien – ein historisches Rätsel", hervor.

Fünf brave Bürger: Partisanen oder Mörder?

Ein italienisches Dorf durchforstet seine Vergangenheit

KLAUS RÜHLE, Rom

40 Jahre lang galten sie als heldenhafte Widerstandskämpfer. Jetzt sitzen sie hinter Schloß und Riegel. Die Anklage lautet auf mehrfachen Mord. Die fünf braven Bürger, alle um die 60 herum, geachtete Familienväter und Großväter, werden beschuldigt, 20 Menschen – gefährliche Mitwisser – nach und nach umgebracht zu haben.

Ort der Handlung ist das Dorf Bargagli bei Genua mit seinen 2500 Einwohnern. Die Geschichte begann 1944 mitten im Krieg, als in ganz Oberitalien ein blutiges Tauziehen zwischen den deutschen Besatzungstruppen und Partisanen im Gange war. Einer Gruppe von Schmugglern und Schwarzhändlern gelang es damals, sich unter die Widerstandskämpfer zu mischen und unter dem Deckmantel des Patriotismus gute Geschäfte zu machen. Im Volksmund hieß sie „Die Kälberbande", weil die zu Partisanen gewordenen Schmuggler sich durch die Schwarzschlachtungen von Kälbern schamlos bereicherten.

Zwei mutige Carabinieri entdeckten die Doppelrolle der Spät-Partisanen und wollten ihnen das Handwerk legen. Beide wurden erschossen und galten lange als Opfer eines Gefechts zwischen Partisanen und deutschen Soldaten. Bald darauf kamen mehrere „echte" Partisanen auf geheimnisvolle Weise ums Leben. Darunter Aldo Gastaldi, der unter dem Spitznamen „Bisagno" legendären Ruf genoß. Er war ein prominenter Führer der Widerstandsbewegung in Ligurien. Heute ist man sich sicher, daß er die „falschen" Partisanen ausmerzen wollte. Das kam ihn teuer zu stehen. Man fand ihn tot am Straßenrand. Es sah so aus, als sei er beim Einsatz tödlich gestürzt.

1945 wurden weitere vier authentische Partisanen ins Jenseits befördert. Schuld daran war eine Bombe, die während der Befreiungsfeier explodierte. War sie von den bösen Deutschen vor dem Rückzug im Garten der Osteria versteckt worden? Vieles spricht inzwischen dafür, daß sie dort von der „Kälberbande" deponiert worden war, um weitere unbequeme Mitwisser zu liquidieren.

Dann trat eine längere Pause in der Serie der mysteriösen Todesfälle ein. 1961 verlor das Dorf seinen Totengräber, der viel zuviel über die von ihm vor anderthalb Jahrzehnten begrabenen Männer wußte. Er wurde in Friedhofsnähe mit zerschmettertem Schädel aufgefunden. 1969 ging es der einstigen Partisanen-Frau Assunta Ballotto an den Kragen. Dann waren der Küster der Dorfkirche und ein weiterer Ex-Partisan an der Reihe. Alle wurden auf viehische Weise erschlagen oder erdrosselt.

Doch da jede Spur fehlte, wurden sämtliche Todesfälle als ungeklärt archiviert. Daran änderte sich auch in den folgenden Jahren nichts, obwohl weitere bejahrte Männer und Frauen, darunter die allseits beliebte Musiklehrerin und die Witwe eines deutschen Offiziers auf rätselhafte Art den Tod fanden. Sie hatten sich angeblich erhängt beziehungsweise erschossen.

Das ging bis vor kurzem so weiter, bis eine mutige Staatsanwältin in Genua namens *Maria Rosaria D'Angelo*, die an die vielen Unglücksfälle und Selbstmorde nicht glauben wollte, den Dingen auf den Grund ging. Sie leitete eine Untersuchung ein, stöberte in verstaubten Archiven herum und stellte sorgfältig Recherchen an. Unter anderem stellte sie fest, daß die betreffenden Schmuggler, Schwarzhändler und Pseudo-Partisanen allesamt über dicke Bankkonten und mehrere Häuser verfügten.

Jetzt ist es soweit. Fünf Ex-Partisanen wurden Haftbefehle zugestellt. Unter ihnen befindet sich der 63jährige Pasquale Buscaglia, einst Partisanenkommandant und mit der silbernen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet. „Die hat er sich ergaunert", weiß man nun plötzlich im Dorf zu berichten.

„USA Today" wagt den Sprung über den Atlantik

TH. KIELINGER, Washington

Europa-Premiere für ein weiteres US-Zeitungsunternehmen. Seit heute an den Kiosken zu haben, mit einer täglichen sechzehnseitigen Ausgabe speziell für den Amerikaner fern der Heimat: „USA Today". Jene erst vor zwei Jahren gegründete überregionale Zeitung aus dem Hause Gannett hat es sich zum Ziel gesetzt, in Amerika so etwas wie ein eigenes Nationalgefühl zu kultivieren. Amerika als tägliche Einheit zu empfinden – eine anspruchsvolle Aufgabe in einem Land, dessen Bewohner sich gern in die Regionen seiner unmittelbaren Nachbarschaft aufsplittern.

Inzwischen ist das Experiment, wenn auch noch nicht aus den roten Zahlen, so doch längst aus seinen Kinderschuhen heraus und ein wohlvertrautes Bild in allen Straßen und auf allen Flugplätzen des Landes. Der Sprung nach Europa entspricht dem Wachstumsgesetz solcher Unternehmen: Das „Wall Street Journal" begab sich vor zwei Jahren auf den ähnlichen Weg, einen inzwischen äußerst erfolgreichen.

Im Bereich der elektronischen Medien macht es Ted Turner, der König des US-Kabelfernsehens, seinen Kollegen von der Druckerzunft nach und bietet demnächst dem Euro-TV-Verbund sein 24-Stunden-Programm an. In Japan und Südkorea läuft es bereits unter hohem Zuspruch des Publikums, das diesen Nachrichten- und Hintergrund-Service zur weiteren Bereicherung der heimischen Produktionsvielfalt gerne hinzuzieht.

Man rede nun nicht gleich wieder von „Amerikanisierung" und „Überfremdung" unserer Kultur. Der Markt steht allen offen, man muß ihn nur zu nutzen wissen. Die Medien in den USA befinden sich, im Vergleich zu unserem eher biederen Tempo, in einer Phase großer Mobilität, verstärkter Expansion. Es spiegelt sich darin lediglich das Grundmuster hoher Reaktions- und Anpassungsfähigkeit wider, sowie eine entsprechend robust entwickelte Risikobereitschaft. Das ist mehr als eine Frage des Business – es geht in den Bereich des Way of Life, der allgemeinen Lebensweise.

Hier ist eine Graphik aufschlußreich, die „USA Today" in seiner europäischen Prototyp-Nummer auf der Seite Eins veröffentlicht: Die überwältigende Mehrzahl der Amerikaner hat an ihrem jetzigen Wohnort weniger als fünf Jahre zugebracht. Im Nordwesten des Landes sind es 47 Prozent mit dieser kurzen Aufenthaltsdauer, im mittleren Norden 51, im Süden 58 und im Westen gar 63,3 Prozent.

Wachstum in Amerika – das ist nichts Magisches. Es beginnt mit der Lektion Nummer Eins: Der Bereitschaft zum Aufbruch.



Ein Fest für das Auge: Mehr als 300 Traditionssegler und 140 königlich-dänische Yachten beteiligten sich an Europas größter Veteranen-Regatta. Eingeladen hatte Flensburg zur 700-Jahr-Feier. FOTO: WULF PFEIFFER

Oldtimer segelten sich in die Herzen der Fans

M. GROEPPER, Flensburg

Die westliche Ostsee bot bis gestern ein ungewöhnliches Bild: Gaffelschoner mit zwei oder drei Masten, Galeassen, Finkenwärder Kutter, Ewer und Tjalken, Last- und Luftschiffe vergangener Zeiten durchpflügten das Wasser. Wären nicht auch die modernen Schiffe gewesen: man hätte sich in das vergangene Jahrhundert zurückversetzt geglaubt.

Ziel der Oldtimer: Flensburg, das sein 700jähriges Jubiläum mit einem großen Seglerfest feierte. Vier Tage lang hatten die Flensburger und ihre Gäste Gelegenheit, in dem überfüllten Hafen die größte Veteranenseglerflotte zu erleben, die sich je in Europa versammelt hat: 329 Schiffe plus 140 Boote des königlich dänischen Yachtclubs.

Oldtimer – das sind nicht nur überlebende Zeugen einer vergangenen Schiffsbaukunst, sondern auch deren moderne Nachbauten – bis herab zum Baujahr 1984. Was dem Autofan versagt ist, ist dem individualistischen Schiffsliebhaber möglich: Auch heute noch sind viele Werften in der Lage, ein gutes und solides Schiff nach uralten Plänen zu bauen. So ist es kein Wunder, daß mancher „Oldtimer" erst in den achtziger Jahren entstand: der 10 Meter lange Cormish-Crabber „Aline" lief 1981 vom Stapel, die 12 Meter lange Galeasse „Mette Marie" ein Jahr früher und die luxuriöse „Tina V", ein 31 Meter langer Schoner, trägt das Baujahr 1982. Die meisten Schiffe allerdings sind wahrhaftige Oldtimer: die 19 Meter lange Galeasse „Anne Marie" (1890) ebenso wie der 9-Meter-Kutter „Bonapart" (1877), der 19 Meter lange Besanewer „Eule" (1895) oder der 35 Meter lange Schoner „Johanna Hendrieka", der 1897 entstand. Ältestes Schiff der in Flensburg versammelten Flotte ist die 1867 gebaute „Grönland", eine noch immer robust und gesund wirkende „Nordische Jagt", die für den Robbenfang im Polarmeer eingesetzt war. Von der Länge her liegt der 64 Meter lange Dreimastschoner „Großherzogin Elisabeth" (1909) in Führung. Buchstäblich überragt wurden alle vom 51 Meter hohen Mast der größten Slup der Welt, der 39 Meter langen „Velsheda", Baujahr 1933.

Wer jedoch in Flensburg auch auf die ganz großen, die „Tall Ships" gehofft hatte, wurde enttäuscht: Die stolzen Damen wie „Christian Radich", „Danmark", „Gorch Fock", „Krusenstern", „Sagres", um nur einige zu nennen, nehmen zur Zeit Kurs auf Kanada (s. WELT v. 6. 7).

Dennoch – selbst gewiefte Segler kamen hier auf ihre Kosten und hatten Mühe, sämtliche Schiffstypen auf die Reihe zu bringen: Dreimast-Toppsegelschoner und Colin-Archer-Ketschen mochten ja noch angehen. Wer aber hatte schon die 20 Meter lange „Skütsje" gesehen oder ein Schiff vom Typ „Aledivkvase"? Wie auch immer: Gemeinsames Merkmal bei aller Vielfalt ist die unglaublich gute handwerkliche Arbeit, die in diesen Schiffen steckt, sowie die aus der vollendeten Anpassung an den jeweiligen Verwendungszweck stammende Harmonie des äußeren Erscheinungsbildes. Dieses Gleichgewicht zwischen Form und Zweck läßt sich kaum beschreiben – man muß die Begeisterung erlebt haben, den Glanz in den Augen der Oldtimer-Fans, die sich zu Tausenden als sachkundige Zuschauer erwiesen.

Für sie und die Besatzungen fand Sonntag die traditionelle „Rum-Regatta" statt, an der mehr als 300 Segler unterschiedlichster Klassen teilnahmen. Da die Schiffstypen eben nicht miteinander vergleichbar sind und ein echtes Kräftemessen nur über ein kompliziertes mathematisches Ausgleichssystem möglich gewesen wäre, galt hier ein anderes Gebot: Nicht der unter mörderischem Einsatz erkämpfte Sieg war wichtig, sondern das Dabeisein (Anklänge an die olympische Idee wären freilich rein zufällig). Daß beispielsweise Sieger der 2-Mast-Galeassen die „Bellona" (Baujahr 1930) wurde, wird deren Skipper zwar gefreut, die unterlegene Konkurrenz dagegen kaum in Verzweiflung gestürzt haben. Überhaupt zeichnet sich die Mehrzahl der Schiffseigner durch ein Maß an Ruhe und Gelassenheit aus, wie es bei den elektronik-gestreßten Kapitänen der Berufs- und Freizeitschiffahrt nur noch selten anzutreffen ist.

Wer die in Flensburg versammelte Herrlichkeit dann noch einmal geschlossen unter Segeln erleben wollte, mußte bis gestern warten. Um 11.00 Uhr begann der optische Höhepunkt. In langer Formation („Segelparade") verließen die Schiffe den Flensburger Hafen und strebten bei leichtem Südostwind und herrlichem Wetter unter vollen Segeln der offenen See zu. Das gewundene Fahrwasser der Flensburger Förde bot den Schiffen und ihren Besatzungen noch einmal Gelegenheit, den Zuschauern eine Probe ihre Könnens zu bieten: die komplizierte Bedienung der weißen und rostbraunen Segel wurde zum Fest fürs Auge.

Was in Flensburg zurückbleibt: ein Museumsverein, der sich die Erhaltung der segelnden Berufsfahrzeuge zum Ziel gesetzt hat; ein brandneues Schiffahrtsmuseum sowie – für zwei Jahre – die 1973 geborgene Schiffsglocke der 1786 vor Plymouth gesunkenen „Frau Metta Catharina von Flensburg". Nach Ablauf der Ausleihzeit wird das Museum eine Kopie der Glocke behalten. Bei dem Können der Museumsleute werden die Engländer aufpassen müssen, daß sie 1986 das Original zurückerhalten ...

LEUTE HEUTE

Leckerer Job

Seit 20 Jahren spürt Professor **Dick Kleyn** von der Rutgers-Universität in Newark der idealen Vanille-Eiscreme-Mischung nach. Sein wissenschaftlich erhärtetes, wenngleich wenig überraschendes Resümee: Die mehr als 1000 Zutaten für eine gute Portion sollten „richtig" gemischt sein. Dafür sollte ein Prüfer in der Lage sein herauszuschmecken, ob die Vanille aus Mexiko, Tahiti oder Madagaskar stammt.

Getrennte Kassen

Joan Collins (51), Spitzenstar im „Denver-Clan", verdient 14 Millionen Mark pro Jahr; derweil nagt ihr in Scheidung lebender Ehemann, Ron S. Kass, am Hungertuche. Keine Mär – es geht aus den Gerichtsakten hervor. Joan, das „Biest", unterzeichnete gerade einen Werbevertrag mit dem Kosmetik-Riesen Revlon.

Spitzzüngiges über Männer

Was Frauen so zum besten geben / Eine Zitatensammlung – neu auf dem Londoner Buchmarkt

HELMUT VOSS, London

Frauen sind so leicht nicht zu übertreffen, wenn es darum geht, sich über sich selbst lustig zu machen oder andere Frauen beziehungsweise Männer mit spitzen Bemerkungen in die Schranken zu weisen. Das haben jetzt zwei Engländerinnen, Michele Brown und Ann O'Connor, mit einer in London erschienenen Zitatensammlung: Titel „Woman talk ...", (deutsch etwa: Was Frauen so zum besten geben) bewiesen.

Marilyn Monroe scherzte beispielsweise einmal: „Mir macht es nichts aus, in einer Männerwelt zu leben – solange ich in ihr eine Frau sein kann." Schauspielerin und Skandalnudel Mae West witzelte: „Wenn ich die Wahl zwischen zwei Übeln habe, probiere ich grundsätzlich das Übel, das ich noch nicht kenne." Von ihr stammen auch die spitzen Sprüche: „Ein Mann im Haus ist soviel wert wie zwei auf der Straße", und: „Männer hält man am besten, indem man sie in den Armen hält."

Das nicht zuletzt wegen seiner vielen Ehen bekannte ungarisch-amerikanische Playgirl Zsa Zsa Gabor frozzelte über sich selbst: „Ich bin eine wunderbare Haushälterin. Wann immer ich einen Mann verlasse, behalte ich sein Haus." Sie urteilte auch: „Man lernt einen Mann erst richtig kennen, wenn man sich von ihm hat scheiden lassen." Schauspielerin Shelley Winters, berühmt wegen ihrer vielen Affären, nahm sich ebenfalls selbst mit einer Bemerkung auf den Arm: „Ich habe Augenblicke, in denen ich eine Lady bin, aber das dauert nie sehr lange."

Über ihr Verhältnis zu Männern äußerte sich auch die amerikanische Schriftstellerin Erica Jong: „Man sieht wahnsinnig viele gebildete Männer mit dummen Frauen, aber kaum jemals eine gebildete Frau mit einem dummen Mann." Von der ehemaligen Frau des kanadischen Ex-Premierministers Pierre Trudeau, Margaret, ist der Spruch „Ich kann nicht die Rose *am Revers meines Mannes sein*", überliefert, während Françoise Sagan über Männer sagte: „Ich ziehe es vor, wenn Männer sich wie Männer benehmen ... stark und kindisch."

Eine spitze Zunge hat nachweislich auch Jacqueline Kennedy, die über ihre Nachfolgerin im Weißen Haus, Ladybird Johnson, sagte: „Sie würde für (Ehemann und Präsident) Lyndon Johnson auf Knien über Glassplitter die Pennsylvania Avenue entlangrutschen." Ferner die Politikerin Lady Nancy Astor: „Das einzige, was mir an reichen Leuten gefällt, ist ihr Geld." Und auch die Modeschöpferin Coco Chanel: „Wer sich selbst nicht mag, hat gewöhnlich recht." (SAD)

WETTER: Überwiegend sonnig

Wetterlage: Während östlich der Weser und im Süden der Hochdruckeinfluß anhält, greift ein schwacher Tiefausläufer auf den Nordwesten über

Deutscher Wetterdienst 9. Juli 1984, nachm.

Vorhersage für Dienstag:

Nordwestdeutschland: Durchzug von Wolkenfeldern, aber kaum Niederschlag. Temperaturen 25 bis 28 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Süd. **Übriges Vorhersagegebiet:** Heiter und trocken, abends auch im Norden auf kommende Bewölkung. Tagestemperaturen 27 bis 32 Grad, schwachwindig.

Weitere Aussichten:

In Bayern und Berlin Fortdauer des heißen Sommerwetters, sonst zeitweise Regen und kühler.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	25°	Kairo	30°
Bonn	27°	Kopenh.	22°
Dresden	25°	Las Palmas	27°
Essen	28°	London	18°
Frankfurt	27°	Madrid	28°
Hamburg	25°	Mailand	25°
List/Sylt	22°	Mallorca	33°
München	25°	Moskau	21°
Stuttgart	27°	Nizza	25°
Algier	35°	Oslo	13°
Amsterdam	23°	Paris	27°
Athen	25°	Prag	23°
Barcelona	25°	Rom	25°
Brüssel	26°	Stockholm	22°
Budapest	24°	Tel Aviv	28°
Bukarest	23°	Tunis	28°
Helsinki	19°	Wien	23°
Istanbul	21°	Zürich	26°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch:** 5.03 Uhr, Untergang: 21.43 Uhr; **Mondaufgang:** 21.02 Uhr, Untergang: 3.00 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Nach 20 Jahren nicht mehr Ornament: Prinz Claus

ELFRUN JACOB, Den Haag

In einem Alter, wo sich die meisten Holländer pensionieren lassen, dreht Hollands Prinzgemahl zum erste Mal seit vielen Jahren erst richtig wieder auf. Prinz Claus (fast 58) beginnt direkt nach den Sommerferien – mit dem Elan des Gesundgewordenen – *seine neue Tätigkeit in drei Jobs.* Nach 20 Jahren Holland erfüllt sich damit endlich seinen Wunsch, „nicht nur Ornament am Thron zu sein".

Am 25. August tritt der Jurist und Ex-Diplomat als Aufsichtsratsmitglied der niederländischen Staatsbank an. Wenige Tage später, vom 1. September an, übernimmt er weiter den Vorsitz eines „Gremiums für Verkehr und Wasserbau" – ein Amt, das zwischen den Ministerien für den Außenhandel und den Tiefbaufirmen koordinieren und im Ausland Kunden für Großprojekte werben soll. Wichtigste Anliegen dabei: Wird Prinz Claus die Technik und das Wissen, das für den Bau von Hollands kostspieligstem Deichbauprojekt – dem Oosterscheldedamm – entwickelt wurde, gewinnbringend ans Ausland verkaufen können?

Dritte und wichtigste Aufgabe: Claus hat seinen Posten als Berater des Entwicklungsministers ausgebaut. Die Regierung ernennt ihn zum Generalinspekteur für Entwicklungshilfe – mit dem Auftrag, die Verwendung der Haager Entwicklungsgelder in Drittweltländern zu kontrollieren.

Im Klartext: Claus soll die als verfehlt angesehene Entwicklungspolitik *der Ministerin Eegje Schoo korrigieren.* Eine brisante politische Aufgabe für den Prinzgemahl, denn die Ministerin steht im Kreuzfeuer der Kritik. Sofort meldeten denn auch die Medien Bedenken an, Claus könne in den politischen Machtkampf hineingezogen werden. Gerade das aber trachtete die Regierung, spätestens seit dem Lockheedskandal zu vermeiden.



Noch schwerer Krankheit wieder tatendurstig: Prinz Claus FOTO: DPA

Als vor acht Jahren bekannt wurde, daß Prinz Bernhard der Niederlande als Inspekteur der Streitkräfte Millionen an Schmiergeldern angenommen hatte, litt am meisten der völlig unschuldige, preußisch-korrekte Schwiegersohn darunter. Ihm nämlich wurde daraufhin jeglicher Freiraum entzogen.

Der goldene Käfig schloß sich um ihn – eine der Ursachen seiner depressiven Erkrankung. Claus stürzte sich in die Tretmühle der repräsentativen Verpflichtungen – und brach in diesem Leerlauf zusammen.

Eine weitere Ursache mögen die Krawalle um die Thronbesteigung gewesen sein, als Beatrix am 30. April 1980 zur Königin gekrönt und Claus damit automatisch Prinzgemahl wurde. Erschreckt durch Plakate „*Trix is nix*" und blutige Demonstrationen – setzte sich Beatrix voll für ihr neues Amt als Staatsoberhaupt ein, was auf Kosten der Familie, vor allem des Ehemanns ging.

Beatrix („meine schlechteste Eigenschaft ist die Ungeduld") hat jedoch seit der schweren Erkrankung ihres Ehemanns an sich gearbeitet. Sie nimmt sich mehr Zeit fürs Privatleben, sie unterbricht ihren Mann nicht mehr, wenn er mit seinem unterkühlten Humor etwas darlegt – sie strebt danach, daß er zu Hause das Sagen hat. Sie war es jetzt auch, die sich beim Kabinett für seine ersehnten Aufgaben einsetzte.

Auch die Ausquartierung des Kronprinzen aus Schloß Huis den Bosch – der Sohn besucht nun das *Atlantic College* in Wales (England) – trug wesentlich zur Begradigung des Haussegens bei. Der Generationskonflikt zwischen dem preußisch-streng erzogenen Claus und dem holländisch-lässigen Filius ist Vergangenheit.

Der Deutsche am niederländischen Thron könnte sich mit einem steuerfreien Staatsgehalt von rund einer *Million* pro Jahr das Leben eines Playboys leisten. Doch das reicht ihm nicht nur nicht. Es ist ihm zuwider.

Zustimmung zum Kabelfernsehen in Ludwigshafen

dpa, Mainz

Nach Ansicht der meisten Bürger im Kabelfernsehen-Versuchsgebiet Ludwigshafen wird die Programmqualität nach der bundesweiten Einführung dieser Einrichtung nicht sinken. Fast jeder Zweite erwartet sogar eine bessere Qualität. Dies ermittelte das Institut für Demoskopie in Allensbach bei einer Umfrage Ende vergangenen Jahres. Nach der jetzt veröffentlichten Untersuchung äußerten 45 Prozent von 1868 Befragten die Überzeugung, der Medienwettbewerb führe zu einer Verbesserung des Programms, 14 Prozent befürchteten ein Absinken der Qualität und 22 Prozent halten den Einfluß des Privatfernsehens auf die Programmgestaltung für unerheblich. Fast die Hälfte der befragten Personen jedoch zeigte sich besorgt über mögliche Auswirkungen auf Kinder. An eine Förderung der kindlichen Entwicklung glauben etwa 30 Prozent. Das Interesse für das Kabelfernsehen sei inzwischen größer als das Interesse für die Anschaffung eines Fernsehgeräts Mitte der 50er Jahre, berichtete das Institut. Der Deutsche Gewerkschaftsbund bezeichnete die Untersuchung inzwischen als eine „verkappte Marketing-Strategie".

Für Tierversuche

AP, München

Unter der Überschrift „Das wissenschaftliche Fundament der Medizin erhalten" haben sich Ärzte und Wissenschaftler der Max-Planck-Gesellschaft in der Zeitschrift „Max-Planck-Spiegel" gegen Attacken auf Tierversuche gewandt. Sie „ließen sich nicht in das Abseits moralisch diskriminierten Handelns drängen", *hieß es in dem Artikel* seitens der Verfasser. Es sei ein Faktum, daß wichtige Erkenntnisse aus Tierversuchen gewonnen wurden.

Busunglücke

AP/AFP, Brig/Lynton

Zwei Busunglücke ereigneten sich am Wochenende in Europa. Auf der Simplonstraße erlitten 34 junge Amerikaner Verletzungen, als ihr Bus vermutlich wegen eines Bremsdefekts von der Straße abkam und einen hundert Meter tiefen Abhang hinabrutschte. 39 Briten wurden verletzt, sieben von ihnen schwer, als in Lynton ein Linienbus eine vier Meter hohe Böschung hinabstürzte.

„Goldfinger"-Auto

AFP, Newport Beach

Für 80 000 Dollar (rund 225 000 Mark) kam am Wochenende im kalifornischen Newport Beach der legendäre „Aston Martin" aus dem James-Bond-Film „Goldfinger" unter den Hammer. Sein neuer Besitzer ist der Gewinner des 24-Stunden-Autorennens von Le Mans des Jahres 1980, Dick Barbour.

Unwetter in Korea

AFP, Seoul

Überschwemmungen in den südlichen Provinzen Südkoreas haben nach einwöchigen Regenfällen 225 Tote und 22 Verletzte gefordert. Die vor allem durch den über die Ufer getretenen Fluß Naktong verursachten Schäden werden auf 44 Millionen Dollar geschätzt.

Zwei Herzen in 12 Stunden

AFP, Augusta

Zwei Herzverpflanzungen binnen zwölf Stunden wurden an einem 35jährigen Mann in Augusta (US-Bundesstaat Georgia) vorgenommen. Das erste Herz hatte nach der Operation nicht normal funktioniert. Nach Auskunft des Krankenhauses grenzte der rechtzeitige Fund eines zweiten Herzens an ein „Wunder".

Neue Aids-Fälle

AP, Köln

Innerhalb von nur rund zwei Monaten sind in der Bundesrepublik Deutschland acht neue Aids-Erkrankungen bekannt geworden. Ebenfalls acht Menschen sind im gleichen Zeitraum an dieser Krankheit gestorben. Diese Zahlen nennt das Deutsche Ärzteblatt unter Berufung auf das Bundesgesundheitsamt. Insgesamt wurden bis zum 13. Juni 76 Aids-Fälle registriert, 31 verliefen tödlich.

Ausreißer umgekommen

dpa, Weiden

Zwei 14jährige ausgerissene Fürsorge-Zöglinge kamen nach einer Verfolgungsjagd durch die Polizei mit ihrem gestohlenen Auto bei einem Frontalzusammenstoß in Weiden (Bayern) ums Leben. Ein dritter Junge sowie der Fahrer des entgegenkommenden Fahrzeugs erlitten lebensgefährliche Verletzungen.

Übler Streich

AP, Chicago

Der Übermut von vier Jugendlichen hat am Sonntag in Chicago einen Güterzug entgleisen lassen, vier Eisenbahner verletzt und einen Schaden von fast drei Millionen Mark angerichtet. Die 14 und 15 Jahre alten Täter hatten Metallstäbe auf die Gleise gelegt. Sie wurden festgenommen.

ZU GUTER LETZT

„Zwiebelpreis zum Weinen". Überschrift einer dpa-Meldung zu den gestiegenen Zwiebelpreisen.